

# ÖMZ

ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

## In dieser Onlineausgabe

*Eberhard Birk/Gerhard P. Groß*

Von Versailles über Paris nach Moskau

Strategische Optionen und Perspektiven des Deutschen Reiches im Spiegel nationaler Machtpolitik (Teil 1)

*Nikolaus Scholik*

Mahan oder Corbett: Das maritim-strategische Dilemma „Chinamerikas“ im indo-pazifischen Raum

*Herbert Sailer*

Das Engagement der Europäischen Union am Horn von Afrika

und die damit verbundenen Herausforderungen

Akteure der EU und die Umsetzung des umfassenden Ansatzes

*Wolfgang Hetzer*

Krise oder Krieg?

Geldvernichtung und Gefechtsfeld

## Zusätzlich in der Printausgabe

*Raymond E. Bell Jr.*

Sondereinsatzkräfte der US-Reservestreitkräfte

*Rupert Fritzenwallner*

Service Management und Business IT Alignment - mehr als nur Schlagworte?

*Oliver Palkowitsch/Donald H. Zedler*

Ein Plädoyer für ein verstärktes deutsches Engagement in UNO-Blauhelmmissionen

*Martin Prieschl*

Volkswehr - Reichswehr - Bundesheer

Die Neuaufstellung von Streitkräften in den Verliererstaaten des Ersten Weltkriegs, dem Deutschen Reich und

(Deutsch-) Österreich - ein Vergleich (Teil 2)

*sowie zahlreiche Berichte zur österreichischen und internationalen Verteidigungspolitik*

# Von Versailles über Paris nach Moskau \*)



## Strategische Optionen und Perspektiven des Deutschen Reiches im Spiegel nationaler Machtpolitik (Teil 1)

Eberhard Birk/Gerhard P. Groß

Die strategisch-politische Analyse der Rahmenbedingungen des internationalen Systems sowie der Gesamtheit der Verflechtungen des dynamischen „Europäischen Konzertes“ zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg<sup>1)</sup> offenbart beim Blick auf den „dunklen Kontinent“<sup>2)</sup> im „Zeitalter der Extreme“<sup>3)</sup> eine scheinbare Paradoxie: Trotz der Niederlage des zentralkontinentalen Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg und dessen politischer und militärischer Beschneidung durch den Versailler Vertrag<sup>4)</sup> konnte es innerhalb von etwas mehr als 20 Jahren eine machtpolitisch dominante Position zwischen „Eiffelturm“ und „Kreml“ erringen. Diese ging weit über jene hinaus, zu der bereits das 1871 mit großer politischer Symbolik im Spiegelsaal von Versailles ausgerufene deutsche Kaiserreich einen im Ersten Weltkrieg gescheiterten - indes weit weniger ambitionierten - Anlauf unternommen hatte.<sup>5)</sup> Vor dem Hintergrund der Frage nach (Dis-)Kontinuitäten in der Außenpolitik des Deutschen Reiches ist daher aufzuzeigen, wie es selbst bei unterschiedlichen innen- und außenpolitischen, ideellen und ideologischen Grundausrichtungen unter Ausnutzung divergenter sicherheitspolitischer Ansätze in einem dynamischen Umfeld eine einerseits erhoffte, andererseits befürchtete kontinentale Führungsposition erlangen konnte.

Komplementär dazu ist zu fragen, inwieweit die militärischen Planungen den strategischen Optionen nationaler Machtpolitik folgten - oder aber unter Ausblendung der hierzu notwendigen Verzahnung von politischen, (rüstungs-) wirtschaftlichen und militärischen Gesichtspunkten auf sub-strategisch-operativer Ebene eine dysfunktionale Dynamik entfalteten. Letzteres konnte dann drohen, wenn die Akzeptanz neuer strategischer Rahmenbedingungen mental genauso verweigert wurde wie eine lediglich dienende Funktion des militärischen Instruments, strategische „Raum“-Fragen auf den operativen Faktor „Gelände“ reduziert, kriegsgeschichtliche „lessons learned“-Konzepte auf positive Erfahrungen verkürzt und die Überlegenheit eigenen operativen Führungsverhaltens als Grundkonstante „gesetzt“ wurden.

### Kaiserreich und Strategie

Das Europa vor 1914 sah das Deutsche Reich in der Mitte des Kontinents als eine (halb-)hegemoniale Macht, die als kraftvoller Nationalstaat mit der Reichsgründung die internationalen Beziehungen genauso revolutionierte

wie die Französische Revolution. Wo über Jahrhunderte in Form des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und des Deutschen Bundes zuvor ein machtpolitisches Vakuum existiert hatte, entwickelte sich - aus der Perspektive seiner Nachbarstaaten - seit 1871 ein vor Kraft und Selbstbewusstsein strotzender militärischer, wirtschaftlicher und bevölkerungsstarker Monolith. Dieses Deutsche Reich war jeder anderen Macht in Europa überlegen - kein anderer europäischer Kontinentalstaat war für sich alleine eine ernst zu nehmende machtpolitische Herausforderung. Diesem strategischen Vorteil stand ein doppeltes Manko gegenüber: Der deutsche Nationalstaat wurde inmitten der drei Großmächte Frankreich, Russland und Österreich-Ungarn „eingekreist geboren“<sup>6)</sup> und war alleine zu schwach, um sich einer gemeinsamen Allianz aller anderen Staaten mit Aussicht auf Erfolg zu widersetzen. Als saturiertes „kleindeutsches“ Reich hatte sich der neue Kaiserstaat seiner Größe wegen klug in das europäische Gefüge einzubinden bzw. einzufigen.<sup>7)</sup>

Nachdem mit der Thronbesteigung Wilhelms II. die Bismarck-Ära der Saturiertheit ad acta gelegt worden war, nahm der „Wille zur Weltgeltung“<sup>8)</sup> zu. Ab 1896 wurde offiziell „Weltmachtpolitik“<sup>9)</sup> betrieben. Mit einem in der internationalen Politik als aggressiv wahrgenommenen Auftreten auf der europäischen Bühne, begleitet durch wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und im Bewusstsein einer aufstrebenden Macht, der die Zukunft gehören würde, erwuchs das Deutsche Reich durch den forcierten Aufbau seiner Marine,<sup>10)</sup> aber auch durch das Projekt der Bagdad-Bahn,<sup>11)</sup> zur sicherheitspolitischen Herausforderung für die arrivierten „alten Mächte“. Vor dem Hintergrund eines Konglomerates von „verspäteter Nation“,<sup>12)</sup> einer „naiven Selbstbewunderung“,<sup>13)</sup> einer Konzentration respektive Verengung auf die „militaristische“ Betrachtung politisch-gesellschaftlichen Lebens und der Akzeptanz gewaltsamer Konfliktlösung zeigt der „Griff nach der Weltmacht“<sup>14)</sup> geradezu exemplarisch die strategische Desorientierung der Gesamtheit des Komplexes Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik des Deutschen Reiches, das als „nervöse Großmacht“<sup>15)</sup> zu früh zu schnell zu viel wollte. Schon Jahre vor Beginn des Ersten Weltkrieges waren durch die Entente Cordiale zwischen Frankreich und Großbritannien (1904) sowie unter Hinzuziehung des russischen Zarenreiches durch die Erweiterung zur „Triple-Entente“ (1907) einerseits und dem deutsch-österreichischen Zweibund andererseits die potenziellen „strategischen“ Fronten verhärtet.

Der preußisch-deutsche Generalstab war als militärischer Ausfluss des Bismarck'schen „cauchemar des coalitions“<sup>16)</sup> seit der Reichsgründung auf die „Mittellage“<sup>17)</sup> zwischen dem „Erbfeind“ Frankreich und dem russischen Zarenreich fixiert. Die militärischen

\*) Dieser Artikel hat das Peer-Review-Verfahren erfolgreich durchlaufen

Planungen des Chefs des Großen Generalstabes, Alfred Graf von Schlieffen, sahen die Auflösung des drohenden Zweifrontenkrieges in zwei aufeinander folgende Einfrontenkriege vor - zunächst sollte der Sieg gegen Frankreich nach dem 42. Mobilmachungstag errungen werden; anschließend war die Wendung gegen Russland vorgesehen, dem eine längere Mobilmachungsphase „zugestanden“ wurde. Dabei maß Schlieffen den britischen Expeditionskräften einen vernachlässigbaren Gefechtswert zu und blendete die politische Bedeutung der geplanten Verletzung der belgischen Neutralität nahezu aus. Die mit dem modifizierten Schlieffenplan<sup>18)</sup> versuchte Lösung des „Gordischen Knotens“ vor dem Hintergrund der Julikrise des Jahres 1914 war der politische und militärische Katalysator, der den Ersten Weltkrieg zur „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts werden ließ.<sup>19)</sup>

Nach dem Scheitern der Umsetzung des unter der militärischen Verantwortung von Generaloberst Moltke d. J. (1. OHL) modifiziert durchgeführten „Schlieffenplans“ an der Marne im September 1914 zu Beginn des Krieges<sup>20)</sup> und dem Versuch der 2. OHL unter der Führung von Generalleutnant Erich von Falkenhayn 1916 bei Verdun an der Westfront - als Topos der auf Abnutzung angelegten industriellen Kriegführung, Frankreich sich „weißbluten“ zu lassen -<sup>21)</sup> versuchte die 3. OHL unter Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und General der Infanterie Erich Ludendorff<sup>22)</sup> sämtliche personellen, technischen und materiellen Ressourcen des Deutschen Reiches im Rahmen des „Hindenburg-Programms“<sup>23)</sup> systematisch zu bündeln, um die für eine effiziente Kriegführung dysfunktionale Organisation politischer und militärischer Polykratie mit ihrem Neben- und Gegeneinander zu überwinden. Die schwindenden Ressourcen erforderten darüber hinaus eine neue strategische Grundsatzentscheidung.

Mit dem am 9. Januar 1917 im Großen Hauptquartier im Beisein des Kaisers und Reichskanzlers - indes gegen dessen ausdrücklichen Standpunkt - gefassten Beschluss zur Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Bootkrieges spielte die OHL bewusst „va banque“. Mit dem in Relation zu den Heeresoperationen personal- und materialarmen Einsatz der „U-Boote“ sollte - so die Hoffnung - die Unterstützung Großbritanniens und auch Frankreichs aus Übersee unterbrochen und damit perspektivisch der Druck von der Westfront genommen werden. Die Kehrseite der militärstrategischen Logik war die politische Auswirkung dieses Schrittes: Nach dem Kriegseintritt der USA im April 1917 führte das Deutsche Reich - mit absehbarem Ende - einen Krieg gegen nahezu alle Großmächte der Zeit.

Die letzte Chance bestand in einem für alle vollkommen unerwarteten Vorgehen seitens der OHL: Die Entsendung des im Schweizer Exil lebenden russischen Revolutionärs Lenin und dessen Beförderung nach Russland sollte nach einer sozialistisch-kommunistischen Revolution das Zarenreich aus den Reihen der Kriegsgegner entfernen.<sup>24)</sup> Hier trafen sich die tieferen strategischen Gemeinsamkeiten der OHL und Lenins: Beide benötigten nach ihrer jeweiligen Beurteilung der Lage Frieden an der deutsch-russischen Front - Lenin zur Umsetzung seiner revolutionären Zielsetzungen, die OHL zur Freisetzung Dutzender Divisionen. Im Westen sollte so die zu erwartende personelle und materielle Überlegenheit der USA durch einen deutschen Sieg unterlaufen werden. Die im

Osten verbliebenen Truppen stießen in das in die Wirren der Revolution versinkende Russland vor, womit kurzfristig bis Kriegsende ein gigantisches Ost-Imperium des Deutschen Reiches entstand.<sup>25)</sup> Dieses bildete später noch eine Grundlage für ideologische und militärische Wahrnehmungs- und Handlungsmuster - sowohl der Nationalsozialisten als auch der Generalität in Reichswehr und Wehrmacht.<sup>26)</sup>

Mit Frühlingsbeginn am 21. März 1918 startete die OHL an der Westfront die letzte „strategische“ Offensive. Anfängliche Erfolge wichen nach dem Wirksamwerden der US-amerikanischen Überlegenheit mehreren verzweifelten operativen Fehlschlägen, bis es am 8. August 1918 zum von Ludendorff so bezeichneten „schwarzen Tag des deutschen Heeres“ kam. Spätestens seit diesem Zeitpunkt hatte die OHL die Initiative an die Gegenseite verloren. Dem nicht wieder gutzumachenden Verschleiß von Ressourcen auf Seiten der Mittelmächte stand deren Zuwachs auf Seiten der Alliierten gegenüber. Letztlich war das Deutsche Reich mit seinem einzigen machtpolitisch bedeutsamen „strategischen“ Partner Österreich-Ungarn den Alliierten unterlegen. Die nicht zu erschütternde alliierte Seeherrschaft garantierte die (nahezu vollständige) Freiheit des Zugangs zu Rohstoffen, des Transports von Personal und Material: Globale Konflikte werden von Seemächten respektive maritimen Allianzen gewonnen.

## Die Signatur der Epoche nach dem Ersten Weltkrieg

Grundsätzlich zog bereits während des Ersten Weltkrieges mit dem im Jahr 1917 wirkungs- und geschichtsmächtigen Aufkommen zweier neuer innerweltlicher Heils- respektive politischer Erlösungslehren mit globalem Anspruch ein Paradigmenwechsel der neuen Sicherheitspolitik auf. Dem den vitalen US-Interessen zugeschnittenen Ansatz „Liberales Friedensmodell“ des US-Präsidenten Wilson mit Demokratie, freier Wirtschaft, liberaler Gesellschaft und Selbstbestimmungsrecht der Völker standen die Idiome Klasse, Sozialismus/Kommunismus, Internationale, Ideologie von Lenin und dessen „Sozialistisches Friedensmodell“ diametral entgegen.<sup>27)</sup> Den Sowjetführern war durchaus bewusst, dass ihre weltanschauliche Revolution machtpolitische Implikationen hatte - auch sie war in ihrer Bedeutung mit der Französischen Revolution vergleichbar.

Während der globale Ansatz beider ideologisch neuen „Hauptprotagonisten“ des internationalen Geflechts deren immanenter Weltanschauung entsprang, blieben Großbritannien, Frankreich und das Deutsche Reich als Mächte des „alten“ Europas zwischen diesen Polen weiterhin Vertreter der „klassischen“ Gleichgewichtspolitik bzw. des halbhegemonialen Denkens und damit den traditionellen Rezeptions- und Handlungsmustern verhaftet - jeder Staat war potenzieller Verbündeter und potenzieller Gegner respektive Feind zugleich.

Die Komplexität des neuen Lagebildes wuchs zudem dadurch, dass es neben den neuen ideologischen „Frontlinien“ auch quer verlaufende Verwerfungen - jene zwischen tatsächlichen und vermeintlichen Siegern und Verlierern - gab: Großbritannien kämpfte gegen seine beginnende weltpolitische Agonie, die auch Fronten gegen die USA schuf - im britischen Admiralstab wurde eine Konfrontation mit den USA nicht gänzlich ausgeschlossen;<sup>28)</sup> Frankreichs nominelle Stellung als Siegermacht war den USA geschuldet. Der „Paria“ Sowjetunion hat als Russisches Reich den Krieg verloren, als neues Regime einerseits Hoffnungen und andererseits Befürchtungen hervorgerufen; Deutsch-Österreich hat als verbliebenes Teilrelikt der halb-slawischen Habsburgermonarchie seinen Status als europäische Macht eingebüßt. „Alt-Europa“ saß auf respektive vor einem ordnungspolitischen Scherbenhaufen.

Insbesondere Mitteleuropa glich machtpolitisch einer „Geröll-

masse“ von Finnland, das sich 1917 im Zuge der russischen Oktoberrevolution abspaltete, über die baltischen Staaten, Polen, die Tschechoslowakei und Jugoslawien bis zur Adria.<sup>29)</sup> Im Osten Frankreichs befand sich der gesamte Kontinent in einer Phase permanenter politischer und gesellschaftlicher, außen- und sicherheitspolitischer, militär- und machtsstrategischer Revolution: „*Vielleicht lag die grundlegende Illusion bereits darin, mit Staaten, die zutiefst instabil waren, eine stabile internationale Ordnung begründen zu wollen.*“<sup>30)</sup>

In diese Gesamtgemengelage fügten sich heterogene nationale Zielsetzungen ein. Frankreich strebte, nachdem die Fragmentierung des Deutschen Reiches im Zuge der Verhandlungen in Versailles nicht durchzusetzen war, zunächst nach Verwirklichung der alten, vermeintlich natürlichen Rhein-grenze. Parallel dazu wurde nach Ersatz für die verlorene russische Allianzoption gesucht: Folglich standen Bündnisse mit Polen, der Tschechoslowakei und Jugoslawien auf der diplomatischen Tagesordnung - Letzteres, da das verbliebene „Deutsch-Österreich“ eine zu große Affinität zum Deutschen Reich aufwies. Ein beabsichtigter Zusammenschluss mit dem Deutschen Reich wurde von den Alliierten im System der Pariser Vorortverträge verboten.<sup>31)</sup> Nicht nur aus französischer Sicht wären die Anstrengungen des Ersten Weltkrieges dysfunktional gewesen, wenn ein größeres Deutsches Reich machtpolitisch gestärkt aus diesem Ringen hervorgegangen wäre.

Während auch Frankreich Revisionsmacht des Versailler Vertrages war, weil dieser eben kein das Deutsche Reich wehrlos machender „karthagischer Friede“ war, entfernte sich auch Großbritannien - indes aus anderen Gründen - sukzessive vom Versailler Gedankengut: Im März 1919 wurde in Ungarn die Räterepublik proklamiert, und im Spätsommer 1920 stand die Rote Armee im polnisch-sowjetischen Krieg vor Warschau - der Bolschewismus schien vom Osten nach Mitteleuropa hereinzubrechen und Europa mit dem Bazillus der Revolution zu überziehen. Folglich galt es, das Deutsche Reich im Zuge einer „stillen Allianz“ zu stabilisieren und gegebenenfalls als Bollwerk gegen den Kommunismus/Bolschewismus auf- und auszubauen. In historischer Perspektive schien es aus britischer Sicht sinnvoller, dem Deutschen Reich wie Preußen oft zuvor erneut die Rolle eines „Festlanddegens“ zuzuschieben und sich das Deutsche Reich so zu erhoffen, dass es sowohl sowjetischen als auch französischen Hegemonialbestrebungen standhalten konnte.

### **Machtpolitische Lage des Deutschen Reiches**

Zentrales Anliegen des Deutschen Reiches war, nachdem „Versailles“ nicht verhindert werden können, die (Auf-)Lösung der politischen, territorialen und militärischen „Fesseln von Versailles“ - das „Revisionsyndrom“<sup>32)</sup> durchzog in Modifikationen die gesamte Außen-, Wirtschafts-, Finanz- und Militärpolitik der Weimarer Republik. Die machtpolitische Lage des Deutschen Reiches entwickelte sich indes - trotz des verlorenen Krieges und der Auflagen des Versailler Vertrages - vor dem Hintergrund der gewandelten Gesamtlage nicht ungünstig: Im Osten war die Bedrohung durch das Russische Reich weggefallen. Damit entfiel das militärstrategische Damoklesschwert der „Mittellage“. Das Deutsche Reich war dem stets latent drohenden Zweifronten-

krieg gegen die beiden nächststärkeren Kontinentalstaaten enthoben. Auch der geschwächte machtpolitische Faktor „Österreich“ war nach dem Ersten Weltkrieg in sich zusammengefallen.

Im unmittelbaren Osten und Südosten des Reiches existierte folglich keine machtpolitisch existenzielle Herausforderung mehr. Vielmehr entstand anstelle der alten Vielvölkerreiche ein Gürtel kleiner und kleinster Staaten aus der Verfallsmasse des Habsburger- und des Zarenreiches. Nicht einer dieser neu entstandenen Staaten war trotz oder wegen des Wilson'schen Gebots der Errichtung von Nationalstaaten aufgrund von Minoritätenproblemen und der Zerschlagung einstmaliger großer Wirtschafts-, Handels- und Zollräume, aber auch ihres generell schwächeren Industrialisierungsniveaus wegen, in der Lage, eine ernsthafte sicherheitspolitische Herausforderung für das im Kern erhalten gebliebene Deutsche Reich darzustellen.

Auch die Beziehungen zwischen dem Reich und Großbritannien vor dem Ersten Weltkrieg belastenden Faktoren - die Kolonien als strategische Achillesferse und die Marine als „Germania auf dem Meere“ - waren verschwunden: Die ehemaligen Kolonien standen unter Völkerbund-Mandat, die Flotte hatte sich in Scapa Flow selbst versenkt. Damit war das Deutsche Reich aus britischer Perspektive langfristig auf den Status einer für Großbritannien ungefährlichen, genuin kontinentalen Landmacht reduziert.

Die USA als die letztlich den Ersten Weltkrieg entscheidende Macht waren nach der Rückführung ihrer Truppen und dem Verzicht an der Teilnahme des von Präsident Wilson initiierten Völkerbundes auf dem europäischen Kontinent machtpolitisch de facto nicht anwesend - das Deutsche Reich spielte „lediglich“ eine Rolle als wirtschaftlicher Juniorpartner respektive als Reparationszahler, der Großbritannien und Frankreich das Kapital zur Begleichung ihrer Kriegsschulden zuführen sollte.

Dadurch verblieb Frankreich als alleiniger potenzieller Gegner. Dieses war jedoch durch seine absoluten und relativen Kriegsverluste gegenüber dem Deutschen Reich geschwächt. Der Erste Weltkrieg hatte zudem im Nordosten Frankreichs enorme Zerstörungen hinterlassen - und ohne das entschwundene Gegengewicht Russisches Reich hatte Frankreich keinen starken Bündnispartner im Rücken des Deutschen Reiches mehr.

Bereits diese kurze Skizze der neuen strategischen Lage nach dem Ersten Weltkrieg macht den erweiterten Gestaltungsraum deutscher Außenpolitik deutlich, wenn diese unter machtpolitischen Gesichtspunkten analysiert wird. Hierbei sind jedoch zunächst zwei Begrenzungen evident: Erstens war bis zur Mitte der 1920er-Jahre keine hierfür notwendige wirtschaftliche Basis vorhanden, und - zweitens - ist aus politiktheoretischer Perspektive zudem zu konstatieren, dass die (neue) Weimarer Republik mit ihrer demokratischen Verfasstheit - noch dazu unter den militärischen Auflagen des Versailler Vertrages mit seinen vielfältigen Beschränkungen wie der Begrenzung des Heeres auf 100.000 Mann und der Marine auf 15.000 Mann sowie einem Verbot von Luftstreitkräften und der entmilitarisierten Zone 50 Kilometer ostwärts des Rheines - eine Wiederaufnahme einer „klassischen“ Großmachtpolitik wie zur Zeit des Kaiserreiches nicht vornehmen konnte.<sup>33)</sup>

### **Optionen der Neuorientierung**

Tatsächlich wurde diese indes vom Chef der Heeresleitung, Generaloberst Hans von Seeckt, perspektivisch anvisiert. Sein „Hebel“ war der neu entstandene Staat Polen, über dessen Bedeutung, insbesondere vor dem Hintergrund des polnisch-sowjetischen Krieges von 1920, er ausführte: „*Der jetzige polnische Staat ist eine Schöpfung der Entente. Er soll den Druck des früheren Russland auf die deutsche Ostfront ersetzen (...) Bricht Polen zusammen, so*



wankt das gesamte Gebäude des Versailler Vertrages.<sup>34)</sup> Für Seeckt war es dabei auch geradezu logisch, obwohl die weltanschaulichen Lineamente dem zu widersprechen schienen, mit der Roten Armee zur Unterlaufung der rüstungskontrollpolitischen Bestimmungen des Versailler „Schanddikates“ zu kooperieren, wenn es um die Einübung des Zusammenwirkens verbotener Waffensysteme und Teilstreitkräfte ging, die die zu diesem Zweck eingesetzte Interalliierte Kontrollkommission in der Sowjetunion nicht überwachen konnte.<sup>35)</sup> Letztlich intendierte er damit, wenngleich unter ganz anderen Grundannahmen als später im „Dritten Reich“, seiner Überzeugung von der notwendigen Beseitigung des polnischen Staates - „Poloniam esse delendam“ - das militärische Instrumentarium zu geben. Der Ansatz Seeckts, über einen überzeichneten Machtstaatsgedanken mit der Fixierung auf die militärische Macht die Voraussetzung außenpolitischer Handlungsfreiheit zu generieren, erwies sich indes aufgrund der real nicht vorhandenen militärischen Möglichkeiten als (vorläufig) substanzlos.

Im Gegensatz dazu entwickelte Außenminister Gustav Stresemann (1923-29) durch einen Wechsel der Methode eine ganz andere Perspektive für die Wiedererlangung einer deutschen Großmachtposition im Rahmen „demokratischer“ Außenpolitik: Über eine anzustrebende wirtschaftliche Prosperität wollte er, in größtmöglichem Einklang mit der Politik der Westmächte, die Voraussetzung dafür schaffen, neben einer Politik des Ausgleichs mit Frankreich, über eine sukzessive Revisionspolitik die sich eröffnenden Chancen, die verlorenen Ostgebiete des Reiches wiederzuerlangen, nutzen.

Am Beispiel der Konferenz von Locarno von 1925 lässt sich sein strategischer Ansatz wie in einem Brennglas verdeutlichen. „Locarno“ sollte nach dem in seinen Auswirkungen katastrophalen Krisenjahr 1923<sup>36)</sup> eine neue Phase der internationalen Stabilität und damit die Voraussetzung für die Zahlung von Reparationen schaffen, wofür das Deutsche Reich eine Garantie seiner Westgrenze durch Großbritannien, die Aufnahme in den Völkerbund inklusive eines Sitzes in dessen Sicherheitsrat und damit cum grano salis die Akzeptanz als europäische Großmacht erhielt.<sup>37)</sup> Damit schien es perspektivisch nur eine Frage der Zeit zu sein, wann das Deutsche Reich in einem friedlichen Umfeld zur vorherrschenden Ordnungsmacht in Europa erwachsen würde, dem durch die verfolgte Außenwirtschaftspolitik im (Süd-)Osten des Kontinents ein weiterer Projektionsraum entstehen konnte, zumal die Sowjetunion für die Staaten in ihrem Westen nichts Adäquates anzubieten hatte.

Im Westen war Frankreichs offensive Außenpolitik mit ihrer anti-deutschen Stoßrichtung durch den Vertrag von Locarno Geschichte. Frankreich konzentrierte sich, nachdem die Rheinlinie Illusion geworden war, auf eine defensive Grundausrichtung seiner Sicherheitspolitik, die sich letztlich auch im Bau der Maginot-Linie niederschlug.<sup>38)</sup> Damit hat es auch die psychologisch-politische Bedeutung der Sicherheitspakete mit Polen und der Tschechoslowakei unterminiert - eine Armee, die sich in einem Bunkersystem verschanzt, hat sich mental auf die Verteidigung eingestellt; offensive Operationen, wie sie aufgrund französischer Beistandsverpflichtungen bei einem deutsch-polnischen oder deutsch-tschechischen Konflikt notwendig würden, schienen damit kaum mehr eine drohende oder

abschreckende Wirkung entfalten zu können. Das günstigste außenpolitische Szenario für das Deutsche Reich seit seiner Gründung wurde nach der vornehmlich aus innenpolitischen Gründen gescheiterten Weimarer Republik<sup>39)</sup> in der Folgezeit durch das „Dritte Reich“ ausgenutzt.

## Operatives Denken von Moltke d. Ä. bis Seeckt

Mit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 veränderte sich die geostrategische Lage in Europa entscheidend. Während führende europäische Politiker, wie Benjamin Disraeli,<sup>40)</sup> das Gleichgewicht der Mächte in Europa zerstört sahen, wurde in Deutschland die Mittellage des Kaiserreiches als Bedrohung gewertet - grenzte das Kaiserreich doch als einzige der fünf europäischen Großmächte mit Frankreich im Westen, Österreich-Ungarn im Südosten und Russland im Osten direkt an drei potenzielle Kriegsgegner. Während Bismarck und seine Nachfolger einen eventuellen Zwei- oder gar Mehrfrontenkrieg durch die Schaffung von Bündnissen, so dem Zweibund mit Österreich, zu verhindern suchten, bereitete sich der Große Generalstab in Berlin auf einen Zweifrontenkrieg vor.<sup>41)</sup> Für die mehrheitlich preußischen Generalstabsoffiziere war die gleichzeitige Kriegführung an mehreren Fronten keine neue Erfahrung: Ihre Vorfahren hatten im Dreißigjährigen Krieg sowie unter Friedrich dem Großen in materieller und personeller Unterlegenheit zugleich gegen mehrere europäische Großmächte gekämpft. Auch sie selbst hatten im Deutschen Krieg von 1866 erfolgreich einen Zweifrontenkrieg geführt. Für einen potenziellen Zweifrontenkrieg gegen Frankreich und Russland sah sich der Generalstab daher trotz materieller und personeller Unterlegenheit gewappnet. Er war davon überzeugt, mit dem aus der Mittellage sich ergebenden Vorteil der inneren Linie, in Verbindung mit dem Aufbau eines qualitativ hochwertigen Heeres sowie einer überlegenen Führungskraft einen Zweifrontenkrieg gegen die potenziellen Gegner Russland und Frankreich, auch angesichts des Raumnachteils und der personellen wie materiellen Ressourcenunterlegenheit, siegreich führen zu können. Als ausschlaggebenden Faktor erachtete der Generalstab die von ihm in den so genannten „Reichseinigungskriegen“ demonstrierte erfolgreiche operative Führungskraft.<sup>42)</sup>

Deren Vater war der Chef des Großen Generalstabes, Helmuth von Moltke d. Ä. Angesichts der seit Beginn des 19. Jahrhunderts entstandenen Massenheere war er neue Wege gegangen und hatte schon länger verstreut existierende Ideen mit den neuen technischen Innovationen seiner Zeit - Telegraf und Eisenbahn - verknüpft. In seinen Überlegungen spielte die Operation die entscheidende Rolle. Sie war für ihn Bewegung, die dank der Aufteilung der eigenen Streitkräfte in selbstständig operierende, jedoch durch den Generalstab geführte Armeen, mit großer Schnelligkeit abzulaufen hatte. Die getrennt vorgehenden Verbände waren in der Schlacht auf der äußeren Linie zusammenzuführen, um die feindliche Streitmacht zu umfassen und zu vernichten. In der Bewegung sah Moltke die Möglichkeit, die gesteigerte Feuerkraft des Massenheeres, die den Verteidiger in der Schlacht begünstigte, zu umgehen. Um dieses Ziel zu erreichen, mussten die Bewegungen jedoch überraschend und schnell durchgeführt und gelenkt werden. Für Moltke war das operative Denken ein auf Bewegung basierendes lageangepasstes System der Aushilfen, das einen schnellen Sieg herbeiführen sollte.<sup>43)</sup>

Obwohl Moltke die Operation noch der Strategie unterordnete und nicht als selbstständige Kategorie zwischen Taktik und Strategie betrachtete und zwischen beiden Begriffen hin und her sprang, wurde der Operationsbegriff ab den 1870er-Jahren in den Sprachgebrauch des Generalstabes aufgenommen. Die De-facto-Aufnahme in den Kanon des Großen Generalstabes erfolgte jedoch erst unter Generalfeldmar-

schall Alfred Graf von Schlieffen. Unter ihm kristallisierte sich die Lösung des Generalstabes für einen sich aus der Mittellage fast zwangsläufig ergebenden Zweifrontenkrieg gegen Frankreich und Russland heraus. Ausgehend von der Prämisse, Deutschland könne einen langwierigen Krieg aufgrund seiner materiellen und personellen Ressourcenunterlegenheit nicht gewinnen, ersann Schlieffen eine operative Lösung für ein strategisches Problem. Er plante den gegnerischen Ressourcenaufbau durch einen schnellen Sieg zu unterlaufen. Der große Schweiger, wie ihn seine Generalstabsoffiziere nannten, verdichtete die auf den Gedanken Moltkes d. Ä. fußenden entscheidenden Parameter Bewegung, Angriff, Moral, Wille, Schnelligkeit, Initiative, Schwerpunkt, Umfang, Überraschung und Vernichtung in einem Taktik, Operation und Militärstrategie übergreifenden einzigen schnellen Akt. Im Sinne der Technologisierung- und Rationalisierungstendenzen der Zeit versuchte er alles, um Unberechenbares oder Irrationales durch geplante Operationsführung im Vorfeld zu verhindern.

Dazu zwang er das operative Denken in einen monolithischen Block, indem er Denken und Handeln des seit Moltke d. Ä. zur zentralen operativen Planungs- und Führungsinstanz ausgebauten Generalstabes<sup>44)</sup> ausschließlich auf eine ins gewaltige ausgedehnte Umfang beschränkte. Mit ihr sollte dem Gegner das Gesetz des Handelns diktiert und auch in Unterlegenheit ein Vernichtungssieg sichergestellt werden. Dabei ignorierte er die Erkenntnis aus dem deutsch-französischen Krieg, dass ein Volkskrieg reguläre Armeen vor größte Probleme stellte, schnelle durch operative Führung erzwungene Schlachtentscheidungen erschwerte, den Krieg auf unbegrenzte Zeit verlängerte und auch eine ausgezeichnete operative Kriegführung keine schnelle Kriegsentscheidung garantierte. Überhaupt durchdachte der Generalstab militärische Probleme selten strategisch-politisch, sondern nur operativ-strategisch. Als Ergebnis des selektiven Auswertungs- und Lernprozesses konzentrierte er sich unter Schlieffen ausschließlich auf mit zahlenmäßiger Unterlegenheit zum Sieg führende Operationen. Das Ergebnis war die als „Testament“ seinem Nachfolger, Generaloberst Helmuth von Moltke d. J., übergebene Denkschrift von 1905.<sup>45)</sup>

Diese als Schlieffenplan in die Geschichte eingegangene Denkschrift für einen Krieg gegen Frankreich fußte auf den von Schlieffen im Laufe der Jahre entwickelten Prinzipien für einen Zweifrontenkrieg gegen Russland und Frankreich:

1. Verzicht auf eine defensive und reagierende, hin zu einer offensiven, die Initiative ergreifenden Kriegführung.
2. Unter Nutzung der „inneren Linie“ Auflösung des Zweifrontenkrieges in zwei Einfrontenkriege, die nacheinander durchgefochten werden sollten.
3. Schwerpunktbildung mit Offensive im Westen und Verzögerung im Osten.
4. Schnelle Vernichtungsschlacht mit dem starken rechten Flügel nach Umfassung des französischen Festungssystems und erfolgreichem Durchmarsch durch luxemburgisches, niederländisches und belgisches Territorium.
5. Nach dem Sieg unter Ausnutzung der Eisenbahn Transport der siegreichen Verbände an die Ostfront, um dann den zwischenzeitlich nur verzögerten Gegner zu schlagen.<sup>46)</sup>

Ausgehend von der Überzeugung, Deutschland könne keinen langwierigen Abnutzungskrieg gewinnen, war

dies der Operationsplan für einen vermeintlich kurzen Krieg. Die Entwicklung des operativen Denkens war damit bis zu Beginn des Ersten Weltkrieges weitgehend abgeschlossen. Die zentralen Faktoren Initiative, Bewegung und Umfang hatten sich über Jahrzehnte in einem Diskurs inner- und außerhalb des Generalstabes herausgebildet und waren zum Allgemeingut, zum vermeintlichen Siegesrezept geworden. Daran änderten auch die von Schlieffens Nachfolger Generaloberst Helmuth von Moltke d. J. am Schlieffenplan vorgenommenen Veränderungen, Verstärkung des linken Flügels zum Schutz gegen eine französische Offensive in Elsass-Lothringen<sup>47)</sup> sowie Verzicht auf den Durchmarsch durch die Niederlande, da er diesen Staat im Kriegsfall als die wirtschaftliche Luftröhre Deutschlands ansah und einen längeren Krieg nicht gänzlich ausschloss,<sup>48)</sup> nichts.

1914 führten die operativen Planungen des Generalstabes schon nach wenigen Wochen zu einem Fiasko. Die große Umfassung des rechten Flügels scheiterte. Weder eine einfache noch eine doppelte Umfassung, geschweige denn eine Vernichtungsschlacht mit finalem Charakter gelang.<sup>49)</sup> Auch der immer wieder glorifizierte Sieg bei Tannenberg kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass das operative Denken seine Bewährungsprobe nicht bestand. So war das „Cannae des Ostens“ zwar ein operativer Sieg, jedoch zugleich auch eine strategische Niederlage, da die OHL, eine Katastrophe in Ostpreußen befürchtend, Verstärkungen von der West- an die Ostfront verlegte, die im weiteren Kriegsverlauf in Frankreich an der Marne fehlten.<sup>50)</sup>

Mit der Niederlage im Westen 1914 musste die militärische und politische Führung des Kaiserreichs akzeptieren, dass Schlieffens Lösung für das strategische Dilemma des Kaiserreichs gescheitert war. Es war nicht gelungen, das überlegene Potenzial der gegnerischen Staaten, unter Ausnutzung der inneren Linie und Auflösung des Zweifrontenkrieges in zwei nacheinander durchzuführende schnelle offensive Operationen mit jeweiliger regionaler Überlegenheit, zu unterlaufen. Der Stellungskrieg an der Westfront rückte zugleich den vor dem Krieg kaum in Erwägung gezogenen frontalen Durchbruch ins Zentrum des operativen Denkens.<sup>51)</sup>

Der Erste Weltkrieg legte so schon nach wenigen Wochen die entscheidende Schwäche des deutschen operativen Denkens offen. Dem deutschen Heer mangelte es an operativer Beweglichkeit, um die theoretischen Planungen in der Realität umzusetzen. Der Generalstab hatte die Interdependenz zwischen dem Zeitdruck auf der operativ-strategischen Ebene und der zur Durchführung der Operationen notwendigen Beweglichkeit der Truppe unterschätzt und so verkannt, dass die Mobilität der entscheidende Faktor der Operationsführung war. Für eine unter Zeitdruck in großen Räumen geführte schnelle bewegliche Kriegführung muss die Streitmacht, die unter Zeitdruck einen Gegner vernichtend schlagen soll, nicht nur mit gut ausgebildeten und ausgerüsteten, sondern v.a. mit hochgradig mobilen Verbänden ausgestattet sein, um in Unterlegenheit einen Gegner zu schlagen. Genau über diese Verbände verfügte das deutsche Heer jedoch nicht. Die Geschwindigkeit des Angriffs bestimmten der Marschschritt des Infanteristen sowie die Beweglichkeit der Artillerie. Eine Umfassung sich geordnet zurückziehender Verbände war damit fast unmöglich. Eine mit der Vernichtung des angegriffenen Gegners endende offensive Umfassungsschlacht gelang daher den deutschen Verbänden während des Weltkrieges weder an der West- noch an der Ostfront, wo sich die Offensiven in der Tiefe des russischen Raumes verliefen. Zudem waren die Operationsplanungen wegen der Mittellage des Kaiserreiches logistisch und transporttechnisch lediglich auf eine grenznahe Kriegführung ausgelegt.

Der Weltkrieg offenbarte so im Osten eher die strategischen Grenzen und im Westen eher die taktischen des operativen Denkens. Der

Krieg legte gnadenlos offen, dass zwischen dem, was nach sorgfältiger und realistischer Berechnung das deutsche Heer leisten konnte, und den an es herangetragenen Forderungen eine große Lücke klappte. Anspruch und Wirklichkeit in der deutschen militärischen und politischen Führung befanden sich vor und auch gegen Ende des Krieges nicht im Einklang. Daran konnte auch der Appell an den Willen nichts ändern.

Trotz der aufgezeigten Schwächen ist festzuhalten, dass die deutsche Armee im Grenzbereich zwischen Taktik und Operation große Leistungen vollbrachte. So musste bei aller Kritik die Schlacht von Tannenberg erst einmal siegreich beendet werden. Die Offensive in Russland 1915 und der Rumänienfeldzug 1916 sind vor dem Hintergrund der deutschen Kapazitäten Beispiele von gelungener operativer Führung. Im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten hat die OHL in bestimmten Bereichen, z.B. der Entwicklung neuer taktischer Verfahren für Verteidigung und Angriff, große Innovationsfähigkeit an den Tag gelegt.<sup>52)</sup>

Die Niederlage des Jahres 1918 bestätigte den Generalstab in der Überzeugung, Deutschland könne einen langwierigen Abnutzungskrieg nicht gewinnen. Der Versuch, die Ressourcenungleichheiten durch taktisch-operative Innovationen auszugleichen, war gescheitert. Das Eingeständnis dieser Erkenntnis hätte konsequenterweise die Aufgabe einer militärisch gestützten Großmachtpolitik bedeutet. Dies lag aber außerhalb der gedanklichen Grundhaltung der deutschen Militärelite. Für die apolitisch erzogenen und sozialisierten Offiziere lag die Entwicklung eines modernen Strategiebegriffs mit einem der Kriegführung zugrunde liegenden Primat der Politik außerhalb der gedanklichen Vorstellungen. Unbeirrt hielten sie an dem Grundsatz des politikfreien Operierens fest.

Trotz der Niederlage stand für die Generalstabsoffiziere außer Frage, dass sie mit dem deutschen operativen Denken über das richtige Führungskonzept verfügten. Nicht das Konzept galt als fehlerhaft, sondern dessen inkonsequente, mit Führungsfehlern gekoppelte Ausführung wie die Verwässerung des Schlieffenplans. Daher führte die direkt nach Kriegsende einsetzende selektive Auswertung von Kriegserfahrungen zwangsläufig zur Bestätigung der schon vor dem Krieg geltenden Grundsätze über die bewegliche operative Kriegführung und die Bedeutung des Angriffs.

Während sich die Reichswehr auf operativ-strategischem Gebiet einer realistischen Ursachenforschung weitgehend verweigerte, wertete sie dagegen professionell und zielgerichtet die taktischen Kriegserfahrungen aus. Dieses partielle Lernen floss nicht nur in die taktischen, sondern auch in die operativen konzeptionellen Überlegungen der Führung des Reichsheeres ein. Die Kontinuitätslinie, Unterlegenheit durch taktische und operative Beweglichkeit auszugleichen, ist offenkundig.<sup>53)</sup>

In der Realität durch die Auflagen des Versailler Friedensvertrags ihrem potenziellen Gegner hoffnungslos unterlegen, agierte die Reichswehr unter ihrem Chef Generaloberst Hans von Seeckt gleichzeitig auf einer realistisch-taktischen und utopisch-operativ-strategischen Ebene. Während die taktischen Innovationen mit der Weiterentwicklung des Gefechtes der verbundenen Waffen die Taktik des Heeres über Jahre hinweg prägte, führte die Restauration des operativen Denkens in der Ära Seeckt zu Frustrationen und zu einer Krise

des operativen Denkens. Offiziere wie Oberst Joachim von Stülpnagel forderten vor dem Hintergrund der offensichtlichen militärischen Unterlegenheit des Reiches eine realistische Lagebeurteilung. Stülpnagel sprach sich gegen den klassischen Operationskrieg Schlieffen'scher Prägung aus und forderte stattdessen die Einbettung des Volkskrieges mit irregulären Einheiten als gesamtgesellschaftlichen Krieg in die operative Kriegführung.<sup>54)</sup> Diese Radikalisierung der Kriegführung, die im Zweiten Weltkrieg in vielen Bereichen Realität wurde, stand im Gegensatz zu den von Seeckt tradierten operativen Vorstellungen und dessen Überzeugung, die Armee und nicht das Volk führe den Krieg. Seeckts operative Doktrin, mit einem kleinen beweglichen und hochtechnisierten Berufsheer einen Krieg „blitzartig“ zu beenden, bevor die totalisierenden militärischen und gesamtgesellschaftlichen Potenziale der Feinde zur Entfaltung kommen könnten, war letztlich die Radikalisierung des klassischen Schlieffen'schen operativen Konzeptes hin zu einer nicht mehr zu steigernden Geschwindigkeit der Anfangsoperationen.<sup>55)</sup> Letztlich waren aber sowohl Stülpnagels als auch Seeckts operative Vorstellungen vor der realen strategischen Lage Deutschlands, wenn auch aus verschiedenen Gründen, nicht umsetzbar.

Den von Reichswehrminister Wilhelm Groener (1928-32) eingeleiteten Prozess, die operativen Planungen mit der deutschen Außenpolitik und der realen strategischen Situation des Reiches abzustimmen, trugen nur Teile der Heeresführung mit. Tief verhaftet im klassischen operativen Denken, entwickelte die Mehrheit der Offiziere nur eingeschränkt ein Verständnis für eine über das Operativ-Militärische hinausgehende Gesamtkriegführung und lehnte die Unterordnung des Militärs und dessen Planungen unter den Primat der Gesamtpolitik ab.

Das operative Denken des Reichsheeres bewegte sich Anfang der 1930er-Jahre, auch wenn der Verteidigung und dem hinhaltenden Kampf mehr Raum als vor 1914 eingeräumt wurde, wieder im klassischen operativ angriffsweise geführten Bewegungskrieg. Überraschung, Schwerpunktbildung, Umfassung, Vernichtung, innere Linie, Kampf in der Unterlegenheit und Feldherrenkunst waren, gekoppelt mit dem Glauben an die schnelle Schlachtentscheidung zum Unterlaufen der gegnerischen Potenziale, die Eckpfeiler dieses Denkens. Der Durchbruch als Voraussetzung für eine gelungene Umfassung, im Kaiserreich noch heftig umstritten, rückte zudem immer stärker ins Zentrum des operativen Interesses. Langsam begann man den Durchbruch in Verbindung mit anschließender operativer Umfassung als eine durchgehende Operation zu begreifen. Die zur Umsetzung dieses operativen Denkens notwendigen Kriegsmittel wie Panzer oder Flugzeuge standen jedoch dem Reichsheer aufgrund der Auflagen des Versailler Vertrages nicht zur Verfügung. Dieser Zustand sollte sich nur wenige Jahre später ändern. *(Wird fortgesetzt)*

#### ANMERKUNGEN:

- 1) Vgl. statt vieler die Überblicksdarstellungen von Gottfried Niedhardt: Internationale Beziehungen 1917-1947, Paderborn 1989 und Horst Möller: Europa zwischen den Weltkriegen, München 1998 (=Oldenbourg Grundriss der Geschichte, 21) sowie Walter L. Bernecker: Europa zwischen den Weltkriegen 1914-1945, Stuttgart 2002 (=Handbuch der Geschichte Europas, 9).
- 2) Vgl. Mark Mazower: Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert, Berlin 2000.
- 3) Vgl. Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme, München 1995.
- 4) Vgl. Reichsgesetzblatt (Nr. 140) Jahrgang 1919: Gesetz über den Friedensschluß zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten, S.687ff.
- 5) Vgl. hierzu grundsätzlich Klaus Hildebrand: Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, 2. Aufl. Darmstadt 1996.
- 6) David P. Calleo: The German Problem Reconsidered. Germany and the World order, 1870 to the Present, Cambridge 1978, S.208.
- 7) Vgl. Klaus Hildebrand: Deutsche Außenpolitik 1871-1918, 2. Aufl. München 1994.
- 8) Vgl. Klaus Wernecke: Der Wille zur Weltgeltung. Außenpolitik und Öffentlichkeit im Kaiserreich am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Düsseldorf 1970.



- 9) Der Begriff wurde von Max Weber in seiner Antrittsvorlesung 1895 geprägt, vgl. Max Weber: *Gesammelte politische Schriften*. Hrsg. von J. Winkelmann, 2. Aufl. Tübingen 1958, S.23.
- 10) Vgl. Michael Epkenhans: *Die wilhelminische Flottenrüstung 1908-1914. Weltmachtstreben, industrieller Fortschritt, soziale Integration*, München 1991 (=Beiträge zur Militärgeschichte, 32).
- 11) Vgl. Gregor Schöllgen: *Instrument deutscher Weltmachtspolitik. Die Bagdadbahn im Zeitalter des Imperialismus*. In: Jürgen Franzke (Hrsg.): *Bagdadbahn und Hedjazbahn. Deutsche Eisenbahngeschichte im Vorderen Orient*, Nürnberg 2003, S.108-111 sowie ders., *Imperialismus und Gleichgewicht. Deutschland, England und die orientalische Frage 1871-1914*, München 1984.
- 12) Vgl. Helmuth Plessner: *Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes*, 5. Aufl. Frankfurt/M. 1994.
- 13) Friedrich Meinecke: *Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen*, 3. Aufl. Wiesbaden 1947, S.25.
- 14) Vgl. Fritz Fischer: *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*, Düsseldorf 1967.
- 15) Vgl. Volker Ullrich: *Die nervöse Großmacht 1871-1918. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreiches*, Frankfurt/M. 1997 und Joachim Radkau, *Das Zeitalter der Nervosität. Deutschland zwischen Bismarck und Hitler*, München 1998.
- 16) Vgl. Otto Fürst von Bismarck: *Gedanken und Erinnerungen*, Volks-Ausgabe Bd. 2, Stuttgart/Berlin 1909, S.253.
- 17) Vgl. Gerhard P. Groß: *Der „Raum“ als operationsgeschichtliche Kategorie im Zeitalter der Weltkriege*. In: Jörg Echternkamp, Wolfgang Schmidt, Thomas Vogel (Hrsg.): *Perspektiven der Militärgeschichte. Raum, Gewalt und Repräsentation in historischer Forschung und Bildung*, München 2010 (=Beiträge zur Militärgeschichte, 67), S.115-140.
- 18) Vgl. Hans Ehlert, Michael Epkenhans, Gerhard P. Groß (Hrsg.): *Der Schlieffenplan. Analysen und Dokumente*, Paderborn 2006 (=Zeitalter der Weltkriege, 2).
- 19) George F. Kennan: *The Decline of Bismarck's European Order. Franco-Russian Relations, 1875-1890*, Princeton 1979, S.3.
- 20) Vgl. zum Ersten Weltkrieg: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich (Hrsg.): *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, Paderborn 2003; Michael Salewski: *Der Erste Weltkrieg*, 2. Aufl. Paderborn 2004, Michael Howard: *Kurze Geschichte des Ersten Weltkriegs*, München 2004/05, John Keegan: *Der Erste Weltkrieg. Eine europäische Tragödie*, 2. Aufl. Reinbek bei Hamburg 2003 sowie Roger Chickering: *Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg*, München 2002 und Wolfgang J. Mommsen: *Die Urkatastrophe Deutschlands. Der Erste Weltkrieg 1914-1918*, Stuttgart 2004 (=Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte, 17).
- 21) Vgl. Holger Afflerbach: *Falkenhayn. Politisches Denken und Handeln im Kaiserreich*, München 1994.
- 22) Vgl. hierzu kompakt Manfred Messerschmidt: *Das preußische Militärwesen*. In: Wolfgang Neugebauer (Hrsg.): *Handbuch der Preußischen Geschichte Bd. III: Vom Kaiserreich zum 20. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens*, Berlin 2001, S.319-546, hier S.480-490.
- 23) Vgl. zum Gesamtkomplex konzis Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte Band 4: Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949*, München 2003, S.114-122.
- 24) Vgl. Werner Hahlweg (Hrsg.): *Lenins Rückkehr nach Russland. Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916-1918*, Leiden 1957.
- 25) Vgl. Hildebrandt: *Das vergangene Reich*, S.363-372.
- 26) Vgl. etwa Andreas Hillgruber: *Das Russland-Bild der führenden deutschen Militärs vor Beginn des Angriffs auf die Sowjetunion*. In: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.): *Das Russland-Bild im Dritten Reich*, Köln u.a. 1994, S.125-140.
- 27) Vgl. Niedhardt: *Internationale Beziehungen*, S.11-29.
- 28) Vgl. Christopher M. Bell: *Thinking the Unthinkable: British and American Naval Strategies for an Anglo-American War, 1918-1931*. In: *The International History Review*, Vol. 19, No. 4, November 1997, S.789-808.
- 29) Vgl. Hildebrandt: *Das vergangene Reich*, S.408.
- 30) Möller: *Europa zwischen den Kriegen*, S.18.
- 31) Vgl. Artikel 88 des Vertrages von Saint-Germain-en-Laye vom 10. September 1919, abgedruckt im Staatsgesetzblatt 303/1920.
- 32) Vgl. Michael Salewski: *Das Weimarer Revisionssyndrom*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B2/1980*, S.14-25.
- 33) Vgl. Peter Krüger: *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, Darmstadt 1993.
- 34) Zit. nach Francis L. Carstens: *Reichswehr und Politik, 1918-1933*, Köln 1964, S.79.
- 35) Vgl. Manfred Zeidler: *Reichswehr und Rote Armee 1920 bis 1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit*, München 1993 (=Beiträge zur Militärgeschichte, 36).
- 36) Vgl. Gerd Krumeich/Joachim Schröder (Hrsg.): *Der Schatten des Weltkriegs: Die Ruhrbesetzung 1923*, Essen 2004 (=Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, 69).
- 37) Vgl. Gottfried Niedhardt: *Die Außenpolitik der Weimarer Republik*, 2. Aufl. München 2006 (=Enzyklopädie Deutscher Geschichte, 53), S.23.
- 38) Vgl. Frédéric Guelton: *Das Problem der mechanisierten Kriegführung in Frankreich 1917 bis 1940*. In: Gerhard P. Groß (Hrsg.): *Führungsdenken in europäischen und nord-amerikanischen Streitkräften im 19. und 20. Jahrhundert*, Hamburg, Berlin, Bonn 2001 (=Vorträge zur Militärgeschichte, 19), S.191-208, hier S.199.
- 39) Vgl. generell Andreas Wirsching: *Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft*, 2. erw. Aufl. München 2008 (=Enzyklopädie Deutscher Geschichte, 58).
- 40) Vgl. William Flavelle Monypenny, George Earle Buckle: *The Life of Benjamin Disraeli, Earl of Beaconsfield*, Vol. II 1860-1881, 2. Aufl. London 1929, S.473.
- 41) Zur Raumproblematik vgl. Groß: „Raum“ als operationsgeschichtliche Kategorie. In: Echternkamp (Hrsg.): *Perspektiven*, S.115-140.
- 42) Zur Entwicklung des operativen Denkens im deutschen Heer vgl. neuerdings Gerhard P. Groß: *Von Moltke bis Heusinger. Die Entwicklung des operativen Denkens im deutschen Heer*, Paderborn u.a. 2012 (=Zeitalter der Weltkriege, 9).
- 43) „Der Charakter der heutigen Kriegführung ist bezeichnet durch das Streben nach großer und schneller Entscheidung... Alles drängt auf rasche Beendigung des Krieges.“ Moltkes *Militärische Werke II*, 2, Verordnungen, S.173.
- 44) Vgl. Arden Bucholz: *Moltke, Schlieffen and the Prussian War Planning*, New York 1991.
- 45) Zur neueren Forschungsdiskussion vgl. Ehlert/Epkenhans/Groß: *Schlieffenplan*. In diesem Band sind erstmalig die neu aufgefundenen Abschriften der Aufmarschanweisungen des Großen Generalstabes von 1893/94 bis 1914/15 abgedruckt.
- 46) Vgl. dazu Gerhard P. Groß: *There was a Schlieffen Plan*. In: Ehlert/Epkenhans/Groß: *Schlieffenplan*, S.117-160 sowie Gerhard Ritter: *Der Schlieffenplan. Kritik eines Mythos*, München 1956.
- 47) Zu den französischen Operationsplanungen vgl. Robert A. Doughty: *France*. In: *War Planning 1914*, edited by Richard F. Hamilton/Holger H. Herwig, New York 2010, S.143-174; Stefan Schmidt: *Frankreichs Plan XVII. Zur Interdependenz von Außenpolitik und militärischer Planung in den letzten Jahren vor dem Ausbruch des großen Krieges*. In: Ehlert/Epkenhans/Groß: *Schlieffenplan*, S.221-256.
- 48) Vgl. dazu Stig Förster: *Der deutsche Generalstab und die Illusion des kurzen Krieges, 1871-1914. Metakritik eines Mythos*. In: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 54 (1995), S.61-95, Annika Mombauer: *Helmuth von Moltke and the origins of the First World War*, Cambridge 2001 und dies.: *Der Moltkeplan. Modifikation des Schlieffenplans bei gleichen Zielen?* In: Ehlert/Epkenhans/Groß: *Schlieffenplan*, S.79-99.
- 49) Dazu neuerdings Holger H. Herwig: *The Marne, 1914. The Opening of World War I and the Battle That Changed the World*, New York 2009.
- 50) Zur Kriegführung an der Ostfront vgl. Gerhard P. Groß: *Im Schatten des Westens. Die deutsche Kriegführung an der Ostfront bis Ende 1915*. In: *Die vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung* hrsg. von Gerhard P. Groß, Paderborn 2006 (=Zeitalter der Weltkriege, 1), S.49-64.
- 51) Zur Entwicklung der deutschen Taktik vgl. Gerhard P. Groß: *Das Dogma der Beweglichkeit. Überlegungen zur Genese der deutschen Heerestaktik im Zeitalter der Weltkriege*. In: *Erster Weltkrieg Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland*, hrsg. im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes von Bruno Thoß und Hans-Erich Volkmann, Paderborn u.a. 2002, S.143-166.
- 52) Vgl. Groß: *Dogma der Beweglichkeit*, S.147-153.
- 53) Vgl. Groß: *Dogma der Beweglichkeit*, S.153-156.
- 54) Vgl. dazu Wilhelm Deist: *Die Reichswehr und der Krieg der Zukunft*. In: *MGM 45(1989) 1*, S.81-92, Michael Geyer: *Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924-1936*, Wiesbaden 1980 (=Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz, 91), S.84-97 sowie neuerdings Gil-li Vardi: *Joachim von Stülpnagel's Military Thought and Planning*. In: *War and History*, 2 (2010), S.193-216.
- 55) Weiterführend zu Seeckts Konzeption: Robert M. Citino: *The Path to Blitzkrieg. Doctrine and Training in the German Army, 1920-1939*, Boulder 1999, James S. Corum: *The Roots of Blitzkrieg. Hans von Seeckt and German Military Reform, Lawrence 1992* und Matthias Strohn: *The German Army and the Defence of the Reich. Military Doctrine and the Conduct of the Defensive Battle 1918-1939*, Cambridge u.a. 2011.





**Dr. Eberhard Birk**

Geb. 1967; Oberregierungsrat, Oberstleutnant d.R.; 1987-93 Soldat auf Zeit; 1993-97 Studium der Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Augsburg, Stipendiat der deutschen Studenten- und Graduiertenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 1995-99; 1999 Promotion zum Dr. phil mit einer Diss. zum Thema: „Der Funktionswandel der Westeuropäischen Union (WEU) im europäischen Integrationsprozeß“, seit Juli 2000 Dozent für Militärgeschichte und Politische Bildung an der Offizierschule der Luftwaffe in Fürstenfeldbruck. Zahlreiche Beiträge zur Deutschen Militärgeschichte im europäischen Kontext sowie zu Fragen der Tradition, Strategie und Sicherheitspolitik (Aufsätze in der ÖMZ u.a. zu Marathon, Alexander, Hannibal, Varusschlacht, Oranische Heeresreform, Schlacht bei Leuthen, Lineartaktik, Napoleon, Radetzky, Moltke und Königgrätz, Douhet, Europäische Tradition); Aktuelle Publikationen: Wie Friedrich „der Große“ wurde. Eine kleine Militärgeschichte des Siebenjährigen Krieges 1756 bis 1763, hrsg. gem. mit Thorsten Loch und Peter Popp, Freiburg 2012; Tradition für die Bundeswehr. Neue Aspekte einer alten Debatte, hrsg. gem. mit Winfried Heinemann und Sven Lange, Berlin 2012 und Die Luftwaffe zwischen Politik und Technik, hrsg. gem. mit Heiner Möllers und Wolfgang Schmidt (= Schriften zur Geschichte der Deutschen Luftwaffe, Band 2), Berlin 2012.



**Dr. Gerhard P. Groß**

Geb. 1958; Oberst; 1978-1983 Studium der Geschichte und Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg Universität Mainz; Wiedereintritt in die Bundeswehr; 1984-1988 3./FJgBtl 740 in Mainz; 1988 Promotion an der Johannes Gutenberg Universität Mainz zum Thema „Die Seekriegführung der Kaiserlichen Marine im Jahre 1918“; 1988-1996 Dozent für Militärgeschichte an der Offizierschule des Heeres in Hannover; 1996-2003 Bereichsleiter Historische Bildung am Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam; 2003-2009 Projektleiter „Erster Weltkrieg“ im Forschungsbereich „Zeitalter der Weltkriege“; April 2009 bis 2012 Bereichsleiter „Militärgeschichte der DDR im Bündnis“; seit Januar 2013 Bereichsleiter „Deutsche Militärgeschichte nach 1945“; zahlreiche Publikationen zur deutschen Militärgeschichte u.a.: Mythos und Wirklichkeit. Geschichte des operativen Denkens im deutschen Heer von Moltke d.Ä. bis Heusinger, Paderborn 2012 (= Zeitalter der Weltkriege, 9); Preußen. Aufstieg und Fall einer Großmacht (gem. mit Michael Epkenhans und Burkhard Köster), Stuttgart 2011; Am Rande Europas? Der Balkan - Raum und Bevölkerung als Wirkungsfelder militärischer Gewalt, hrsg. gem. mit Bernhard Chiari, München 2009; Der Schlieffenplan. Analysen und Dokumente (hrsg. gem. mit Hans Ehlert und Michael Epkenhans) Paderborn 2006 (= Zeitalter der Weltkriege, 2); Die vergessene Front - der Osten 1914/15. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung. Paderborn 2006 (= Zeitalter der Weltkriege, 1); Das Militär und der Aufbruch in die Moderne 1860-1890. Armeen, Marinen und der Wandel von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft in Europa, den USA sowie Japan (hrsg. gem. mit Michael Epkenhans), München 2003; Führungsdenken in europäischen und nordamerikanischen Streitkräften im 19. und 20. Jahrhundert. Hamburg 2001; Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, (hrsg. gem. mit Jörg Duppler) München 1999.

# Mahan oder Corbett: Das maritim-strategische Dilemma „Chinamerikas“ im indo-pazifischen Raum

Nikolaus Scholik

Die Beurteilung der strategischen Entwicklungen von Großmächten ist heute von besonderer Komplexität geprägt und verlangt ein permanentes „Nachjustieren“, will und muss man technologischen Fortschritt, die aktuelle politische Situation und die jeweiligen und gesamten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen korrekt berücksichtigen. Im maritimen Bereich, der sich definitiv zum Schlüssel für eine Position in der globalen Mächteordnung gewandelt hat, stehen die beiden derzeitigen Supermächte - in allerdings verschiedener Rangordnung - vor bedeutenden Entscheidungen. Dazu kommt, dass sich das strategische „theater“,<sup>1)</sup> allgemeiner Ansicht nach nun der pazifische Raum, durch die politischen Entwicklungen in Nah-Mittelost und parallel im Bereich Nordwest-Pazifik (Nord und Süd), nicht mehr vom östlichen Indischen Ozean trennen lässt. Damit entsteht ein neuer Großraum, der geopolitisch, geostrategisch zusammenwächst; dies ist insbesondere bei allen maritim-strategischen Überlegungen zu berücksichtigen.

Die Bedeutung von Seemacht in kriegerischen Auseinandersetzungen - von Salamis (480 v. Chr.), Mylae (280 v. Chr.) zu Lepanto (3.10.1571), Trafalgar (21.10.1805) und letztlich Tsushima (27./28.5.1905) bis Midway (4.-7.6.1942) - zeigt die oft kriegsentscheidende Bedeutung der Beherrschung der See. Hier werden die beiden Haupttheoretiker strategischer und politischer Bedeutung von Seemacht, T. Mahan und J. Corbett, als maritim-strategische Richtungsweiser untersucht. Ohne bedeutende politische Theoretiker wie K. Waltz,<sup>2)</sup> J. Mearsheimer,<sup>3)</sup> R. Kagan<sup>4)</sup> und B. Posen, die sich spezifisch mit Seemacht beschäftigt haben, schmälern zu wollen, wird hier S. Huntington als moderner Vertreter mit seinen Erkenntnissen im maritimen Bereich zu einer Abrundung des Bildes der möglichen strategischen Entwicklung herangezogen.

Nach der historisch-theoretischen Konstellation werden die Haupt- und einige Nebenakteure hinsichtlich ihrer maritim-strategischen Gegebenheiten analysiert. Am Beispiel der derzeit gültigen Seestrategie der USA - ein vergleichbares chinesisches Dokument liegt zur Beurteilung nicht vor - wird die durchaus erkennbare Schwierigkeit bei der Umsetzung von strategisch wichtigen Eckpunkten auf die operative und materialmäßige Ebene dargestellt. Die chinesische Strategie

wiederum lässt sich (wie natürlich auch die der USA) aus den geopolitischen und energiepolitischen Notwendigkeiten sowie dem Wunsch, die Dominanz der USA zur See zu verringern oder, schlechtestenfalls, zumindest nicht größer werden zu lassen, ableiten.

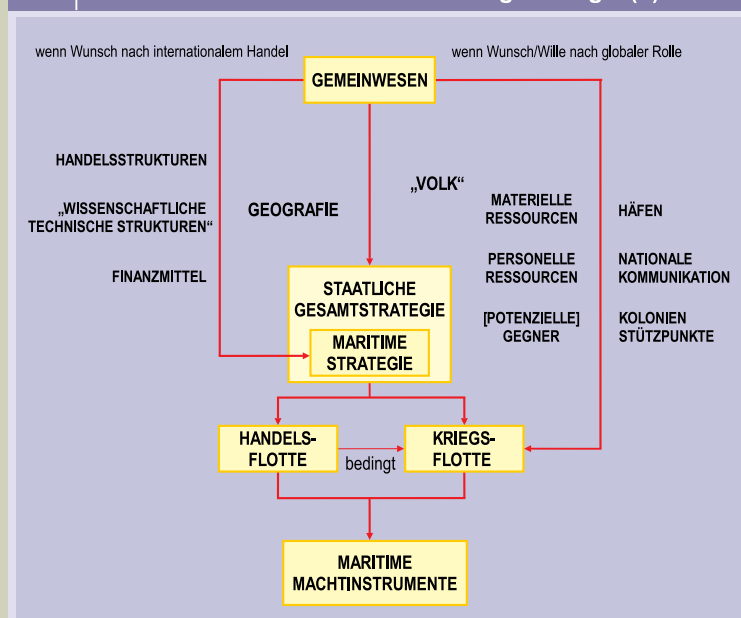
## Alfred Thayer Mahan

Mahan hat seine erste, moderne Theorie des Kriegs zu See in den späten 1880er-Jahren vorgelegt. Zunächst primär nicht als strategisches, sondern historisches Werk gedacht, entwickelte er in „The Influence of Sea Power upon History“<sup>45)</sup> eine erste moderne Theorie über Seekriegführung und mehr noch allgemeingültige Prinzipien der Kontrolle der Ozeane und der Seewege sowie strategische Grundprinzipien der Seekriegführung.

Die sechs Hauptpunkte Mahans bezüglich der Beurteilung der Voraussetzungen für eine Seemacht lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- geographische Position,
- Landesphysik,
- territoriale Ausweitung,

Abb.1 Mahan's maritime Ausrichtung/Strategie (?)



Quelle: Autor

Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Stefan Lechner

- Bevölkerungszahl,
- Nationalcharakter,
- Regierungsart

Und wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, dann muss diese Nation - das maritime Instrument, eine Marine vorausgesetzt - in der Lage sein, Seewege/Handelswege zu kontrollieren und durch ihre Übermacht auf See wirtschaftliche und politische Dominanz sicherzustellen.

Es scheint kein Zufall der Geschichte zu sein, dass Mahans maritimer Beitrag zur Gesamtstrategie eines Staates fast zeitgleich mit der Entwicklung der Theorie der Geopolitik (Mackinder, Kjellen, Ratzel und Haushofer) und dem technologischen Wandel der Seefahrt vonstatten ging. Greifen doch die Elemente der politischen Theorie und jene Mahans über den geplanten und theoretisch ableitbaren Marineeinsatz wie Zahnräder ineinander:

Obige Grafik zeigt diese Interdependenz zwischen Gesamtstrategie und die darin eingebettete Rolle von Marineaktivitäten - zivil wie militärisch - klar auf. Taktisch-operativ bezeichnet Mahan „[das] Suchen und Ausüben eines Vorteils ab dem Beginn des Seegefechts“ als entscheidend. Als Seeoffizier wusste er über die enorme Wichtigkeit der Verteilung von taktischem Kommando (vor Ort) und strategischer Übersicht Bescheid und forderte deren Beachtung als „entscheidende Elemente“ der Seekriegführung. Aber er sieht auch Situationen, in denen Taktik und Strategie ineinandergreifen können: Wahl des Ortes und der Bedingungen eines Aufeinandertreffens sowie das letztlich oft notwendige „Korrigieren“ strategischer Fehler durch taktische Entscheidungen. Ungeachtet des seit Mahan enormen technisch-technologischen Fortschritts mit seinen elektronischen Möglichkeiten in den Bereichen Navigation, Geschwindigkeit, Waffentechnik und -wirkung

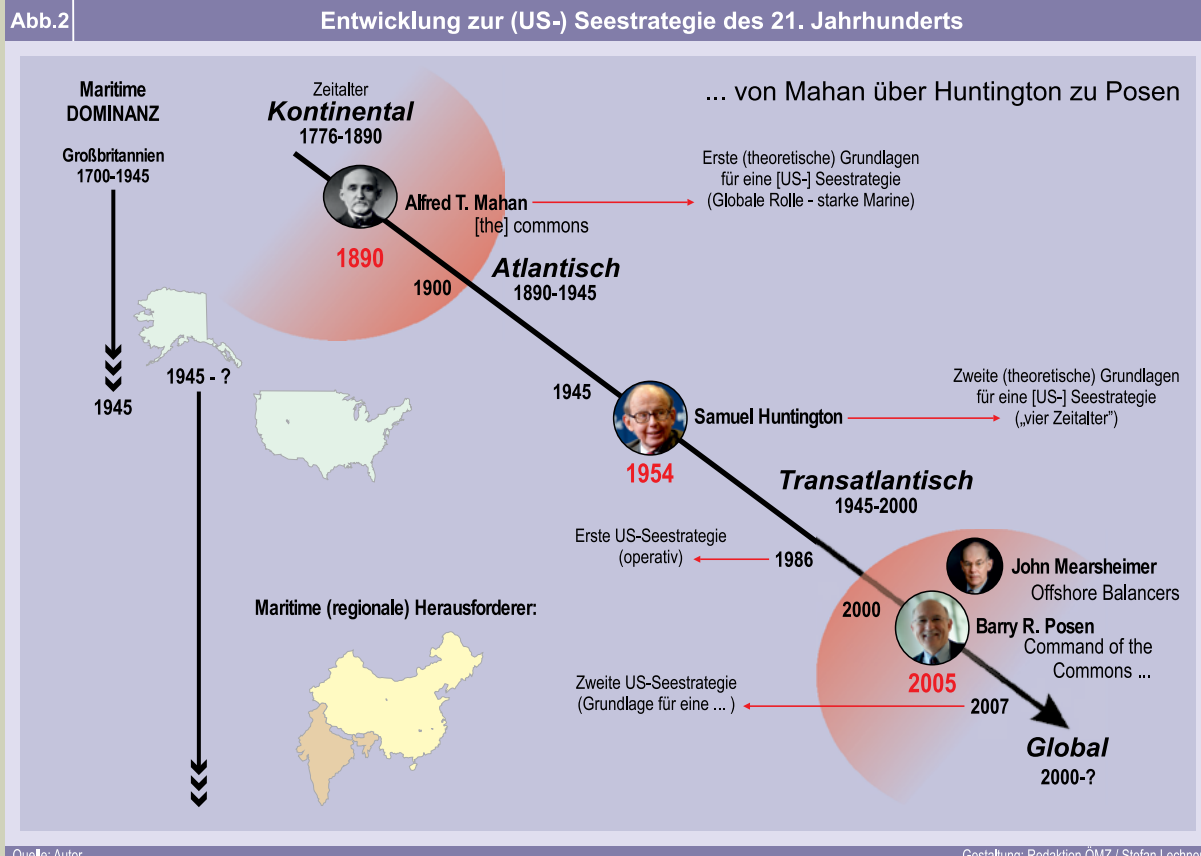
sowie v.a. C<sup>3</sup>I<sup>6</sup>) sind folgende Voraussetzungen für eine erfolgreiche Seestrategie zu erfüllen:

- die nationale maritime Ausrichtung,
- zu erwartende Haltung/Reaktion des Gegners,
- Beurteilung der maritimen Potenziale sowie das allgemeine Kräfteverhältnis,
- Verteilung des Kräfteinsatzes,
- Festlegung der Kommandostruktur.

Mahan stellt die kausalen Zusammenhänge, die bei Landkriegen entscheidend sind (Raum-Bewegung-Feuer[kraft]) erstmals als Grundelemente einer maritimen Staatspolitik auf. Sein Grundsatz, dass der Einfluss politischer und militärischer Fähigkeiten von Nationen mit Seezugang auf ihre maritime Stärke vorrangig wäre, ist nach wie vor - und gerade für die diesbezügliche Beurteilung Chinas - hochaktuell.

## Julian Corbett

Im Gegensatz zu Mahan beginnt Corbett erst in späteren Jahren (ab 1896), ohne zunächst relevante militärische Ausbildung oder Kenntnisse zu haben, sich mit maritimen Fragen zu beschäftigen. Von Herkunft und professioneller Bildung her liegt hier ein wesentlicher Unterschied zwischen Mahan und Corbett. Während Mahan wohl auch die maritime Strategie in die nationale Gesamtstrategie einbettet, liegt bei ihm die Priorität eindeutig auf der maritim-offensiven Komponente. Corbett hingegen sieht in der Marine ein Instrument der Gesamtstrategie, das mithilft, Kriege zu entscheiden - allerdings ohne die Dominanz der Interpretation Mahans von Seemacht. Die siegreiche, mit dem Ziel des Brechens der gegnerischen Flottenmacht verknüpfte Seeschlacht - bei Mahan Voraussetzung für den Gesamterfolg - hat bei Corbett eine untergeordnete strategische Bedeutung; während bei Mahan die Beherrschung der See eine absolute Notwendigkeit war, stellte Corbett temporäre (maritime) Präsenz und Stärke in den Vordergrund. Mahans offensiver Strategie stellte Corbett eine defen-





sive entgegen - lokale Offensiven (zu Land!), die massive Projektion von Landstreitkräften und verschiedene Arten von Blockaden, um die Seewege offen zu halten. Corbetts Hauptthesen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Kontrolle der Seewege (SLOC),<sup>7)</sup>
- Abwägen der politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Komponenten mit den technologischen und materiellen für eine Kriegführung,
- Effizienz auf dem Schlachtfeld unter Bewahrung entscheidender Mittel,
- Primat der Politik im Kriege durch eine angepasste (Gesamt-)Strategie zum Schutz der nationalen Interessen.

China und die USA als Proponenten der maritimen strategischen Gedanken Corbetts und Mahans? Mahan folgend haben alle US-Präsidenten seit Mitte des 19. Jahrhunderts die amerikanische maritime Macht ausgedehnt und damit ein mächtiges nationales Instrument geschaffen. China hingegen hat erst mit dem Beginn der Deng-Ära (1979-1997), nachfolgend den politischen Entscheidungen zur wirtschaftlichen Öffnung, die Notwendigkeit einer entsprechenden militärischen Stärke internationaler Prägung, das heißt mit maritimen Fähigkeiten, richtig erkannt. Wiewohl man seitens der Volksrepublik China durchaus Mahan'sche Ziele erkennen kann, bleibt doch die Realität viel mehr den Empfehlungen Corbetts verhaftet - was in der Beurteilung noch herauszuarbeiten sein wird.

### Samuel Huntington

Huntington, dessen Hauptwerk „The Clash of Civilizations“<sup>8)</sup> große Verbreitung fand, ist weit weniger für seine Arbeit im maritim-strategischen Bereich bekannt. Dennoch genießen seine Aufarbeitung der Geschichte der amerikanischen Marinestrategien und seine theoretischen Ansätze und Einteilungen in Fachkreisen hohen Stellenwert. Seine Darstellung der Phasen maritimer Strategien („National Policy and the Transoceanic Navy“, 1954) verbindet die geschichtlichen Ereignisse der entsprechenden Phasen mit der jeweils angepassten strategischen Ausrichtung; ein Ansatz, der ihn nach Mahan und vor Posen<sup>9)</sup> in die Reihe entscheidender amerikanischer Theoretiker stellt. Während Mahan den Zeitraum bis zur Wende zum 20. Jahrhundert dominiert, deckt Huntington die Zeiträume 1900 bis 2000 ab; ihm folgt B. Posen mit seinem Beitrag „Command of the Commons“<sup>10)</sup> zusammen mit Mearsheimers „Offshore Balancers“<sup>11)</sup> die Fundamente heutiger maritimer Theorie. Diese drei Theoretiker haben die Entwicklung der bisher gültigen, neuen maritimen Strategie der USA, „A Cooperative Strategy for 21<sup>st</sup> Century Seapower“ (ACS21), über die noch berichtet wird, maßgeblich mitbeeinflusst.

Die Einteilung Huntingtons in die (aus maritimer Sicht) Oceanic und Transoceanic Era spiegelt die jeweilige Phase der Geschichte und der außenpolitischen Aktivitäten der USA wider, anknüpfend an die Continental Era (Mahan) und mündend in die Global Era (Posen). Diese Einteilungen zeigen auch die maritimen Interessen/die Präsenz der USA auf den Weltmeeren mit ihrer Navy auf: zunächst sehr kontinental, nach innen ausgerichtet, dann atlantisch, transatlantisch und letztlich - heute und in beurteilbarer Zukunft - auf alle Ozeane ausgedehnt, dem globalisierten Welthandel angepasst. Die Global Era beginnt mit dem

Zerfall der Sowjetunion, der relativ kurzen Phase der hegemonialen Rolle der USA, v.a. im militärischen Bereich. Die seit 9/11 geänderten Sicherheitsbedingungen haben ebenso Eingang in die neue Seestrategie gefunden wie die ständig steigende, gegenseitige Abhängigkeit im internationalen Handel, bei allen Energie- und Umweltfragen und dem daraus resultierenden Zwang zu immer mehr Kooperation. Letztlich ist auch der Bereich der internationalen Sicherheit nicht mehr von einigen Großmächten alleine abhängig, und auch hier deutet einiges auf eine stärkere Annäherung in „Chinamerika“<sup>12)</sup> hin. Interessant ist in diesem Zusammenhang der Wechsel in der operativen Struktur der USN:<sup>13)</sup> Während die Transoceanic Era auf drei fleet-hubs<sup>14)</sup> (Mittelmeer, Indischer Ozean, Pazifik) setzte/ setzen musste, „begnügt“ sich die Global Era mit zwei (Indischer Ozean/Persischer Golf, Pazifik). Basierend auf diesen Grundlagen können nun die strategisch-operativen Gegebenheiten Chinamerikas untersucht werden.

### Chinamerika - die Konstellation

Die Konstellationsanalyse, Indien als drittstärkste maritime Macht im indo-pazifischen Raum, Russland wegen seiner kontinentalen Bedeutung in Eurasien und die EU (als Vergleichsgröße, nicht als Akteur in der Region angeführt), beschränkt sich naturgemäß - neben grundsätzlich-allgemeinen Schlüsselgrößen - auf Parameter des Themenbereichs. Da Fergusons Bezeichnung der Gemeinsamkeit titelwirksam ist, darf ein Kurzvergleich der beiden Kontrahenten/ Partner nicht fehlen.

Fergusons Analyse der gegenseitigen Abhängigkeit bezieht sich primär und fast ausschließlich auf die wirtschaftliche Ebene. Das kann weder verwundern noch die in anderen wichtigen Bereichen der internationalen Politik bestehenden Unterschiede als weniger bedeutsam oder unwichtig im Raum stehen lassen. Die gegenseitigen Wirtschaftsinteressen liegen auf der Hand: Amerika gibt Geld aus und China erwirtschaftet es. So banal dies klingen mag, so real ist die Abhängigkeit Chinas von der Aufnahme seiner Produkte und der Re-Investition der im Handelsbilanzüberschuss erzielten Dollarmilliarden durch das Aufkaufen von amerikanischen Schuldverschreibungen (bonds), ebenso wie sich die USA partiell über diese Kreditmöglichkeit finanzieren.<sup>15)</sup> Sollte der amerikanische Konsum signifikant zurückgehen, wäre damit das noch immer hohe Wachstum der chinesischen Wirtschaft (2001-2011 ca. 10,5% jährlich, im Fünfjahresplan 2011-2015 Sollwert 7,5%) stark gefährdet und von Einbrüchen bedroht. Die Kernfrage ist jedoch, ob die USA diese Schuldenanhäufung gegenüber einem nach wie vor ernsthaften politischen und globalen Wettbewerber jemals werden reduzieren können; diese spezifische Möglichkeit könnte zu einer Separation - also eher wieder zu „China“ und „Amerika“ - und somit bei divergierenden Ansichten und Interessen verstärkten Spannungen führen. Eine neue Bipolarität im Weltmodell wäre die konsequente Folge dieser Entwicklung.

In beiden Nationen sind kürzlich neue Führungen an die Spitze gekommen: Obama II in den USA und die Festlegung der Partei- und Staatsführung auf Xi Jinping (Parteivorsitzender und designierter Staatspräsident) in der Volksrepublik China. Eine Fortführung der relativen Entspannung scheint eher wahrscheinlich, allerdings können unvorhergesehene Folgen der Krise der EU (des Euro), ein weiterer wichtiger Exportmarkt für China und ein, wenngleich politisch/militärisch immer schwächer werdender Partner der USA, v.a. für deren technologische Exporte, die Situation weiter verschärfen.

Ähnlich undurchsichtig zeigt sich die Lage bei der Energieversorgung der beiden Nationen. Während die USA nach wie vor der

unbestrittene Ölverbraucher Nummer eins sind (- 9,3 Mio. bbl<sup>16)</sup>/Tag 2010), muss auch China täglich 5,3 Mio. bbl, Rohöl importieren. Die hier für China bestehenden Risiken und Notwendigkeiten (massive Zufuhr über See) machen ernsthafte Überlegungen hinsichtlich der Möglichkeiten des Schutzes der Seewege absolut notwendig - ungeachtet etwaiger positiver Entwicklungen in Richtung Chinamerika. Diese Lektion hat man (v.a. in China) nach dem Ausbruch des Krieges im Pazifik im Jänner 1941, der partiell auf das zum Teil reale und weiter angedrohte verstärkte Abschneiden der japanischen Energiezufuhren durch die Regierung Roosevelt zurückgeführt werden kann, wohl gelernt.

Betrachtet man schlussendlich die Militärbudgets im Vergleich (die chinesischen Zahlen werden von SIPRI<sup>17)</sup> mit dem sehr wichtigen Zusatz [ ] = estimate versehen), so erscheint das US-Budget gegenüber dem chinesischen als gigantisch; China übt sich allerdings nach wie vor in der alten Ostblockmentalität des „Versteckens“ von Militärausgaben in anderen Budgetposten, um deren wahre Höhe zu verschleiern. Sie liegen vermutlich als Mittelwert zwischen den offiziellen staatlichen Angaben und den Schätzungen der jährlichen US-Kongressberichte über China. In diesen Berichten betreiben wiederum die Spezialisten des Pentagon ein bewusstes Hochspielen chinesischer Fähigkeiten, um vom Kongress leichter neue Rüstungsmittel nach Hinweis auf die chinesischen Rüstungsanstrengungen genehmigt zu bekommen. Es müssen nun für beide Nationen die operativ-maritimen Fähigkeiten beurteilt werden, bevor hinsichtlich der Themenstellung Schlüsse gezogen werden können.

## Die US-Navy (USN)

Die USA unterhalten seit dem massiven Auf- und Ausbau der US-Navy unter Marinestaatssekretär T. Roosevelt (1897)<sup>18)</sup> die derzeit und auf absehbare Zukunft hin mächtigste Marinestreitmacht weltweit: 3 Mio. Tonnen, mehr als 2.800 Marineflugzeuge und eine starke, voll luftbewegliche Marineinfanteriestreitkraft, das USMC (US-Marine Corps), das nicht den US-Landstreitkräften untersteht. Trotz diverser Umgliederungen, Neuorientierungen und Verminderungen bei der Anzahl der Kriegsschiffe (unter R. Reagan 600+, unter G. W. Bush 290), trotz diverser Sparprogramme, besonders im Rüstungsbereich, liegt die USN im Mittel der letzten Jahre knapp vor der Air Force an der Spitze der Verteidigungsausgaben. Die derzeit laufenden Rüstungsprogramme

- Wechsel der Trägerklasse von Nimitz zu Ford, beginnend ab 2007 mit der Gerald Ford (CVN<sup>19)</sup>-78), begleitet von der neuen Zerstörer-Klasse DD(X);

- LCS-Klasse - littoral combat ships; die direkte Reaktion auf die teilweise Verlagerung der Kampfhandlungen von hoher See auf den Küstenbereich;

- Ersatz der U-Boote der Los Angeles-Klasse (SSN<sup>20)</sup> Jagd-U-Boote) durch die neue Virginia-Klasse (30 Stück bis 2020, Einsatz bis Mitte 21. Jahrhundert)

sollen den hohen technologischen Standard der US-Navy bei den Kernelementen - Träger, Trägerschutz und atomare Abschreckung durch U-Boote - sicherstellen. Mit dem Goldwater-Nichols-Act von 1986 wurde der US-Navy eine direkte Kommandokette eingerichtet, die dem Präsidenten über den Verteidigungsminister den Zugriff auf die Unified Combatant Commands<sup>21)</sup> ermöglicht.

Kernstück der operativen Kräfte der USN ist die CSG (carrier strike group). Die Trägereinsatzgruppe, ein multifunktionaler Marineverband, besteht aus einem Flugzeugträger mit seinen Begleitschiffen. Die Aegis-Fähigkeit<sup>22)</sup> der Kampfschiffe muss besonders erwähnt werden - unabdingbare technische Voraussetzung, um die elektronische Kampfführung und Abwehr v.a. weit über dem Verband zu ermöglichen. Eine CSG besteht üblicherweise aus

- einem Träger der Nimitz- (später nunmehr Ford-) Klasse mit je einem CVW/CAW (carrier air wing),<sup>23)</sup>
- zwei Lenkwaffenkreuzern der Ticonderoga-Klasse (CG),
- zwei bis drei Lenkwaffenzerstörern der Arleigh-Burke-Klasse (später DD(X)-Klasse),
- einer Fregatte zur U-Boot-Abwehr,
- zwei Jagd-U-Booten der Los Angeles- (später Virginia-) Klasse,
- einem logistischen Transportschiff.

Derzeit (seit 2009) sind zehn CVN der USN in den Schlüsselzonen Atlantik und Pazifik zugeteilt. Die folgende Grafik zeigt eine typische CSG/CVN-Dislozierung und damit die positionelle Situation der USN in einem bestimmten Zeitraum, bezogen auf die Flotteneinteilung unter Berücksichtigung der aktuellen Krisensituation - als Beispiel Zeitraum April-Juni 2010:

Die dazugehörigen Komponenten des US-Marine Corps werden nach dem MAGTF-Konzept (Marine Air-Ground Task Force), das die Bildung von task force(s) in drei Organisations- und Größenformen vorsieht, unterteilt:

- MEU: die Marine Expeditionary Unit als kleinster, unabhängig operierender Verband; kann auch Teileinheit eines größeren Verbandes sein. Modulare Zusammensetzung (am ehesten als verstärktes Bataillon mit Artillerie-, Pionier- oder gepanzerten Kräften);
- MEB: die Marine Expeditionary Brigade. Regimentsstark, mit entsprechenden Versorgungs- und Unterstützungsteilen;
- MEF: Eine Marine Expeditionary Force ist der größte Verband im MAGTF-Konzept in Divisionsstärke und hat neben adäquater Unterstützung schwerer Waffen auch ein Marine Air Wing angeschlossen.

Die USN soll damit in der Lage sein, den strategischen Anforderungen des Konzeptes „21<sup>st</sup> Century Seapower“ nach die sechs „strategischen Imperative“, also die strategischen Ziele der Doktrin, erfüllen zu können:

1. Begrenzung lokaler Konflikte durch die Dislozierung entscheidender maritimer Kräfte;
2. Verhindern und Abschrecken vor großen [Macht]Kriegen - also das strategische Ziel von deterrence. Diese Aufgabe ist zunehmend von den Luft- auf die Seestreitkräfte übergegangen;
3. wenn die USA sich im Krieg, bzw. in Kriegen befinden, diese(n) gewinnen;
4. zur Verteidigung der Heimat in der Tiefe beitragen;
5. Fördern und [nachhaltiges] Unterstützen kooperativer Zusammenarbeit mit mehreren internationalen Partnern;
6. Vermeiden oder Eindämmen von lokalen Störungen, bevor diese Einfluss auf das internationale System gewinnen.

Dazu werden folgende Kernkompetenzen, also Mittel zur Zielerreichung, aufgelistet:

1. vorgelagerte Präsenz
2. Abschreckung
3. Kontrolle der See[wege]
4. Machtprojektion [d.h. Fähigkeit zu deren rascher Durchführung]
5. maritime Sicherheit
6. humanitäre Assistenz und Reaktionsfähigkeit auf Disaster<sup>24)</sup>

Zuletzt werden die drei wichtigsten Umsetzungsprioritäten (Bereiche der besonderen Aufmerksamkeit der Oberbefehlshaber) angeführt:

1. Verbesserung Integration und Interoperabilität
2. vorwärtsorientierte maritime Bereichsaufmerksamkeit und erweiterte Intelligence-, Überwachungs- und Aufklärungskapazitäten
3. angemessene Ausbildung von Seeleuten, Marines und Coast-Guardsmen für die zu erfüllenden Aufgaben.

Abschließend muss festgehalten werden, dass der „Co-operative Strategy for 21<sup>st</sup> Century Seapower“<sup>25)</sup> also der strategischen Doktrin, noch ein entscheidendes Element fehlt: der materielle und personelle Umsetzungsplan. Dies würde eine neue oder zumindest angepasste Version des „naval operational concept“ sowie eine angepasste „naval strategy“ bedingen. Der Marineanalytiker G. Lubold merkte dazu ergänzend an, dass jede Strategie dann eine reine Alibidarstellung ist, wenn man nicht über die zur Umsetzung notwendigen Ressourcen verfügt.<sup>26)</sup>

An dieser Stelle müssen zwei ständig in der Diskussion stehende Kernfragen/Probleme des amerikanischen maritimen Konzepts kurz erörtert und entsprechend gewichtet werden. Es gehört zum guten Ton - auch seriöser Politikwissenschaftler und sachkundiger Journalisten - das Kernelement der USN, den Flugzeugträger, für tot zu erklären und somit die amerikanische maritime Potenz im operativen Sinn infrage zu stellen. Die berühmte taktische Rakete oder der Marschflugkörper um 100.000 USD könnten relativ einfach einen modernen Träger um 6-10 Mrd. USD (Nimitz-Klasse - Ford-Klasse)<sup>27)</sup> versenken. Szenarien, Bücher und Essays werden veröffentlicht, die den Schwanengesang des CSG-Konzeptes singen und mit fiktiven Beispielen belegen.<sup>28)</sup> Die grundsätzliche Verletzlichkeit eines Trägers ist selbstverständlich gegeben - nicht nur durch die erwähnten Rake-

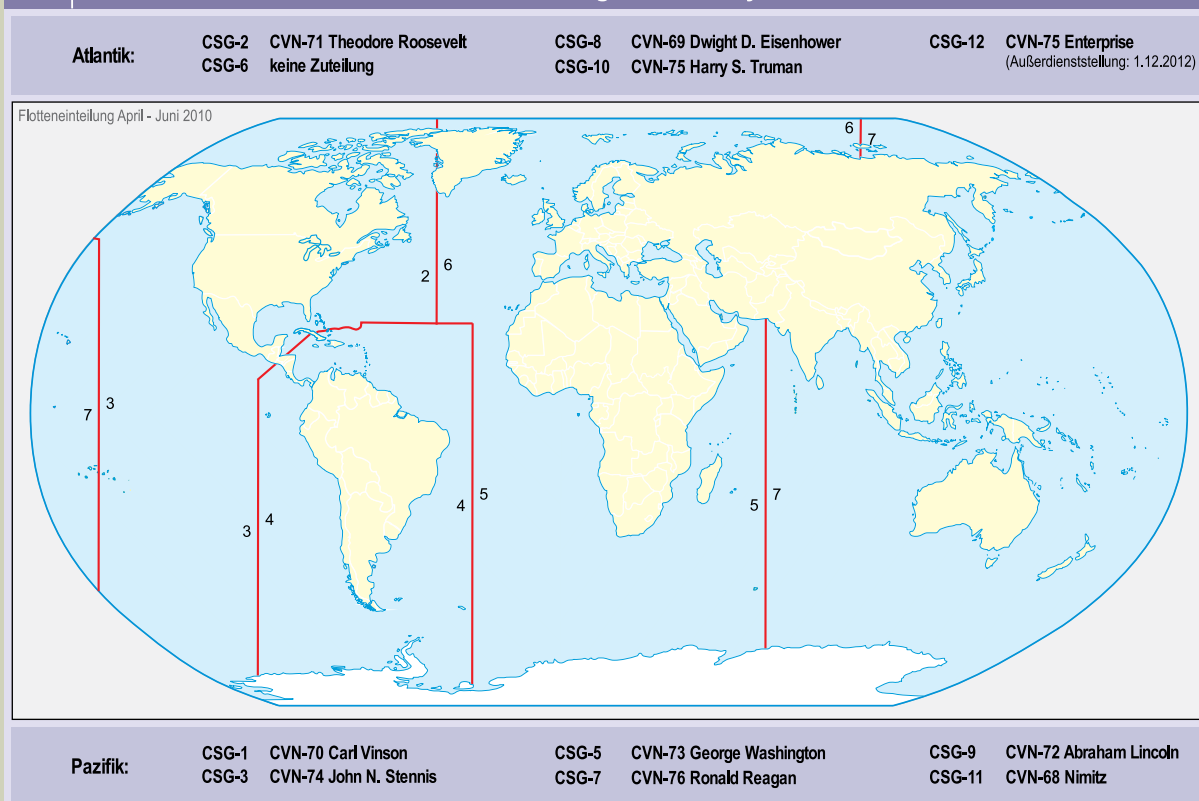
ten, sondern v.a. auch durch U-Boote. Dieser Umstand ist der USN natürlich bekannt, und ein Flugzeugträger, der im Verband operiert, hat einen äußerst effizienten Schuttschirm mit einem Radius von ca. 150-200 Seemeilen,<sup>29)</sup> ist in der Luft von AWACS<sup>30)</sup> und den eigenen Trägerkampfflugzeugen geschützt und auch die Unterwasser-Abwehr folgt hohen technischen und operativen Standards.

Der zweite Punkt betrifft die asymmetrische Kriegführung, zu Lande ein sehr probates und gar nicht so modernes Mittel gegen einen materiell und personell überlegenen Gegner. Die Dinge sehen allerdings zur See etwas anders aus. Auf hoher See kann asymmetrische Kriegführung de facto ausgeschlossen werden; in küstennahen Bereichen und in Häfen ist sie selbstverständlich möglich, kann aber nur dann effektiv sein, wenn das Zielobjekt der militärischen Grundforderung des permanenten Selbstschutzes schlecht oder nicht entspricht. Hier wird gerne das Beispiel des Zerstörers U.S.S. Cole angeführt. Ein von Al Qaida reklamierter Angriff eines Schnellbootes (Selbstmordattake) auf den im Hafen von Aden liegenden Zerstörer (12.10.2000) riss ein Loch in die Außenwand, tötete 17 Seeleute und verwundete 39. Die Selbstschutz-Aktivitäten waren - gelinde gesagt - äußerst fragwürdig, da in einem Hafen des Jemen (!) eine Annäherung des Schnellbootes an den Zerstörer ganz einfach nicht verhindert wurde. Die USN hat nach diesem Zwischenfall die Regeln derartiger Aufenthalte für alle Navy-Einheiten geändert.

Es bedarf keiner vergleichenden Auflistung der maritimen Potenziale, um die eindeutige Aussage treffen zu können, dass derzeit und in naher und bis mittlerer Zukunft die USA über einen für keine anderen Staaten, selbst bei Bildung politisch-maritimer Allianzen, einholbaren Vorsprung verfügen.<sup>31)</sup> Und dies auf allen relevanten Ebenen: Struktur, Technologie, C<sup>3</sup>I, maritimes Know-how, operationelle Erfahrung, Tonnage, Projektionsfähigkeit, permanente Präsenz in den maritimen Schlüsselbereichen.

Abb.3

### Dislozierung der US-Navy 2010



Quelle: GlobalSecurity.org (2000-2013): Fleet Response Plan, <http://www.globalsecurity.org/military/ops/where.htm>, Stand: 2.1.2013.  
 Hasselmann, Silke (2012): Abschied von der „Enterprise“, <http://www.tagesschau.de/ausland/uss-enterprise100.html>, Stand: 14.1.2013.  
 Globke, Werner [Hg.] (2008): Weyers Flottentaschenbuch 2008/2010, 67. Jhg, Bernard Graefe, Bonn, S. 366-368.

Gestaltung:  
 Redaktion ÖMZ /  
 Stefan Lechner



## Die chinesische Marine (PLAN)<sup>32)</sup>

Im Gegensatz zur den USA hat China mit seinen fast doppelt so großen Landgrenzen (22.117 km und 14.500 km Seegrenzen) und 14 Anrainerstaaten eine weit weniger günstige geopolitische Lage. Und trotz der auch partiell glorreichen maritimen Vergangenheit<sup>33)</sup> hat China erst in den frühen 1980er-Jahren ernsthaft begonnen, sich mit seinen maritimen Gegebenheiten und Erfordernissen auseinanderzusetzen. Die völlig unterschiedliche Ausgangslage zu den USA kann aber erst dann verstanden werden, wenn man die strategische Zielsetzung (Gesamtstrategie!), die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die technologischen Fähigkeiten und erkannte operative Zwänge in Hinblick auf die dazu notwendige Rolle von Marinestreitkräften untersucht. Die Ostchinesische und die Südchinesische See - der natürliche Operationsraum - sind das erste Hauptziel einer mindestens erforderlichen maritimen Kraft; die koreanische Halbinsel, Japan, die Gebietsforderungen Chinas in der östlichen See (Senkaku-Inseln) und die in der Südchinesischen See (Spratly-Inseln) sowie die beiden vorgelagerten Inselketten,<sup>34)</sup> die zum Teil amerikanische Marinestützpunkte verbinden, stellen eine große strategische und noch größere operative Herausforderung dar. Die derzeitigen Kapazitäten der PLAN reichen gerade einmal aus, um den Raum bis zur ersten Inselkette einigermaßen operativ nutzen zu können. Die chinesische militärische Führung ist sich dieser Schwäche wohl bewusst, und es kann durchaus angenommen werden, dass dies auch auf die politische Führung zutrifft; chinesische Strategen definieren die beiden Inselketten als „[...] die erste und die

zweite Verteidigungslinie im maritimen Bereich“, wobei die Frage um die Abwehr beziehungsweise das Verhindern eines Eingreifens der USN im Falle Taiwan im Vordergrund steht.

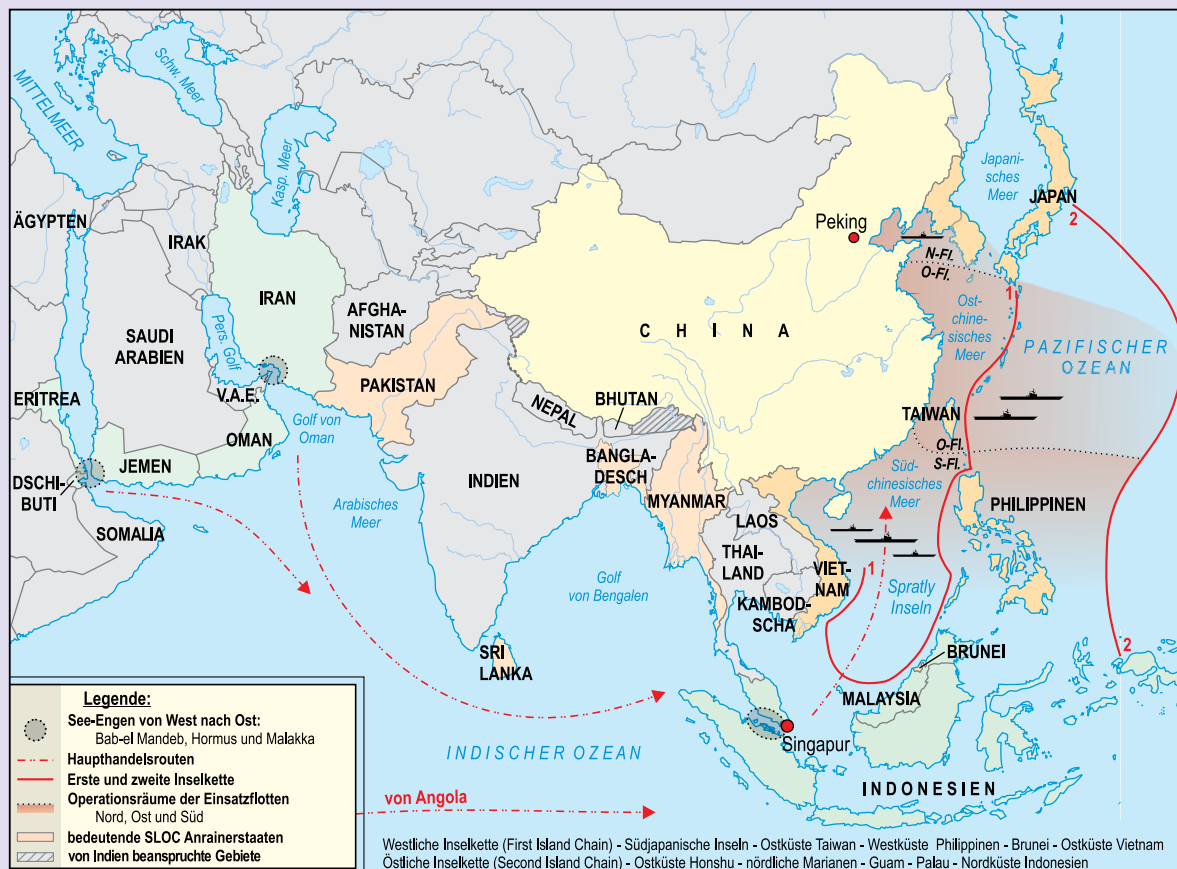
Dazu kommt als Folge des hohen Rohstoffbedarfs (Öl, Kohle) der Wunsch nach Kontrolle und Schutz der Seewege aus Nah-Mittelost und beiden Küstenbereichen Afrikas mit den Meerengen Bab-el-Mandeb, Straßen von Hormus und Malakka. Diese Aufgabe kann ohne maritime Projektionsfähigkeit, die wiederum zwingend Flugzeugträger-Kampfgruppen voraussetzt, nicht oder nur höchst unzureichend erfüllt werden: eine nicht akzeptable Situation für eine in Asien und auch weltweit hegemoniale Ziele anstrebende Macht.

Derzeit verfügt die PLAN über etwa 70 große Schiffe: 27 Zerstörer, 48 Fregatten, 60 U-Boote, 55 mittlere und 160 kleine Landungsboote (Taiwan!), Grundkapazitäten im Bereich Minenlegung/Räumung und Küstenschutzeinheiten, die entsprechende Marinelogistik und Marineinfanterie. Sie nimmt damit nominell mit ca. 800.000 Tonnen den weltweit dritten Rang ein. Große Anstrengungen werden bei den Zerstörern (man strebt eine Aegis-ähnliche Fähigkeit an, ohne derzeit darüber zu verfügen), den U-Booten (Jagd und strategische Boote/SSBN<sup>35)</sup>) sowie Marschflugkörpern und ballistischen Interkontinentalraketen (ICBM)<sup>36)</sup> unternommen.

Die PLAN hat derzeit drei Einsatzflotten: die Nord-, Ost- und die Südflotte. Die Nordflotte hat als operativen Einsatzraum das Territorium bis zur ersten Inselkette, das Gelbe Meer mit der Korea-Straße. Die Ostflotte operiert im südlichen Gelben Meer und im Chinesischen Meer/Ostteil mit dem Brennpunkt Taiwan und den Zugängen von der zweiten über die erste Inselkette der US-Navy. Da dies einen wichtigen Hauptaus- bzw. Zugang an der chinesischen Pazifikküste sowie Taiwan betrifft, liegt hier eines der PLAN-Schwergewichte, v.a.

Abb.4

Strategisch bedeutsame Gebiete im Pazifik/Einsatzräume der chinesischen Marine



in taktisch-operativer wie ausrüstungsmäßiger Hinsicht. Den regional-strategisch bedeutendsten Operationsbereich hat die Südflotte abzudecken: das Chinesische Meer/Südteil mit den zusammenführenden Eingängen der bedeutenden SLOC und deren Weiterführung zu den großen Hafenanlagen der Pazifikküste Chinas. Dementsprechend ist die Südflotte ein weiteres Schwergewicht der PLAN, mit der Zuordnung der modernsten Einheiten; besonders die Südflotte mit ihren weitreichenden operativen Aufgaben - im Endeffekt bis in den Indischen Ozean hinein - wäre zunächst primär auf langfristige und landgestützte Projektionsfähigkeit (Stützpunkte) angewiesen, kann aber den operativen Auftrag, der bekanntermaßen ohne CSG-Kapazität kaum durchführbar ist, nicht erfüllen.

Ihre größten Schwächen hat die PLAN in folgenden Bereichen:

- C<sup>3</sup>, insbesondere im Bereich Kommunikation,
- Abwehr von Marschflugkörpern,
- eingeschränkte U-Boot und Flugabwehr,
- eingeschränkte Aegis-Kapazität,
- kein einsatzbereiter Träger,<sup>37)</sup> keine CSG,
- Quantität vor Qualität - Material und Ausbildungsstand/

Einsatz Erfahrung.

China unternimmt allergrößte Anstrengungen, die PLAN zu einem schlagkräftigeren Instrument zu formen. Die Entscheidung zwischen Eigenentwicklung und Einkauf von Rüstungsgerät ist für eine angehende Großmacht eine schwierige. Besonders Russland und Frankreich bemühen sich sehr um den Verkauf zum Teil hochmoderner Rüstungsgeräte an die Volksrepublik China. Die Probleme liegen dabei wie im Bereich der Wirtschaft auf der Hand: Schutz vor Plagiaten, Aufrüsten eines möglicherweise potenziellen Gegners ...

Wie kann nun China versuchen - zumindest ansatzweise - die nun klar sichtbaren Schwächen in allen militärisch-maritimen Bereichen gegenüber den USA wettzumachen?

- Rüstung und Aufbau einer eigenen Hochseemarine.<sup>38)</sup>
- Temporäre punktuelle Kooperationen bis hin zu möglichen dauerhaften und umfassenderen Allianzen mit Anrainerstaaten der wichtigsten SLOC: Myanmar, Bangladesch, Sri Lanka, Pakistan; diese Politik wird auch „string of pearls“ genannt und stellt Landstützpunkte im operativen Nahbereich von See-Engen (Marine-, Flieger- und Versorgungstützpunkte) als eine Art „feste“ CSG gegen die voll beweglichen Fähigkeiten der USN.

- Zurückhaltung in der Außenpolitik/Zeitgewinn, v.a. gegenüber den USA.

- Zukauf von Schlüsselementen, auch um eigene Entwicklungen rascher voranzutreiben.

- Einbindung der PLAN in internationale Einsätze, um an operativer Erfahrung zu gewinnen und das Know-how v.a. westlicher Marinstreitkräfte, hier v.a. das der USN, studieren zu können.

## Die indische Marine

Der indischen Marine kommt allein aus der geopolitischen Position Indiens große Bedeutung zu. Zwei der wichtigsten Meerengen der Welt, nämlich Hormus und Malakka, liegen im Operationsradius Indiens. Aufgrund der Lage des indischen Subkontinents im nördlichen Zentrum des gleichnamigen Ozeans, der als wichtiger Angelpunkt des

Waren- und Rohstofftransports zwischen Asien und Europa/Afrika zu bezeichnen ist, werden der indischen Marine vier Hauptziele vorgegeben:

- Sichern der nationalen maritimen Interessen,
- Abschreckung Pakistans vor einem Konflikt,
- im Kriegsfall [mit Pakistan] diesen zur See überzeugend zu gewinnen,
- die Überwachung der Zu-, Ein- und Ausgänge des Indischen Ozeans.

Die indische Marine ist an ihrer Typenvielfalt, zum Teil modernem, aber in Masse (ur)altem Gerät zu erkennen; wie China unternimmt Indien große Anstrengungen, um zumindest partiell Projektionsfähigkeit, deutlich auf den Indischen Ozean und die oben definierten Aufgaben zugeschnitten, herzustellen. Der derzeit einzige indische Flugzeugträger, die INS-Viraat,<sup>39)</sup> soll durch einen Zukauf in Russland (die vormalige „Admiral Gorskow“ wurde 2004 erworben) und zwei neue mittlere Träger, deren Indienstellung für 2012 bzw. 2017 geplant ist, ersetzt werden. Im Gegensatz zu China und v.a. den USA hat Indien keine oder nur höchst geringe globale Ambitionen und ist daher strategisch-operativ primär auf den Indischen Ozean konzentriert.

## Japan, Russland

Diese Staaten unterhalten beachtenswerte Marinekapazitäten, wobei Japan im Verteidigungsbereich engster Partner der USA ist. Ein Umstand, der aus chinesischer Sicht die Problematik der eigenen Schwäche noch erhöht, und das im ureigenen Operationsraum. Die Japanischen Selbstverteidigungskräfte (JSDF) sollen der Verfassung nach die Seewege sichern und das japanische Territorium schützen. Die enge Verflechtung mit den USA - wegen der Nähe zur Straße von Korea ist unter PACOM in Japan ständig ein zusätzlicher CVN stationiert - macht diese Aufgaben für Japan unter der Nutzung amerikanischer blue-water capabilities wesentlich einfacher. So kann die kleine, aber hochmodern ausgerüstete JMSDF<sup>40)</sup> im Raum bis in den Süden des Chinesischen Nordmeeres wichtige Aufgaben im Bereich der U-Boot- und Luftabwehr übernehmen. Die elf Lenkwaffenzerstörer der DDG-Klasse (alle mit Aegis-Kapazität), 31 DD-Zerstörer, fünf Hubschrauber-Begleitzerstörer und acht kleine Zerstörer bilden auf diesem Gebiet eine äußerst starke Kapazität. Sollte Japan - einige Zeichen deuten darauf hin - in Zukunft mehr Verteidigungsaufgaben übernehmen wollen oder müssen, können diese Kräfte das Rückgrat einer oder mehrerer CSGs bilden. Hier ist man China rüstungstechnisch um Einiges voraus.

Die russische Marine hingegen spiegelt seit jeher das Schicksal der Marine einer Landmacht wider, die auch - notgedrungen oder gewollt - maritime Fähigkeiten unterhalten muss. Es scheint wieder angebracht, hier kurz auf den Japanisch-Russischen Krieg von 1904/05 einzugehen. Nicht nur, dass erstmals eine (damalige) „europäische“ Großmacht von einer aufstrebenden asiatischen Macht vernichtend geschlagen wurde - zur See und auf dem Land; Japan war es damals in einer kurzen Periode gelungen, nicht nur eine hervorragende Hochseemarine auf Kiel zu legen, rasch fertigzustellen, auszurüsten und zu bewaffnen, sondern v.a. die Disziplin und Ordnung des japanischen Kriegskodex bushido nahtlos auf diese neue, moderne Marine zu übertragen. Und das gegenüber einem Gegner, der nicht zu unterschätzen war - aufopfernder, als die russische Marine in Tschushima gekämpft hat, kann man sich nicht schlagen. Letztlich waren für dieses Fiasko aus russischer Sicht andere Gründe, die hier nicht zu untersuchen sind, verantwortlich. Und weder haben sich Russland, danach die Sowjetunion und nun wiederum Russland von diesem Schlag gegen ihre maritimen Fähigkeiten jemals erholt.

Wiewohl die heutige russische Marine, auf die von Admiral Gortschkow in den späten 1960er-Jahren gebildeten Skelette einer Hochseemarine zurückgehend, nach wie vor nominell die zweitstärkste weltweit ist, hat sie außer bei den strategischen und Jagd-U-Booten keinerlei Projektionssubstanz; keine CSGs, schwierigste Zugänge zu den Weltmeeren, kaum globale Stützpunkte. So setzt man primär auf Abschreckung, stark atomar geprägt. Wohl hat die russische Regierung 2006 ein Flottenmodernisierungsprogramm beschlossen, mit dem sechs(!) Flugzeugträger/Kampfgruppen geplant werden - Baubeginn 2015, 20 Jahre Bauzeit, für die beiden Hauptflotten (Nordflotte und Pazifikflotte) stünden dann je drei CVNs zur Verfügung, wobei folgender Einsatzzyklus geplant ist: ein Träger im Einsatz, einer einsatzbereit (Reserve) und der dritte im Wartungs-, Rüstungs- oder Schulungszyklus. Dazu kommt, dass es bei den für eine CSG unerlässlichen Begleitschiffen (Zerstörer/Kreuzer etc.: siehe die US-Struktur einer CSG) um keinen Deut besser aussieht; gerade um die 12-14 Zerstörer und ein Raketenkreuzer können als „einsatzfähig“ bezeichnet werden, und bei den Zerstörern ist einzig die RFS „Admiral Tschabanenko“ in etwa der amerikanischen Arleigh Burke-Klasse an Kampfwert ähnlich. Viel besser stellt sich die Lage bei der U-Boot-Waffe dar, dies ist jedoch auf die so notwendige Frage der Projektionsfähigkeit keine Antwort. Bleibt einfach die Feststellung, dass Tonnage alleine weder Einsatzfähigkeit noch ein schlüssiges, an den Interessen ausgerichtetes strategisches Konzept mit vernünftigen taktisch-operativen Ansätzen, ergänzt durch moderne, vernetzte elektronische Führungssysteme (C<sup>3</sup>I) und ein Kampfleitsystem, ähnlich dem Aegis-System der USN, wetten kann. Eingedenk dieser Tatsache und der russischen Interessenlage/Krisenherde hat sich also an der Schwierigkeit, auch nur eine einigermaßen glaubhafte, einer Großmacht entsprechende maritime Präsenz unter Beweis zu stellen, nicht viel geändert; eventuell eine neue Beurteilung ab 2035.

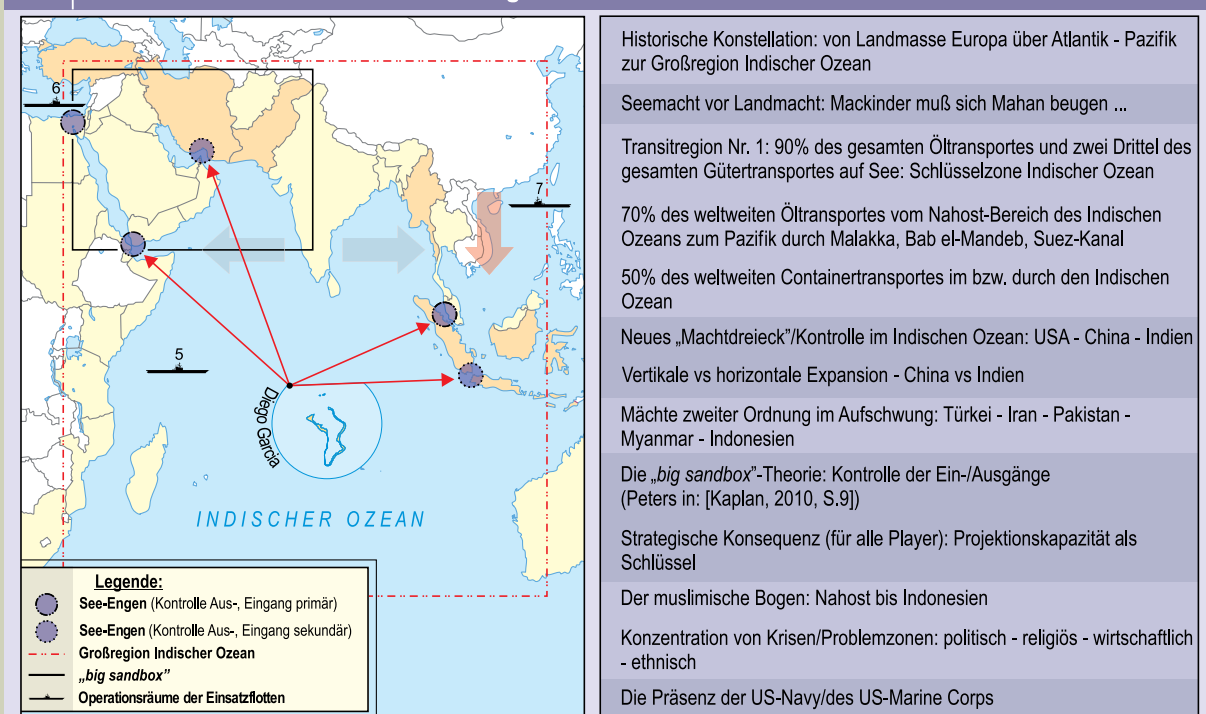
## Der indo-pazifische Raum: das „theater“

Das Mittelmeer war bis in das späte 16./17. Jahrhundert der zentrale global-maritime Raum, abgelöst durch den Atlantik, der wiederum, ab dem zu Ende gehenden 20. Jahrhundert, vom Pazifik abgelöst wurde. Obwohl die wirtschaftliche Entwicklung im asiatischen Raum diesen Wechsel durchaus rechtfertigt und diesem Umstand realpolitisch Rechnung getragen werden muss, ist ebenso die ständig zunehmende sicherheitspolitische und geostrategische Bedeutung des Indischen Ozeans sehr ernsthaft zur Kenntnis zu nehmen. Gerade maritim-strategische Überlegungen sollen, ja müssen die enge Verbindung des Indischen Ozeans mit dem östlichen Pazifik mit den Optionen rascher Kräfteverschiebungen zu Krisenherden und zur Sicherung der Seewege vermehrt einkalkulieren und sowohl operativ als auch logistisch durchführbar machen. Dies betrifft vorrangig die USN deshalb, weil sie als einzige zu derartigen Verschiebungen operativer Kräfte in der geforderten Form und Schnelligkeit in der Lage ist. Während Indien lokal eine gewisse Stärke darstellt, ist besonders China von dieser Entwicklung negativ betroffen - Allianzen mit Landmächten, die „fixen“ Flugzeugträger der string of pearls, lassen sich weder rasch noch überhaupt Lageänderungen, Tausende von Seemeilen entfernt und schnell ändernd, anpassen.

Für die USA stellen sich aus dieser Entwicklung ebenfalls unangenehme Fragen: Da ist zunächst der militärische Grundsatz der Einheit der Führung - PACOM und CENTCOM sind die betroffenen UCCs in dieser Großregion, getrennt durch die Straße von Malakka; das Verschieben von CSGs durch diese Meerenge ist eine Schlüsselfrage für rasche Reaktionen beiderseits dieser Pforte, deren Nähe zu den chinesischen fixen „Flugzeugträgern“ eine unangenehme Nebeneigenschaft. Und selbst die USA mit ihrem Potenzial an CSGs haben sehr wohl Kräfteökonomie höchst bewusst im Auge zu behalten, ist doch ihr theater nicht ein „Hausmeer“ wie der Indische Ozean für Indien oder das Südchinesische Meer bis zur ersten Inselkette für China, es sind dies vielmehr der Atlantik, das Mittel-

Abb.5

### Großregion Indischer Ozean - Factbox





meer, der Pazifik und der Indische Ozean. „Wer alles tun will, tut nichts.“ Diese alte Weisheit macht den strategischen und v.a. auch den operativen Planern des Pentagons mit Sicherheit einiges Kopfzerbrechen. Nun muss man natürlich andererseits auch festhalten, dass die Inder, Chinesen, Russen und alle anderen Mächte zweiter Ordnung mit lokalen oder gar globalen Ambitionen froh wären, hätten sie die Sorgen der amerikanischen Planer.

Eine (der möglichen) Antworten auf dieses Dilemma stellt eine neue politische Theorie in den USA dar: die „big sandbox theory“. Es geht kurz dargestellt darum, die eigenen Fähigkeiten der Projektion ökonomisch einzusetzen und andererseits von Direktinterventionen wenn irgend möglich wegzukommen; hat sich nun doch, man könnte sagen spät, aber immerhin, die Empfehlung von General Douglas McArthur<sup>41)</sup> (aus den späten 1950er-Jahren), die USA mögen in Asien tunlichst keine Landkriege führen, die aus logistischen Gründen nicht zu gewinnen sind, durchgesetzt. Und da man eben als einzige Großmacht über eine reale Projektionsfähigkeit verfügt, kann man der „sandbox theory“ zufolge, die Eingänge zu einer (jedweder ...) „sandbox“ überwachen, beziehungsweise diese im Notfall sperren; das ist für die USN im entsprechenden Anlassfall durchaus möglich, wenngleich nicht immer einfach.

## Schlussfolgerungen

Die Darlegung der realen maritimen Instrumente sowie die höchst unterschiedlichen maritim-strategischen Ziele als Teile der jeweils nationalen Gesamtstrategie Chinamerikas erlauben uns nun entsprechende Schlüsse für die gesamte oder jeweilige Position der beiden Partner/Kontrahenten. Folgt man der Chinamerika-Option von Ferguson, von der er sogar selbst wieder abzurücken scheint,<sup>42)</sup> dann könnte man, einem idealistischen Ansatz folgend, schlussfolgern:

- Die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit kann, auch unter den neuen politischen Führungen (Obama II, Xi-Jinping), zu einer weiteren politischen Annäherung führen.

- Die bestehende maritime Überlegenheit der USN anerkennend, auch die Tatsache, dass diese durch die Sicherung der globalen Seewege und Meerengen durchaus auch chinesischen Interessen nützt, könnte sich China wirtschaftlich und politisch einen auf absehbare Zeit nicht gewinnbaren, teuren Rüstungswettlauf ersparen.

- Die USA müssen im nächsten Jahrzehnt massive Einsparungen bei der Rüstung und im gesamten Militärbereich vornehmen. Das Verhindern eines Rüstungswettlaufs mit China, wie ihn die USA zur Zeit des Kalten Krieges mit der UdSSR geführt und gewonnen haben, wird zur Priorität der nächsten beiden Präsidentschaften.

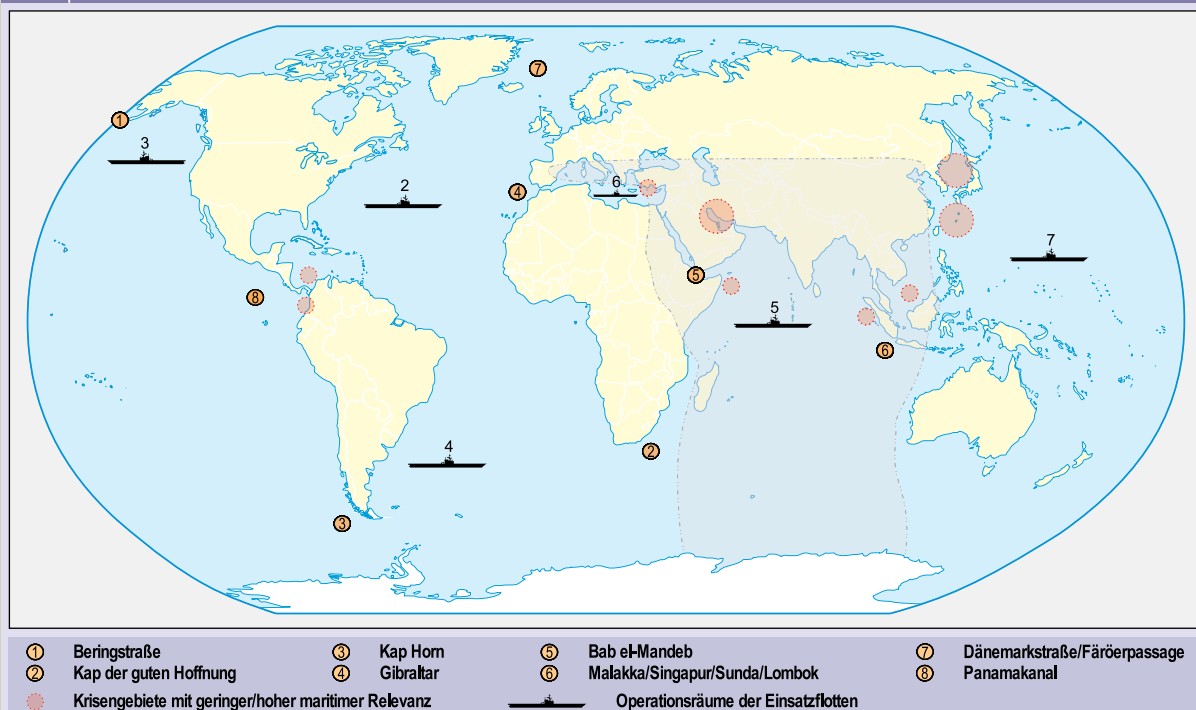
- Die USA akzeptieren aus diesen Gründen eine neuerliche Bipolarität im Weltordnungsmodell; China konzentriert sich auf eine (sub-) regionale Hegemonie in Asien und kann sich verstärkt der Lösung der inneren Widersprüche und Probleme bei der weiteren Demokratisierung und Verbesserung der sozialen Lage widmen.

Wäre jedoch - und für diese These sprechen einfach mehr Indikatoren - die Chinamerika-Option als Element der Entwicklung der internationalen Politik äußerst unwahrscheinlich, dann müsste eine Beurteilung der Fragestellung nach dem strategischen Dilemma eher mit folgenden Kernaussagen beantwortet werden:

- Die absolute militärische Dominanz auf dem globalen theater wird von den USA aufrechterhalten (werden müssen); die Parameter maritimer Dominanz (nach Mahan - offensiv) werden beibehalten, die Navy weiter modernisiert und derart ausgebaut, dass diese Position auf die mittelbar vorhersehbare Zukunft hin abgesichert wird - auch unter schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen.

- China hält an seinem Anspruch fest, eine starke globale Rolle, zunächst über den Weg als asiatischer Hegemon, zu erreichen; die dazu notwendigen militärischen Mittel, v.a. die Entwicklung von Projektionsfähigkeit, sind bereitzustellen - um jeden Preis; in einer ersten Phase wird dies eher über einen kurzfristigen Ansatz nach Corbett (massiv über den Landweg, weil rascher realisier- und zumindest

Abb.6 Großregion Indischer Ozean und die strategischen Ziele der USA nach G. Friedmann



partiell nutzbar) erfolgen, mittel- bis langfristig führt an einer Ausweitung nach Mahan (echte Projektionsfähigkeit) kein Weg vorbei.

- Derartige nationale Ansätze könnten zu einer neuen bipolaren Weltordnung nach dem Muster der Zeitspanne von 1945 bis 1989/90 führen, allerdings haben sich gegenüber dieser Zeit die Rahmenbedingungen - Position, Stärke (wirtschaftlich und militärisch) und regionale Ziele der „Vasallen“ - fundamental geändert; daraus könnte eine „duale“ Multipolarität mit zwei hegemonartigen Großmächten (China, USA) entstehen, ergänzt durch eine Anzahl regionaler Herausforderer: Russland, Türkei, Iran, Indonesien, Brasilien, Indien, Japan... - bedauerlicherweise kann man, dem derzeitigen und absehbaren Zustand der EU nach, diese derzeit hier nicht nennen.

Die zu erwartenden Bedingungen spielen bei derartigen Analysen natürlich auch eine wichtige Rolle. Eine interessante Überlegung lautet nun: Wäre eine indisch-amerikanische Allianz auf maritimer Ebene möglich? Wiewohl die seit Jahren (unter der Regierung G. W. Bush geschlossene) bestehende Zusammenarbeit auf dem Sektor der friedlichen Nutzung der Kernenergie Anlass zu diesbezüglichen Überlegungen gab, hat sich diese Zusammenarbeit bisher nicht in diese Richtung weiterentwickelt. Dennoch würde sie - klar gegen die Ambitionen Chinas im Indischen Ozean gerichtet - das derzeitige Ungleichgewicht zwischen China und den USA weiter zu Ungunsten Chinas verändern.

Beide Partner/Kontrahenten haben also ihre strategischen Ausrichtungen im Rahmen ihrer Gesamtstrategien definiert. Maritim gesehen sind die USA de facto unerreichbar, auf mindestens eine Dekade gesehen. Der amerikanische Politologe des US-think-tank Stratfor, G. Friedman, hat in seiner Definition der sicherheits-strategischen Ziele der USA fünf Punkte vorgegeben:

1. „Volle Dominanz Nordamerikas (geografisch) durch die US-Army.
2. Ausschließen jedweder Gefährdung der USA durch jedwede Macht der westlichen Hemisphäre.
3. Absolute Kontrolle der maritimen Zugänge zu den USA durch die USN (Invasionsausschluss im Annäherungsansatz).
4. Völlige Dominanz der Ozeane, um die physische Sicherheit der USA und die Kontrolle des internationalen Handels zu garantieren.
5. Alle anderen Nationen von der Herausforderung der maritimen Stärke der USN abhalten.“<sup>43)</sup>

China hingegen hat seine strategischen Ziele nicht in der offenen Form der USA veröffentlicht: „[...]for Beijing never published its official Maritime Strategy. China only explains its military maritime intention in its serial National Defense White Papers which the naval parts usually consisted of one or two pages [...]“ (Hailin, 2008).<sup>44)</sup> Naturgemäß beobachten sich die beiden Partner/Kontrahenten sehr genau; es ist daher auch interessant, wie die chinesische maritime Situation seitens der USN analysiert und öffentlich dargestellt wird. Dabei werden meist bis zu drei unterschiedliche Blickwinkel benutzt: Von hohen US-Militärs wird die chinesische „Hochrüstung“ - v.a. die maritime - als Argument für verstärkte eigene Anstrengungen und Budgetmittel eher überzeichnet dargestellt; Politiker und Diplomaten neigen mehr zu rationalen Ansätzen, Politikwissenschaftler

je nach dem Wissensstand über militärische Gegebenheiten eher ausweichend-neutral. Die Joint Chiefs of Staff (JCS), der oberste amerikanische Generalstab, machen mit der chinesischen Rüstung Druck auf die Politik; Marineanalytiker zeigen hingegen oft zu Recht taktisch operative Schwächen der USN auf und vertreten die Ansicht, dass die PLAN, bedingt durch die neue Orientierung im Aufbau, einen gewissen Vorteil habe. Als Beispiel sei Lieutenant-Commander Amerling-Bray (USN) zitiert: „*When it comes to evaluating China [...] either it's a 10-foot giant or has no marginal capability. Lost in this discussion are the broader implications of China's military modernization: the links between technological advancements of the 21<sup>st</sup> century and the resultant changes to the conduct of warfare.*“ Der Titel seines Essays „Is China Bypassing Our Maginot Line?“ ist schon ein deutlicher Hinweis auf seine Befürchtungen. Und da ist natürlich auch das wohl historische, aber ernst zu nehmende Beispiel Japans zwischen ca. 1870 und 1905.

Dennoch bleibt eingedenk aller Möglichkeiten die derzeitige und absehbare Stärke und technologische Überlegenheit der USN ein Faktum. Die Idee Chinamerika ist ein idealistischer Wunsch. Die einzige globale Macht, die über Projektionsfähigkeit verfügt, sind die USA. Ebenso Projektionsfähigkeit aufzubauen, liegt in Chinas konsequenter Verfolgung des Ziels, auch eine maritime globale Position zu erreichen. Das reflektiert die Realität. ■

#### ANMERKUNGEN:

- 1) Im Englischen (und Französischen) wird ein Raum, besonders ein Einsatz- oder Interessensraum größerer Ordnung, als theater/théâtre bezeichnet.
- 2) Kenneth N. Waltz, \* 8.6.1924, Ann Arbor, Michigan; emeritierter Professor für Politikwissenschaft US Berkeley, gilt als der „Vater“ des Neorealismus.
- 3) John J. Mearsheimer, \* 1947, New York, o. Prof. University of Chicago; bedeutendster Vertreter des offensiven Realismus.
- 4) Robert Kagan, \* 26.9.1958, Athen/US-Bürger; Master in Politikwissenschaft in Harvard; Politikberater und Autor, Redner.
- 5) Alfred T. Mahan: The Influence of Sea Power Upon History 1660-1783, London 1982, Sampson Low, Marston & Company, Ltd.
- 6) 3CI/3C+I: command-communication-control, intelligence.
- 7) SLOC: sea lines of communication.
- 8) Samuel Huntington: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, Europa Verlag GmbH, München-Wien 1996.
- 9) Barry Posen, \* 13.6.1952, Professor für Political Science beim MIT.
- 10) Barry R. Posen: Command of the Commons - The Military Foundation of US-Hegemony, International Security, Vol. 28, No. 1/Summer 2003, pp. 5-46.
- 11) John J. Mearsheimer: The Tragedy of Great Power Politics, The Offshore Balancers, W. W. Norton & Company, New York 2001. Offshore balancing ist ein strategisches Konzept des Realismus im Bereich Internationale Beziehungen. Eine Großmacht bedient sich regionaler Mächte, um eine eventuell aufsteigende Gegenmacht zu kontrollieren. Klassische Beispiele von offshore balancing waren der lend-lease act für Großbritannien (Februar 1941) oder die Unterstützung des Irak im Krieg gegen den Iran (1980-88). In beiden Fällen sollte eine gegen die Interessen der USA gerichtete regionale Dominanz (Deutsches Reich, Iran) verhindert werden.
- 12) Der Begriff „Chinamerika“ wurde vom britischen Historiker Niall Ferguson (Professor für Geschichte, Harvard, Stanford), \* 18.4.1964, Glasgow, geschaffen, um die gegenseitige (v.a. wirtschaftliche) Abhängigkeit plakativ darzustellen.
- 13) USN: US-Navy.
- 14) fleet-hub: Flottenstationierungszentrum, aber verschiedene Versorgungs- bzw. Ausbildungsbasen und Stützpunkte.
- 15) China hält derzeit rund 1.700 Milliarden amerikanische bonds in seinem Portfolio.
- 16) 1 barrel (bbl) ist ein angloamerikanisches Raummaß für Rohöl. 1 bbl (britisch, Imp.) = 159,1132 Liter, 1 bbl (US) = 158,9873 Liter.
- 17) SIPRI: Stockholm International Peace Research Institute; spezialisiert auf das Erheben von Rüstungsausgaben, spezielle Datenbank, öffentlich zugänglich. Link: <http://www.sipri.org/>. Militärbudgets USA und China, 2011, in % des BIP 2010: USA: 689,6 Mrd. \$, 4,8% BIP; China: [129,3] Mrd. \$, 2,1% BIP.
- 18) Theodore Roosevelt Jr., \* 27.10.1858, gest. 6.1.1919, amerikanischer Politiker, zunächst Vizepräsident, dann 42. Präsident (14.1.1901), entscheidende Rolle beim Aufbau der US-Navy.
- 19) CVN: carrier vessel nuclear.
- 20) SSN: ship submersible nuclear.
- 21) UCC: 6 Combattant Commands: PACOM (Pazifik), EUCOM, CENTCOM,

AFRICOM, NORTHCOM und SOUTHCOM. Die höchsten operativen US-Kommanden.

22) Das Aegis-System steuert die gesamte elektronische Erkennung und Gefechtsführung des Verbandes durch hochmoderne Radar- und Computertechnik (phase array radars).

23) CAW: ein CAW ist ein Geschwader trägergestützter Kampf- und Aufklärungsflugzeuge der USN. Üblicherweise vier Angriffsstaffeln, eine U-Boot-Jagdstaffel, zwei Frühwarnstaffeln und eine Anti-U-Boot-Hubschrauberstaffel. Ein Geschwader entspricht bei Landstreitkräften etwa einem Regiment und wird von einem Oberst kommandiert. Die Staffel - squadron - entspricht der Kompanie.

24) „Following the 26 December 2004 earthquake and tsunami in the Indian Ocean, the U.S. military responded quickly, sending ships, planes, and relief supplies to the region. Coordinated by Joint Task Force 536, established at Utapao, Thailand, the Navy and the Marine Corps shifted assets from the Navy's Pacific Command within days. The rapid response once again illustrated the flexibility of naval forces when forward deployed.“ US Naval Historical Center. <http://www.history.navy.mil/faqs/faq130-4.htm>, 7.11.2009.

25) <http://www.navy.mil/maritime/Maritimestrategy.pdf>.

26) Christian Science Monitor, 27.12.2007/S.2.

27) Zu den Kosten eines Flugzeugträgers (alle Zahlen in Mrd. USD): CVN mit 50 Lebensjahren; Bau 4,059; Modernisierung 2,382; direkte Betriebskosten 11,677; Indirekte Betriebskosten 3,205; Außerdienststellung 0,887; Lagerung Atommüll 0,013. Gesamt: 22,222; Durchschnitt/Jahr-Lebensdauer: 0,444.

28) Z.B. Leah Amerling-Bray: Is China Bypassing Our Maginot Line?, Naval Institute Proceedings 4/10, April 2010 ([www.usni.org](http://www.usni.org)); James Kraska: How the United States lost the Naval War of 1815, © Elsevier Ltd on behalf of Foreign Policy Research Institute oder R. B. Watts: The End of Sea Power, Naval Institute Proceedings, September 2009 oder George Friedman: The Next 100 Years, Doubleday, New York 2009.

29) 1 Seemeile (SM) = 1,852 km.

30) AWACS: Airborne Early Warning and Control System; Rundum-Radar in hochfliegendem Flugzeug zur Früherkennung und Vorwarnung von Flugzeugen.

31) Siehe Victor Addison Jr.: The Answer is the Carrier Strike Group ... Now, what was the Question? Naval Proceedings Institute II/5, July 2010, p.46-51. ([www.usni.org](http://www.usni.org)).

32) PLAN: Peoples Liberation Army Navy; PRC: Peoples Republic of China.

33) Die Flotte von Admiral Zheng He führte in ihren insgesamt sieben Reisen (die erste von 1405-1407) weit über den nahen und fernen Küstenbereich hinaus, bis zum Persischen Golf und zur afrikanischen Ostküste.

34) Die östliche Inselkette - First Island Chain - reicht an der Nordgrenze von den südjapanischen Inseln über die Westküste Taiwans entlang der Ostküste der Philippinen über Brunei bis zur Westküste Vietnams. Die westliche, zweite Inselkette - Second Island Chain - beginnt an der Westküste der japanischen Hauptinsel Honshu und führt über die nördlichen Marianen, Guam und Palau an die Nordküste Indonesiens.

35) SSBN: ship submersible ballistic nuclear.

36) ICBM: intercontinental ballistic missile; heute allgemein seegestützt (U-Boote). China hat am 16.8.2012 eine ICBM (JL-2) mit MIRV-Fähigkeit getestet. MIRV bedeutet multi independently targetable reentry vehicle und bezeichnet die Fähigkeit, mit einer Trägerrakete mehrere (atomare) Sprengköpfe auf unabhängigen Bahnen in verschiedene Ziele zu bringen. Diese Technik wird seitens der westlichen atomar bewaffneten Staaten (USA, Frankreich, Großbritannien) und auch seitens Russlands schon seit längerer Zeit beherrscht.

37) „Erste Landung auf dem chinesischen Flugzeugträger. Auf dem chinesischen Flugzeugträger Liaoning (ein ehemaliges Kriegsschiff der ukrainischen Marine, das im September 2012 in Dienst gestellt wurde) hat erstmals eine erfolgreiche Landung eines Kampfflugzeugs stattgefunden, berichtet die offizielle chinesische Nachrichtenagentur Neues China. Das Flugzeug ist ein in China hergestellter Jagdbomber vom Typ J-15, für Mehrfacheinsatzarten geeignet und soll der russischen SU-33 und der amerikanischen F-18 vergleichbar sein.“ Le Monde/Reuters, 27.11.2012.

38) blue-water navy: der Begriff bezeichnet eine maritime Kraft die in der Lage ist, auf der hohen See der Ozeane zu operieren. Die enge Definition mag variieren, die grundlegende Fähigkeit zur Kontrolle von Seewegen (aller/vieler, gleichzeitig) ist unbestrittene Voraussetzung.

39) Es handelt sich um die ehemalige RNS-Hermes, einen Träger der britischen Hermes-Klasse (Kiellegung 1949!); einen kleinen Träger mit 23.000 Tonnen, der keinerlei modernen Anforderungen entspricht.

40) JMSDF: japan maritime self defense force.

41) Douglas MacArthur, \* 26.1.1880, gest. 5.4.1964, US-Brigadegeneral im Ersten Weltkrieg, General of the Army (Feldmarschall) im Zweiten Weltkrieg, wo er mit US-Admiral Nimitz im pazifischen Raum den Oberbefehl

hatte. Oberbefehlshaber über die amerikanischen Truppen in Japan nach der Kapitulation; Befehlshaber der UNO-Truppen im Koreakrieg. Meistdekoriertester US-Soldat der Geschichte der amerikanischen Streitkräfte.

42) Craig Harrington: The End of „Chinamerica“, 2009; <http://www.opednews.com/Diary/The-End-of-Chinamerica-by-Craig-Harrington-090819-791.html>.

43) G. Friedman, 2009.

44) Ye Hailin: China and South Asian Relations in a New Perspective, 2008; <http://ebookbrowse.com/iaps-hailin-2008-pdf-d296845951>.



**Mag. Dr.  
Nikolaus Scholik**

Geb. 1945; Oberst i.R.; ET 1966, JgS/EFKp1; 1973-2010 Miliz-offizier; Oktober bis Dezember 2003 Auslandseinsatz EUFOR/Concordia; von Oktober 1967 bis April 2012 in der Privatwirtschaft tätig. Berufsbegleitendes Studium an der Universität Wien/Institut für Politikwissenschaft von Oktober 2002 bis Mai 2012; Mag. phil. Jänner 2008; Dr. phil. Mai 2012.



# Das Engagement der Europäischen Union am Horn von Afrika und die damit verbundenen Herausforderungen

## Akteure der EU und die Umsetzung des umfassenden Ansatzes

Herbert Sailer

Der Umfassende Ansatz (Comprehensive Approach, CA) als holistischer Zugang zur Krisenbewältigung beziehungsweise Risikovermeidung hat zunehmend an Bedeutung gewonnen, trotzdem fehlt weitgehend ein gemeinsames Begriffsverständnis. Die EU nutzt ihre Möglichkeiten in der Krisenregion des Horns von Afrika, um koordiniert die unterschiedlichen Instrumentarien der Krisenbewältigung im Sinne eines CA zur Geltung zu bringen. In weiterer Folge werden diese Instrumentarien der EU am Beispiel des Engagements am Horn von Afrika kurz dargestellt.

Nachdem eine einheitliche Definition zum CA nicht existiert und mitunter die verschiedenen Institutionen mit dem Begriff etwas anderes verbinden, wird diese von verschiedenen Institutionen mit unterschiedlichen „Schwerpunkten“ belegt. Beispielsweise EU: gemeinsame Prinzipien, NATO: Schnittstelle mit zivilen Akteuren, UNO: integrierter Ansatz/Planung).

Der CA stellt somit eher eine Ideologie, im Sinne einer für die jeweilige Institution zutreffenden Idee beziehungsweise Vorstellung, dar als eine konkrete Methode. Die Sichtweise der NATO in diesem Zusammenhang ist eine sehr enge, die lediglich eine Interaktion des Militärs mit anderen zivilen Akteuren fördert und fordert. Die Betrachtungsweise der EU ist eine wesentlich breitere. Neben der Integration des Militärs rückt hier insbesondere eine engere Verschränkung der zivilen Instrumente des Krisenmanagements in den Vordergrund; hier ist die koordinierte Zusammenarbeit der EU-Kommission mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) zu nennen. Somit kommt zur zivil-militärischen Komponente auch die zivil-zivile hinzu. Diese unterschiedlichen Ansätze basieren alle auf einer gemeinsamen Erkenntnis, dass nämlich durch eine isolierte Vorgehensweise den aktuellen und künftigen Herausforderungen in der Sicherheitspolitik nicht mehr begegnet werden kann und der Aspekt der „vernetzten Sicherheit“ zunehmend an Bedeutung gewinnt. Die tendenzielle Richtigkeit des zivil-militärischen Ansatzes kann unter Beobachtung ver-

schiedener Krisengebiete als bewiesen angesehen werden, dennoch macht diese Kooperation nur dann Sinn, wenn sie bei den höchsten politischen Akteuren ansetzt.<sup>1)</sup> In diesem Zusammenhang kann auch der so genannte „3D-Ansatz“ (diplomacy, development, defence)<sup>2)</sup> genannt werden.

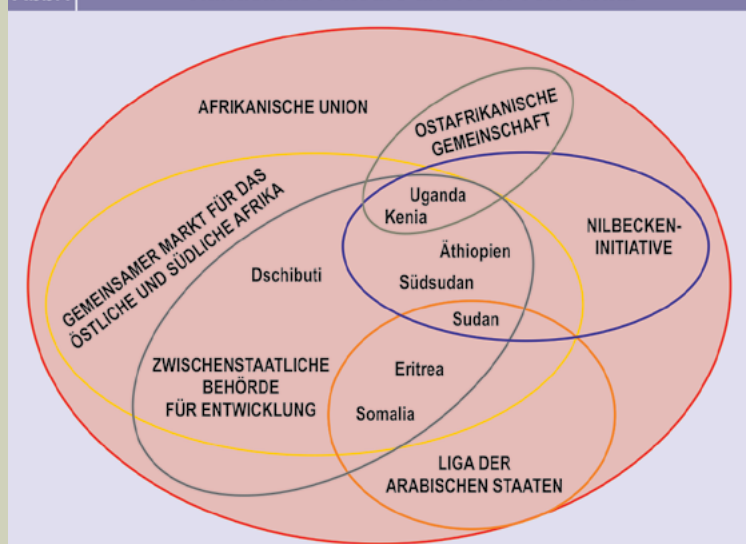
### Horn von Afrika

Aus Sicht der EU setzt sich der Raum des Horns von Afrika aus folgenden Ländern zusammen: Äthiopien, Dschibuti, Eritrea, Kenia, Somalia, Sudan, Südsudan und Uganda.<sup>3)</sup> Diese ostafrikanischen Staaten schließen sich zusammen in der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung (Intergovernmental Authority on Development, IGAD) mit dem Zweck der Unterstützung ihrer Mitglieder bei der Schaffung von Ernährungssicherheit, Umweltschutz, bei Friedenssicherung und humanitären Maßnahmen sowie in wirtschaftlicher Entwicklung und Integration.<sup>4)</sup>

Die Region ist gekennzeichnet durch grenzüberschreitende Konflikte, die durch nationalstaatliche Maßnahmen alleine nicht zu

Abb.1

Handelnde Akteure am Horn von Afrika



Quelle: EU Kommission (2006): Strategy for Africa, adaptiert durch den Autor.

Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Stefan Lechner

bewältigen sind (illegale Migration, Waffen- und Drogenschmuggel sowie Flüchtlingsströme), schwache staatliche Strukturen und Piraterie.

Die EU als der wesentlichste Entwicklungspartner dieser Region hat starke wirtschaftliche Interessen in diesem Raum. Geostrategisch betrachtet grenzt dieser Raum an das Rote Meer, das für europäische Handelswege von essenzieller Bedeutung ist und an Saudi-Arabien, den weltweit größten Ölproduzenten sowie an Ägypten, das insbesondere eine ziemlich starke Abhängigkeit von den Wasserressourcen des Nils hat und dessen Stabilität für Nordafrika sowie den Nahen Osten von hoher Bedeutung ist. Ebenso ist die EU derzeit der wichtigste Handelspartner dieser Region mit einer steigenden Tendenz, sollte eine stabile Sicherheitslage vorherrschen.

Auch zeigen die USA, China und Indien stärkeres Interesse an diesem Raum und intensivieren ihr Engagement.<sup>5)</sup>

## Handelnde Akteure

Abbildung 1 gibt eine erste Übersicht über die wesentlichsten regionalen und kontinentalen Organisationen<sup>6)</sup> und die Länder, in denen sie tätig sind:

Für die „Sicherheitsarchitektur“ des Raumes sind insbesondere die Afrikanische Union (AU), die IGAD (mit Schlüsselrolle im somalischen und sudanesischen Friedensprozess), die Ostafrikanische Gemeinschaft (Eastern Africa Community, EAC) sowie diverse Kontaktgruppen von besonderem Interesse. Das Geflecht an handelnden Akteuren in der Region zeigt, dass neben nationalen Akteuren, allen voran die USA, China sowie Indien,<sup>7)</sup> auch kontinentale, regionale und globale Akteure, darunter die EU, zunehmend Interesse an diesem Raum haben. Die Mitgestaltung beziehungsweise direkte und indirekte Einflussnahme ist einem ständigen Wandel unterworfen und orientiert sich letztlich an der Unterstützung einzelner Projekte, die dem Interesse der jeweiligen Institution entsprechen. Somit sind ständig wechselnde Wirkungsbeziehungen mit unterschiedlichsten Interdependenzen möglich, die natürlich auch Auswirkungen auf die handelnden Akteure im Raum haben. Diese Komplexität muss bei einem Engagement in diesem Raum Berücksichtigung finden und gleichsam als eine Grundvoraussetzung für zielgerichtetes Handeln gelten.

### Afrikanische Union

Die AU, die 2002 gegründet wurde, und zum Beispiel auch in der strukturellen Ausgestaltung Anleihen bei der EU nahm, hat hinsichtlich Mediation und Friedenserhaltung doch signifikante Fortschritte erzielt und ist der primäre Kontinentweite Ansprechpartner der EU in „afrikanischen Fragen“.<sup>8)</sup>

Institutionell eingebettet in die AU ist die aus militärischer Sicht interessante Afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur (African Peace and Security Architecture, APSA) zu erwähnen. Ausgehend von der Gründung der AU hat sich diese schrittweise zum institutionellen Kern der panafrikanischen Sicherheitsüberlegungen entwickelt. Die APSA besteht aus einem Friedens- und Sicherheitsrat (Peace and Security Council), zwei beratenden Gremien (für zivile und militärische Aspekte) und einem Fonds für friedensfördernde Maßnahmen (Special Peace Fund), der Afrikanischen Eingreiftruppe (African Stand-by Force), dem kontinentalen Frühwarnsystem (Continental Early Warning System) und

der Abteilung für Frieden und Sicherheit im Sekretariat der AU (Peace and Security Department). Schwachstelle in diesem Konstrukt bleibt der Fonds für friedensfördernde Maßnahmen, denn dieser soll jährlich aus dem AU-Haushalt und freiwilligen Beiträgen der Mitgliedstaaten und internationaler Partner gefüllt werden.<sup>9)</sup>

### Zwischenstaatliche Behörde für Entwicklung

Die IGAD stellt für die EU den Hauptgesprächspartner in der Region dar und nimmt eine Schlüsselrolle im somalischen und sudanesischen Friedensprozess ein. Die formalen Beziehungen mit der EU werden im Partnerforum „Friends of IGAD“ geführt. Neben der EU-Kommission sind in diesem Forum auch die UNO sowie die OSZE (u.a. auch elf EU-Mitgliedstaaten) auf unterschiedlichsten Ebenen vertreten.<sup>10)</sup> Indirekt damit im Zusammenhang steht auch die Liga der Arabischen Staaten (League of Arab States, LAS), die zunehmend Interesse an dieser Region zeigt und bereits einen Beobachterstatus im genannten Partnerforum inne hat.<sup>11)</sup>

### Wirtschaftliche Akteure

Obwohl im ersten Ansatz nur ein Instrument für die wirtschaftliche Integration, stellt die EAC zunehmend für Fragen der Sicherheit, insbesondere betreffend die Grenzraumüberwachung und die Eindämmung von grenzüberschreitenden Bedrohungen, einen immer wichtiger werdenden Akteur dar. In diesem Zusammenhang kann auch die Nilbeckeninitiative (Nile Basin Initiative, NBI) genannt werden, die Möglichkeiten zur regionalen Kooperation und gemeinsamen Nutzung von Ressourcen anbietet. Abschließend sei in diesem Zusammenhang noch der Gemeinsame Markt für das östliche und südliche Afrika (Common Market for Eastern and Southern Africa, COMESA) genannt, der im Bereich des Handels sowie der Investitionen und der Integration in der Region ein wesentlicher Akteur ist.<sup>12)</sup>

### Internationale Kontaktgruppen

Neben den zuvor genannten regionalen Organisationen sind internationale Kontaktgruppen zu nennen, die den Zweck haben, die Antwort der internationalen Gemeinschaft auf Herausforderungen der Region zu koordinieren. Diese sind primär auf spezifische Länder fokussiert und weniger auf die gesamte Region. Für Somalia beispielsweise sind die „International Somalia Contact Group“ (ISCG) sowie die „Contact Group on Piracy off the Coast of Somalia“ (CGPCS) zu erwähnen. Beide Gruppen sind informell und beschäftigen sich auch mit Fragen der Sicherheit. Unterstützt werden diese Kontaktgruppen nicht nur von der UNO, sondern auch von der EU-Kommission, dem EAD sowie von unterschiedlichen Staaten (darunter auch EU-Mitgliedstaaten) und anderen internationalen Organisationen.<sup>13)</sup>

### Akteure der EU

Der umfassende Ansatz der EU wird durch zwei maßgebliche Akteure, EU-Kommission und EAD, determiniert. Somit umfasst dieser sämtliche Maßnahmen der Diplomatie, Entwicklung, humanitären Hilfe sowie der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP).

Dadurch ergibt sich ein „Wirkungsdreieck“ von Diplomatie, Entwicklung und Sicherheit (3D: Diplomacy, Development und Defence). Dieser „3D-Ansatz“ stellt kein Novum dar, sondern wird vielmehr als Möglichkeit zur Umsetzung des CA gesehen. Im Rahmen der EU wird dieses Dreieck primär durch die handelnden Akteure sowie durch unterschiedliche rechtliche Vorgaben insbesondere im Falle der Beschlussfassung charakterisiert. Dennoch ist deren Zusammenwirken zur umfassenden Lösung von Krisenlagen unverzichtbar.

„Eindimensional“ betrachtet, also vorerst bewusst die für das Engagement wichtigen Mitgliedstaaten und ihre maßgeblichen Gremien ausblendend, können die handelnden Akteure auf Brüsseler Ebene wie folgt bestimmt werden:

- im Bereich der Wirtschaft, Entwicklung und des Handels die EU-Kommission;
- im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EAD - hier insbesondere der EU-Militärstab (EU-Military Staff), die Direktion für Krisenbewältigung und Planung (Crisis Management and Planning Directorate) und der zivile Planungs- und Durchführungsstabes (Civilian Planning and Conduct Capability) gemeinsam mit den nachrichtendienstlichen Elementen (Intelligence Center);
- im Bereich der Politiken, Diplomatie der EAD, insbesondere die geographischen Abteilungen und die EU-Delegationen.

Letztlich werden durch die Person der Hohen Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik und der Vizepräsidentin der EU-Kommission (sozusagen „double hatted“) die unterschiedlichen Arbeitsstränge im Rahmen der Außenbeziehungen zusammengeführt und erfahren somit je nach Eingriffsmöglichkeiten zumindest eine gewisse Koordination.

„Mehrdimensional“ betrachtet müssen zu diesen interinstitutionellen Entscheidungsmechanismen die intergouvernementalen mitberücksichtigt werden. Hier kommen insbesondere die unterschiedlichen Entscheidungsfindungsmechanismen zum Tragen: Während im Bereich der GSVP Beschlüsse vom Rat einstimmig auf Vorschlag der Hohen Vertreterin oder auf Initiative eines Mitgliedstaates getroffen werden (abgesehen von der Möglichkeit der konstruktiven Enthaltung), obliegt außerhalb der GSVP die Gesetzgebung dem Europäischen Parlament gemeinsam mit dem Rat.<sup>14)</sup>

### EU-Kommission

Neben dem dargestellten Geflecht aus vorrangig kontinentalen und regionalen Organisationen sowie nationalstaatlichen Interessen im Raum ist insbesondere die EU-Kommission als der wesentlichste Akteur der EU zu nennen. Dieses Engagement ist primär historisch gewachsen und kann dementsprechend bei heutiger, oftmals oberflächlicher Betrachtung als nicht homogen interpretiert werden. So basiert aktuell das EU-Engagement im Zusammenhang mit Somalia auf verschiedenen Säulen: humanitäre Hilfe, Entwicklung und Kooperation, politischer Dialog und Krisenmanagement. Damit in Zusammenhang können die maßgeblichen Akteure relativ einfach abgeleitet werden. In weiterer Folge werden jene Bereiche der EU-Kommission dargestellt, die primär außerhalb der EU wirksam werden. Die Generaldirektion Handel und ihre Außenhandelspolitik zum Beispiel werden in weiterer Folge nicht näher beschrieben.

### Directorate-General for Humanitarian Aid and Civil Protection (ECHO)

ECHO stellt einen der größten Geber für die Region in diesem Zusammenhang dar.<sup>15)</sup> Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass die Summe der europäischen Hilfe, also jene der EU und der einzelnen Mitgliedstaaten, bei Weitem alle anderen Akteure überragt. Das Engagement von ECHO in Somalia reicht bereits bis ins Jahr 1994 zurück und hat mit 2011 ein Volumen von 77 Mio. EUR (Höchststand) er-

reicht.<sup>16)</sup> Diese humanitäre Hilfe folgt den Prinzipien des europäischen Konsenses über die humanitäre Hilfe (Menschlichkeit, Neutralität, Unparteilichkeit, Wahrung der Unabhängigkeit).<sup>17)</sup>

Finanziert werden diese Maßnahmen allgemein durch den Haushalt der EU (eigene Position im Haushaltsplan) sowie auch durch spezifische Budgetmittel aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (European Development Fund, EDF). Unter besonderen Umständen, die ein rasches Handeln erforderlich machen, kann ECHO auch auf eine eigens dafür vorgesehene Position im Haushaltsplan (ergänzend zu Titel 23, Humanitäre Hilfe, ist dies im Titel 40, Reserven, geregelt)<sup>18)</sup> zugreifen. Diesbezüglich ist die Zustimmung des Rates, der Kommission und des Parlaments erforderlich.<sup>19)</sup>

Der EDF wird jeweils für einen Zeitraum von fünf Jahren festgelegt und von den Mitgliedstaaten finanziert und nicht aus dem Haushaltsplan (aktuell: 2008-2013, insgesamt 22,682 Mrd. EUR). Dennoch ist auf Antrag des Europäischen Parlaments (EP) seit 1993 ein Titel für den Fonds im Gemeinschaftshaushalt vorgesehen, doch ist dieser nach wie vor nicht darin aufgenommen.<sup>20)</sup>

Interessant erscheint auch die Stellung von ECHO, die sich primär in den dargestellten humanitären Prinzipien begründet. ECHO ist äußerst bedacht, diese Maxime zu respektieren und einen gewissen Status einer „Neutralität“ zu erhalten. Dementsprechend wurde bei der Aufstellung des EAD dieses Instrument auch im Bereich der EU-Kommission belassen, um den Eindruck der „Unparteilichkeit“ zu wahren. Auch findet sich eine besondere Stellung in der Zusammensetzung der Kommissarsgruppen wieder. Diese Gruppen, die auf Basis der Geschäftsordnung der Kommission gebildet werden, dienen der besseren Vorbereitung und Koordinierung der Tätigkeiten der Kommission. Dabei werden die Angelegenheiten der humanitären Hilfe in der Gruppe für auswärtige Beziehungen behandelt, die durch die Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik geleitet wird.<sup>21)</sup> Somit ist lediglich durch die Person der Hohen Vertreterin per se das Verbindungsglied zwischen diesen Bereichen der EU-Kommission und dem EAD in außen- und sicherheitspolitischen Fragen hergestellt. Die Verbindung zum EAD wurde somit zwar unter dem Aspekt der Koordinierung hergestellt, dennoch ist dies in struktureller Hinsicht die geringste Form der „Anbindung“, womit dem Grundsatz der „Unparteilichkeit“ Rechnung getragen wurde.

Die Koordinierung in der Region erfolgt maßgeblich durch Abstützung auf die örtlichen EU-Vertretungen sowie unter Einbeziehung des EU-Sonderbeauftragten. Ebenso wird zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit anderen Akteuren in diesem Zusammenhang insbesondere die Abstützung auf informelle Koordinierungsmechanismen und -foren und somit neben der UNO und der Weltbank eine gewisse Koordination mit den anderen Akteuren gesucht.<sup>22)</sup>

### Directorate-General for Development and Cooperation - EuropeAid (DEVCO)

Wie im Bereich der humanitären Hilfe ist die EU auch im Bereich der Entwicklungshilfe der wesentlichste Akteur im Raum - mit stark steigender Tendenz. Zwei maßgebliche bestimmende Faktoren diesbezüglich sind zu erwähnen: einerseits die jüngsten Entwicklungen im Bereich regionaler Akteure wie die IGAD und andererseits die generellen Sicherheitsbedenken mit gescheiterten Staaten, insbesondere nach den Ereignissen des 11. Septembers 2001, die in ein verstärktes Engagement mündeten.<sup>23)</sup>

Bereits im Jahre 2005 wurde eine „Afrikastrategie“ erstellt, die die Ziele der EU im Bereich der Entwicklung in Afrika festschrieb. Darunter ist insbesondere das Erreichen der Millennium-Entwicklungsziele



(U.N. Millennium Development Goals, MDG) der UNO bis 2015 zu sehen.<sup>24)</sup> Dahinter verbergen sich acht Ziele: Bekämpfung von extremer Armut und Hunger, Gewährleistung der Grundschulausbildung, Förderung der Gleichstellung und des größeren Einflusses der Frauen, Senkung der Kindersterblichkeit, Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Mütter, Bekämpfung von HIV, AIDS, Malaria sowie anderer schwerer Krankheiten, ökologische Nachhaltigkeit und der Ausbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung.<sup>25)</sup> Der Fokus liegt somit auf nachhaltiger Entwicklung („sustainable development“), und damit im Zusammenhang auf dem Schaffen von Umfeldbedingungen, die diese Entwicklung erst möglich machen.

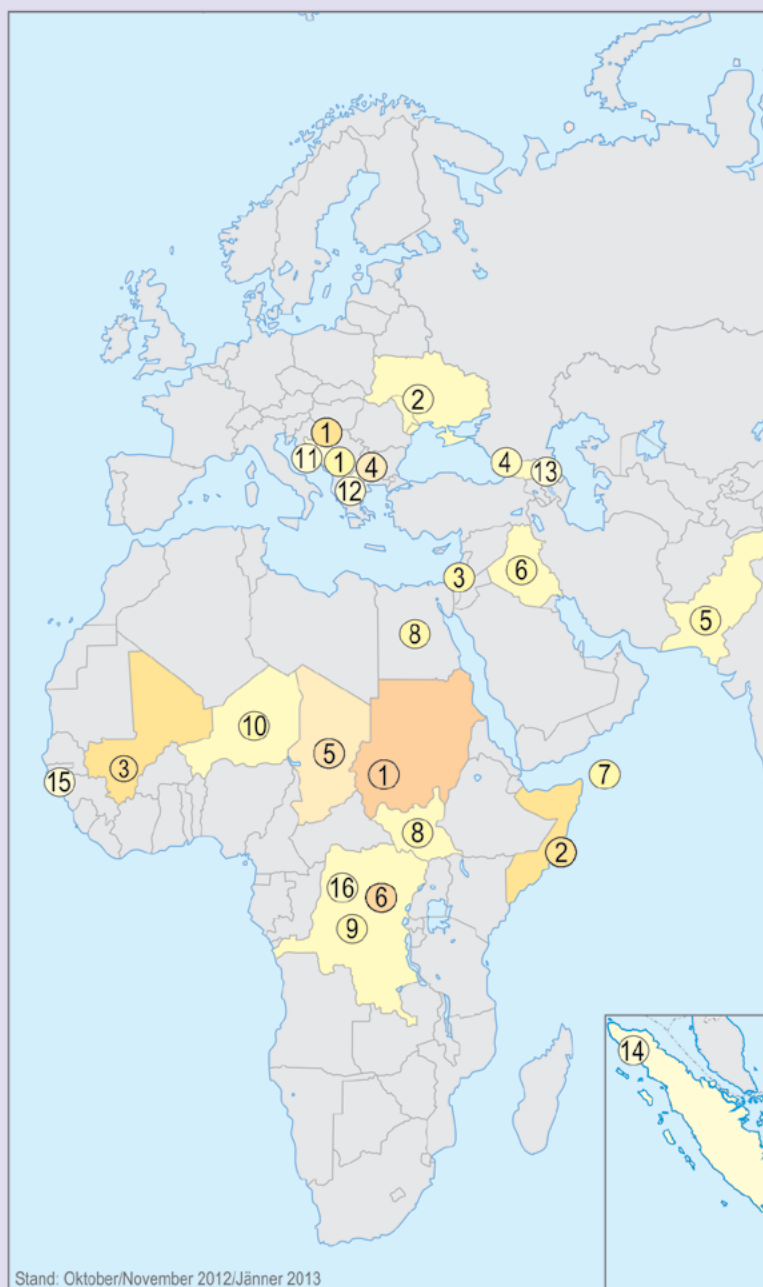
Die Finanzierung erfolgt im Rahmen der finanziellen Vorausschau (aktuell 2007-2013). Mit dieser Vorausschau werden die Ausgaben der EU in einem mehrjährigen Planungsrahmen gestellt. Dieser wird vom EU-Parlament, dem Rat und

der EU-Kommission einvernehmlich festgelegt und hat verbindlichen Charakter. Die darin vorgegebenen Obergrenzen dürfen im Zuge des jährlichen Haushaltsverfahrens nicht überschritten werden. Generell erfolgt die Finanzierung ähnlich wie bei ECHO, nämlich entweder über den Haushaltsplan oder den EDF.<sup>26)</sup> Insbesondere betreffend die Region des Horns von Afrika ist die diesbezügliche Rechtsgrundlage das Abkommen von Cotonou aus 2000 (überarbeitet 2005 und 2010), das ein umfassendes Partnerschaftsabkommen der EU mit 79 Staaten in Afrika, der Karibik und dem Pazifik (Africa, Caribbean, Pacific - ACP-Staaten) darstellt und für Entwicklungshilfe in diesem Raum explizit die Verwendung von Geldmitteln aus dem EDF vorsieht.<sup>27)</sup>

Die Zusammenarbeit der EU-Kommission (DEVCO) mit dem EAD in diesem Bereich ist über die Erstellung der notwendigen Programme gewährleistet. Diesbezüglich werden für die entsprechenden Regionen und Länder so genannte „Joint Strategy Papers“ erstellt. Für den Raum des Horns von Afrika existieren für die einzelnen Länder diese Strategiedokumente. Darüber hinaus orientieren sich

Abb.2

# Aktuelle/Abgeschlossene Missionen/Operationen der EU



Stand: Oktober/November 2012/Jänner 2013

1	Kosovo	x	16	Dem. Rep. Kongo	
	EULEX (2008)	2.154		EUPOL Kinshasa (2005 - 2007)	
2	Ukraine/Moldawien	200			
	EUBAM (2005)				
3	Palästina	104	1	Bosnien	x
	EUPOL COPPS (2006)	8		EUFOR ALTHEA (2004)	810
4	Georgien	391		Somalia	
	EUMM Georgia (2008)			EU NAVFOR ATALANTA (2008)	1.597
5	Afghanistan	547	2	EUTM Somalia (2010)	143
	EUPOL Afghanistan (2007)				
6	Irak	66	3	Mali	
	EUJUST LEX-Iraq (2005)			EUTM Mali (2013)	
7	Horn von Afrika	28	4	Mazedonien	
	EUCAP NESTOR (2012)			Concordia (2003)	
8	Südsudan	9	5	Tschad	
	EUAVSEC South Sudan (2012)			EUFOR Tchad/RCA (2008 -2009)	
9	Dem. Rep. Kongo	78	6	Dem. Rep. Kongo	
	EUSEC RD Congo (2005)	53		DRC/ARTEMIS (2003)	
	EUPOL RD Congo (2007)			EUFOR RD Congo (2006)	
10	Niger	22			
	EUCAP SAHEL Niger (2012)				
11	Bosnien		1	Sudan/Darfur	
	EUPM (2003 - 2012)			EU Support AMIS (2005 - 2006)	
12	Mazedonien				
	EUPAT (2005 - 2006)				
	EUPOL PROXIMA (2004 - 2005)				
13	Georgien				
	EUJUST THEMIS (2004 - 2005)				
14	Indonesien				
	AMM (2005 - 2006)				
15	Guinea Bissau				
	EU SSR Guinea-Bissau (2008 - 2010)				
					Legende:
					x = Personalstärke Okt./Nov. 2012
		Total:	Aktuell:	Abgeschlossen:	
Zivile Missionen:		20	12	8	
Militärische Operationen:		8	4	4	
Zivil/Militärisch:		1	-	1	



die EU-Afrika-Beziehungen an drei großen „Rahmenstrategien“. Zuerst ist hier das Abkommen von Cotonou, das auf dem Lomé-Abkommen von 1975 fußt, zu nennen. Ein eher kontinentaler Ansatz wird durch die so genannte „Joint Africa - EU-Strategy“ aus dem Jahre 2007 entwickelt, die letztendlich in einen regionalen Ansatz im „Strategic Framework for the Horn of Africa“ aus dem Jahre 2011 mündet (siehe Abschnitt CA der EU).

### Foreign Policy Instruments Services

Der Dienst für außenpolitische Instrumente (Foreign Policy Instruments Services, FPI) ist eine Dienststelle der EU-Kommission, die all jene außenpolitisch relevanten Bereiche koordiniert, die nicht in die Zuständigkeit von DEVCO oder EAD fallen. Räumlich ist sie im Hauptgebäude des EAD integriert.<sup>28)</sup> Unter die Verantwortung dieses Instruments fallen sowohl Stabilität (siehe Abschnitt Finanzierungsinstrumente), zivile GSVP-Missionen (siehe Abschnitt EU-Operationen und Missionen) wie auch „public diplomacy“ und Wahlbeobachtung.<sup>29)</sup>

### Europäischer Auswärtiger Dienst

Unter der Leitung des EAD verfolgt die EU im Bereich der Außenpolitik vier Hauptziele:

- Unterstützung der Stabilität,
- Förderung der Menschenrechte und Demokratie,
- Verbreitung des Wohlstands und
- Unterstützung der Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit.<sup>30)</sup>

Damit ergibt sich, dass neben anderen Aspekten sowohl die GASP wie auch die Entwicklung und Zusammenarbeit im EAD bearbeitet werden. Im letztgenannten Bereich ist sicherlich die EU-Kommission der Akteur auf Brüsseler Ebene. Dennoch muss festgehalten werden, dass insbesondere im Bereich der Entwicklung von Politiken und gemeinsamer Strategien der EAD den maßgeblichen Akteur im genannten Rahmen darstellt. So werden als Instrumente durch den Rat allgemeine Leitlinien oder Beschlüsse (für durchzuführende Aktionen, gemeinsame Standpunkte) erlassen oder die systematische Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Führung ihrer Politik ausbaut.<sup>31)</sup> Der EAD breitet diese Politiken gemeinsam mit den intergouvernementalen Gremien unter Einbindung der Mitgliedstaaten auf.

### EU-Operationen und Missionen

Im Bereich der GSVP ist die in den anderen Bereichen vorherrschende „Vormachtstellung“ der EU-Kommission nicht offensichtlich.

Die Grafik<sup>32)</sup> gibt einen Überblick über die zwölf zivilen Missionen und die vier militärischen Operationen/Missionen. Die Entscheidungsfindung der EU für einen Einsatz fußt auf einem äußerst iterativen Prozess einerseits innerhalb der Strukturen der EU bzw. des EAD und andererseits mit den Mitgliedstaaten (Einstimmigkeit!). Die Initiative zur Auslösung des Entscheidungsfindungsprozesses kann entweder durch den EAD selbst, basierend auf seinen Frühwarnkapazitäten, oder durch Mitgliedstaaten gestartet werden. Die Rolle der EU-Kommission beschränkt sich auf Angelegenheiten des FPI (Instrument für Stabilität, zivile GSVP-Missionen - Budget, Wahlbeobachtung).

Somit muss neben den generellen Unterschieden eines militärischen im Vergleich zu einem zivilen Einsatz in diesem Zusammenhang auch der Aspekt der unterschiedlichen Finanzierung erwähnt werden: Während gemeinsame Kosten der zivilen Missionen aus dem Haushalt der EU bestritten werden, werden Operationen und Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen nicht aus diesem Budgettopf finanziert,<sup>33)</sup> und somit den Mitgliedstaaten zugerechnet.

Es liegt auf der Hand, dass diese grundlegende Unterscheidung im Bereich der Finanzierung (aus dem Haushalt der EU oder zulasten der EU-Mitgliedstaaten) oftmals die Haltung der Entscheidungsträger beeinflusst, womit letztlich teilweise auch die hohe Anzahl an zivilen Missionen gegenüber militärischen Operationen begründet werden kann.

### EU-Sonderbeauftragter und EU-Delegationen

Der EU-Sonderbeauftragte (EU-Special Representative, EUSR) unterstützt die Arbeit der Hohen Vertreterin in bestimmten Regionen und Ländern. Dabei unterstützt dieser die EU durch eine aktive politische Präsenz vor Ort und Stärkung der GASP per se. Aktuell sind zehn EUSR durch den Rat bestellt, für den Raum des zuvor definierten Horns von Afrika können zwei EUSR genannt werden:

- Alexander Rondos (aktuell bis 30. Juni 2013) als Sonderbeauftragter für das Horn von Afrika. Der Schwerpunkt liegt auf Somalia und den regionalen Dimensionen des Konflikts sowie der Seeräubererei.<sup>34)</sup>

- Rosalind Marsden (aktuell bis 30. Juni 2013) als Sonderbeauftragte für Sudan und Südsudan.<sup>35)</sup>

Sie leisten in enger Zusammenarbeit mit dem EAD, den vor Ort befindlichen Delegationen und der EU-Kommission einen Beitrag zur Durchführung der politischen Strategie für das jeweilige Land bzw. die Region. Jeder Sonderbeauftragte verfügt über einen entsprechenden Arbeitsstab mit der notwendigen politischen und sicherheitspolitischen Expertise. Geldmittel und Aufgaben für den Sonderbeauftragten werden durch den Rat beschlossen.

Basierend auf den Strukturen der EU-Kommission wurden nach dem Vertrag von Lissabon und der Aufstellung des EAD diese Elemente in die so genannten EU-Delegationen „übergeleitet“. Diese übernehmen sowohl Aufgaben des EAD (Außendarstellung und Durchführung von EU-Politiken) und der EU-Kommission (Erstellen von Analysen, Berichten und gegebenenfalls Verhandlungen im Rahmen ihres Mandats) und sind sozusagen die operative Vertretungsbe-

Abb.3 Das Engagement der EU am Horn von Afrika

Horn von Afrika	Europäische Union		
	Europäische Kommission	Europäischer Auswärtiger Dienst	GSVP
Äthiopien			
Dschibuti			EUCAP NESTOR*
Eritrea	direktes Engagement im Wege	politischer Dialog &	
Kenia	der Entwicklungshilfe (makro-	strategische Partner-	EUCAP NESTOR*
Somalia	ökonomische Unterstützung sowie	schaft (im Rahmen	EUNAVFOR
	sektorale Politiken, Programme	des Cotonou Ab-	Somalia
	und Projekte) und direkte bzw. in-	kommens und der	(Operation ATALANTA)
Sudan	direkte (zB im Wege des World	Afrika-EU-Partner-	EUCAP NESTOR*
Südsudan	Food Programs) humanitäre Hilfe	schaft)	EUAVSEC
Uganda			South-Sudan
			EUTM Somalia
* Schwergewicht der zivilen Mission liegt auf Dschibuti, Somalia, Kenia, Tansania, Seychellen			

Quelle: Europäischer Auswärtiger Dienst

Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Stefan Lechner

hörde der EU vor Ort. Die Delegationen sind organisatorisch Teil des EAD,<sup>36)</sup> unterliegen aber aufgrund ihrer Zusammensetzung zwei Weisungssträngen (EU-Kommission und EAD). Aktuell gibt es im Bereich des EAD Überlegungen, zum Zwecke des CA ebenfalls Sicherheitsexpertise strukturell in diesen Delegationen abzubilden.

## **Finanzierungsinstrumente der EU im Zusammenhang mit Afrika**

In Hinblick auf das internationale Krisenmanagement stellen die Afrikanische Friedensfazilität (African Peace Facility, APF) sowie das Stabilitätsinstrument (Instrument für Stabilität, IFS) die bedeutendsten Instrumente dar.

### **Afrikanische Friedensfazilität**

Die Geldmittel stammen, den vorangehenden Ausführungen folgend, aus dem EDF und betragen für 2012-2013 126,4 Mio. EUR. Verwendet werden diese Geldmittel, um Kosten zu decken, die den afrikanischen Ländern aus dem Einsatz von Friedenstruppen in Afrika entstehen. Ein maßgeblicher Betrag fällt dementsprechend der Finanzierung der AU-Mission in Somalia (AMISOM) zu.<sup>37)</sup>

### **Instrument für Stabilität**

Das IFS ist seit 2007 ein strategisches Mittel, um globalen Sicherheits- und Entwicklungsherausforderungen begegnen zu können und stellt somit eine Ergänzung zu „geographischen“ Instrumenten (u.a. auf Länder und Regionen fokussierte Projekte und Programme) dar. Dieses Instrumentarium umfasst zwei Komponenten: eine langfristige und eine kurzfristige. Das Budget beträgt 2,062 Mrd. EUR für den Zeitraum 2007-2013. In etwa 72% davon werden für kurzfristige Maßnahmen (Krisenreaktion und -bereitschaft) durch den EAD verwaltet. Der Rest (23%) wird für langfristige Projekte (Eindämmung der Proliferation, des Terrorismus, der Organisierten Kriminalität sowie für Kapazitätenaufbau) durch die EU-Kommission administriert (DEVCO).<sup>38)</sup> Die Verwaltung des IFS erfolgt durch das FPI. Im Haushaltsplan der EU sind für dieses Instrument unter Titel 19 (Außenbeziehungen) entsprechende budgetäre Mittel vorgesehen.<sup>39)</sup>

## **Der Comprehensive Approach der EU**

Die nebenstehende Tabelle<sup>40)</sup> gibt einen Überblick über das Engagement der EU im Raum. Das Schwergewicht liegt im Bereich der Entwicklungshilfe sowie des politischen Dialogs. Im Bereich der GSVP fokussieren die militärischen Maßnahmen (Op ATALANTA und EUTM Somalia) auf Somalia. Insgesamt kann festgestellt werden, dass sich das Engagement der EU im Raum seit Jahrzehnten entwickelt hat - insbesondere die EU-Kommission kann diesbezüglich auf zahlreiche Erfahrungen zurückgreifen und setzt ihre konkreten Maßnahmen auf Basis strategischer Rahmendokumente durch die Delegationen vor Ort um.

Nachdem die beiden EUSR die politischen Strategien (strategisch) mit ihrem Arbeitsstab integrieren, erfolgt die operative Umsetzung durch die EU-Delegationen vor Ort. Diesbezüglich ist anzumerken, dass in allen Ländern des Horns von Afrika außer in Somalia und im Südsudan Delegationen stationiert sind. Die Etablierung einer EU Delegation

im Südsudan wird vorbereitet.<sup>41)</sup> Derzeit werden Somalia von Kenia und der Südsudan aus dem Sudan mitbetreut.<sup>42)</sup>

Nach der Aufstellung des EAD wurde der Fokus der EU auf den gesamten Raum zunehmend stärker und mündete letztlich in ein für diese Länder maßgebliches strategisches Rahmendokument, das „Strategic Framework for the Horn of Africa“, das durch den Rat für Auswärtige Angelegenheiten am 14. November 2011 gebilligt wurde. Die Zielsetzung der EU (Friede, Stabilität, Sicherheit, Wohlstand und verantwortliche Regierungen) soll in der Verfolgung von fünf Handlungssträngen erreicht werden:

- Unterstützung im Bereich des Institutionenaufbaus,
- Zusammenarbeit mit der UNO und der AU zur Lösung aktueller Konflikte,
- Eindämmung der aktuellen Konflikte, damit ein Überschwappen auf noch nicht betroffene Länder verhindert wird,
- Unterstützung und Förderung des wirtschaftlichen Wachstums,
- Unterstützung der politischen und wirtschaftlichen regionalen Kooperation.

In der Determination des EU-Engagements werden fünf Hauptbereiche angesprochen: Entwicklungspartnerschaft, politischer Dialog, Krisenreaktion, Krisenmanagement und Handelsbeziehungen. Insbesondere wurde darauf verwiesen, dass Krisenreaktion und -management die am schnellsten wachsenden Bereiche des EU-Engagements seien, und somit würde dieser Teil der GSVP die Maßnahmen des IFS und der regionalen ökonomischen Gemeinschaft ergänzen. Beispielsweise wurde ausgeführt, dass die EU derzeit im Falle Somalias ergänzend zur humanitären Hilfe durch ECHO und zur finanziellen Sicherstellung der AU-Mission AMISOM mit den beiden militärischen GSVP-Aktivitäten (Op ATALANTA und EUTM Somalia) einen maßgeblichen Beitrag leiste. Für den Sudan und Südsudan sei die EU sehr engagiert in Form des unterstützenden Wirkens der EUSR und der finanziellen Unterstützung der AU-Mission AMIS, und habe mit der GSVP-Operation EUFOR Tschad/RCA<sup>43)</sup> zu Sicherheit und Stabilität in Darfur beigetragen. Interessant erscheint, dass im Bereich Partnerschaften von einer Zielverfolgung der EU in der Region durch Verstärkung bestehender und Schaffung neuer Partnerschaften gesprochen wird, was u.a. auch durch Einbindung der Region in die GSVP und durch Involvierung der AU und der UNO in regionale Kooperationen in Angelegenheiten der Konfliktprävention erfolgen könne.<sup>44)</sup>

Mit dieser Strategie wurde letztlich das Grundlagendokument geschaffen, das die Basis für die Entwicklung von detaillierten Aktionsplänen und allenfalls Substrategien bildet. Somit wurden in dieser Strategie isoliert begonnene Handlungsstränge unter einem strategischen Rahmen zusammengeführt. Dies bestätigt indirekt auch der EUSR für das Horn von Afrika, der festhält, dass sich die Sicherheitslage maßgeblich in Richtung eines positiven Wandels entwickeln würden,<sup>45)</sup> auch begründet durch die militärischen Erfolge. Somit wäre die Grundlage für einen weiteren politischen Übergang gelegt. In dieser Zeit der Übergangs wäre es nun notwendig, die inhaltliche Dimension (policy) des EU-Engagements näher zu definieren, um die verschiedenen Maßnahmen zur Eindämmung der Seeräubererei, Sicherheit, Entwicklung und wirtschaftlichen Maßnahmen in einem umfassenden Rahmen näher zusammenzubringen.

Abschließend kann festgehalten werden, dass die EU eine Institution ist, die über die unterschiedlichsten Instrumentarien verfügt, um tatsächlich im Sinne eines umfassenden Ansatzes im Rahmen des Krisenmanagements wirksam zu werden. Insbesondere mit der Aufstellung des EAD sowie der Funktion der Hohen Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik und ihrer Stellung sowohl im EAD



als auch in der EU-Kommission sind zunehmend Bemühungen um einen umfassenden Ansatz erkennbar. Jüngste Strategien sowie gemeinsame (EAD & EU-Kommission) EU-Delegationen vor Ort und die Ernennung eines EUSR für das Horn von Afrika sind konkrete Ergebnisse dieser Bemühungen. Dennoch muss festgehalten werden, dass dies erst der Anfang dieser Entwicklung ist und die EU auch weiter Herausforderungen (auch institutionelle), die einen umfassenden Ansatz limitieren, überwinden muss. Die unterschiedlichen Entscheidungsfindungsprozesse zwischen GSVP und den anderen Bereichen des europäischen Handelns sowie die unterschiedlichsten Arten der Finanzierung und die dominierende Position von EU-Kommission und Mitgliedstaaten im Bereich der GSVP (v.a. im militärischen Bereich) schränken die Möglichkeiten der EU mitunter ein. Insbesondere die hinter den Kulissen stattfindenden internen Brüsseler Machtkämpfe (EAD - EU-Kommission - EP - Rat) um Mitsprache- und Entscheidungsrechte bremsen die im Zentrum Europas stattfindende institutionelle Weiterentwicklung. Dennoch ist festzuhalten, dass die Chancen der EU zu einer breiten Beitragsleistung im Sinne eines umfassenden Ansatzes als einzigartig bezeichnet werden können. Dies ist insbesondere in der Vielfalt der ihr zur Verfügung stehenden Instrumente begründet. Die EU stellt somit eine einzigartige Institution dar, die aufgrund ihrer vorhandenen Kapazitäten in der Lage ist, diplomatische, militärische, humanitäre und wirtschaftliche Instrumente wirksam zum Einsatz zu bringen. Trotz dieser Möglichkeiten ist der Ansatz der EU in einen noch weiter gefassten Ansatz von Maßnahmen von Einzelstaaten und anderen internationalen Akteuren einzubinden.

Für das Militär als Teil der GSVP bedeutet dies letztendlich, die Chancen des CA zu nutzen, gerade weil isolierte militärische Ansätze nicht (mehr) zum Erfolg führen. Auf Brüsseler Ebene erscheint es „militärisch“ entscheidend, sich durch aktive Artikulation etwaiger möglicher militärischer Beiträge in diesem Konzert der Instrumente für die jeweilige Situation rechtzeitig in den Prozess der Entscheidungsfindung einzubringen (hier liegt das Schwergewicht) und nach erfolgter Entscheidung die Einbettung der militärischen Beitragsleistung in den CA sicherzustellen. ■

## Abkürzungen

APF Afrikanische Friedensfazilität (African Peace Facility)

APSA Afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur (African Peace and Security Architecture)

AMISOM AU Mission in Somalia

AU Afrikanische Union (African Union)

CA Umfassender Ansatz (Comprehensive Approach)

COMESA Gemeinsame Markt für das östliche und südliche Afrika (Common Market for Eastern and Southern Africa)

CGPCS Contact Group on Piracy off the Coast of Somalia

DEVCO Directorate-General for Development and Cooperation - EuropeAid

EAC Ostafrikanische Gemeinschaft (Eastern Africa Community)

EAD Europäischer Auswärtigen Dienst

ECHO Directorate-General for Humanitarian Aid and Civil Protection

EDF Europäischen Entwicklungsfond (European Development Fund)

EU Europäische Union

EUSR EU-Sonderbeauftragte (EU-Special Representative)

EP Europäisches Parlament

FPI Dienst für außenpolitische Instrumente (Foreign Policy Instruments Services)

GASP Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik

GSVP Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

ICG International Somalia Contact Group

IFS Instrument for Stabilität

IGAD Zwischenstaatliche Behörde für Entwicklung (Intergovernmental Authority on Development)

LAS Liga der Arabischen Staaten (League of Arab States)

MDG VN Millennium - Entwicklungsziele (UNO Millennium Development Goals)

NBI Nilbeckeninitiative (Nile Basin Initiative)

NATO Organisation des Nordatlantikvertrags

VN Vereinte Nationen

## ANMERKUNGEN:

- 1) Vgl. Führungsakademie der Deutschen Bundeswehr: Clausewitznetzwerk für strategische Studien - vernetzte Sicherheit, Online im WWW unter URL: [www.Clausewitznetzwerk.de/research/cluster/networked-security](http://www.Clausewitznetzwerk.de/research/cluster/networked-security) [8.10.2012].
- 2) Vgl. Hillary Clinton: Testimony before the Senate Appropriations Committee, Online im WWW unter URL: [www.state.gov/secretary/rm/2009a/04/122463.htm](http://www.state.gov/secretary/rm/2009a/04/122463.htm) [8.10.2012].
- 3) Europäische Kommission: Communication from the Commission to the Council and the European Parliament - Strategy for Africa, 2006, Brüssel, COM (2006) 601, S.4.
- 4) Vgl. Wikipedia: Intergovernmental Authority on Development, Online im WWW unter URL: [de.wikipedia.org/wiki/Intergovernmental\\_Authority\\_on\\_Development](http://de.wikipedia.org/wiki/Intergovernmental_Authority_on_Development) [31.8.2012].
- 5) Wie Anm. 3, S.5.
- 6) Ebenda, S.4 im Zusammenhang mit Sudan Tribune: The Arab League, online im WWW unter ULL [www.sudantribune.com](http://www.sudantribune.com) [10.9.2012] sowie Nil Basis Initiative: About the NBI, Online im WWW unter URL [www.nilebasin.org](http://www.nilebasin.org) [10.9.2012].
- 7) Wie Anm. 3, S.5.
- 8) Vgl. Hans-Georg Ehrhart/Kerstin Petretto: The EU and Somalia: Counter Piracy and the Question of a Comprehensive Approach, 2012, Study for the Greens/European Free Alliance, Hamburg.
- 9) Vgl. Stefan Gänzle/Benedikt Franke: Afrikanische Sicherheits- und Friedensarchitektur, 2010, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, Aus Politik und Zeitgeschichte Ausgabe 50/2010, S.31ff.
- 10) Vgl. Hans-Georg Ehrhart/Kerstin Petretto: The EU and Somalia: Counter Piracy and the Question of a Comprehensive Approach, 2012, Study for the Greens/European Free Alliance, Hamburg.
- 11) Wie Anm. 3, S.3.
- 12) Vgl. Ebenda.
- 13) Vgl. Hans-Georg Ehrhart/Kerstin Petretto: The EU and Somalia: Counter Piracy and the Question of a Comprehensive Approach, 2012, Study for the Greens/European Free Alliance, Hamburg, S.25.
- 14) Vgl. Werner Doralt (Hrsg.): Kodex des europäischen Rechts, 2011, Wien.

LexisNexis Verlag, 18. Auflage, S.8ff.

15) Vgl. Global Humanitarian Assistance: Top Ten Government Donors of Humanitarian Aid, Online im WWW unter URL [www.globalhumanitarianassistance.org/countryprofile/somalia](http://www.globalhumanitarianassistance.org/countryprofile/somalia) [10.9.2012].

16) Vgl. Europäische Kommission: Humanitarian Aid and Civil Protection - Somalia Fact Sheet, 2011, Online im WWW unter URL: [ec.europa.eu/echo/files/aid/countries/Somalia-factsheet-2011.pdf](http://ec.europa.eu/echo/files/aid/countries/Somalia-factsheet-2011.pdf) [10.9.2012].

17) Vgl. Europäische Union: Gemeinsame Erklärung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission, Amtsblatt 2008/C25/01, Brüssel.

18) Vgl. Europäisches Parlament: Haushaltspläne - endgültiger Erlass des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2012, Online im WWW unter URL: [eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:056:FULL:DE:PDF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:056:FULL:DE:PDF) [8.10.2012].

19) Europäische Kommission: Humanitarian Aid and Civil Protection - Financial resources, Online im WWW unter [ec.europa.eu/echo/funding/budget\\_en.htm](http://ec.europa.eu/echo/funding/budget_en.htm) [11.9.2012].

20) Europäische Union: Europäischer Entwicklungsfonds, Online im WWW unter URL: [europa.eu/legislation\\_summaries/development/overseas\\_countries\\_territories/r12102\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/development/overseas_countries_territories/r12102_de.htm) [12.9.2012].

21) Vgl. Europäische Kommission: Aus Kommissionsmitgliedern bestehende Arbeitsgruppen, Online im WWW unter URL [ec.europa.eu/reform/pdf/groups\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/reform/pdf/groups_de.pdf) [11.9.2012].

22) Vgl. Ehrhart/Petretto, a.a.O., S.13.

23) Ebenda, S.13f.

24) Vgl. Europäische Kommission: Communication from the Commission to the Council, the European Parliament and the European Economic and Social Committee - EU Strategy for Africa: Towards a Euro-African pact to accelerate Africa's development, 2005, Brüssel, COM(2005) 489 final.

25) Vgl. UNO: Millenniums-Entwicklungsziele, Online im WWW unter URL: [www.unric.org/html/german/mdg/index.html](http://www.unric.org/html/german/mdg/index.html) [12.9.2012].

26) Vgl. Europäische Kommission: Development and Cooperation - Programming, Online im WWW unter URL: [ec.europa.eu/europeaid/how/finance/programming\\_en.htm](http://ec.europa.eu/europeaid/how/finance/programming_en.htm) [12.9.2012].

27) Vgl. Europäische Union: Partnerschaftsabkommen, 2000, Brüssel, Amtsblatt L 317/3.

28) Vgl. Wikipedia: Foreign Policy Instruments Service, Online im WWW unter URL: [www.en.wikipedia.org/wiki/Foreign\\_Policy\\_Instruments\\_Service](http://www.en.wikipedia.org/wiki/Foreign_Policy_Instruments_Service) [27.9.2012].

29) Vgl. Europäische Kommission: Handbuch der Dienststellen - FPI, Online im WWW unter URL [ec.europa.eu/staffdir/plsql/gsys\\_www.branch?pLang=DE&pID=7733&pDisplayAll=0](http://ec.europa.eu/staffdir/plsql/gsys_www.branch?pLang=DE&pID=7733&pDisplayAll=0) [27.9.2012].

30) Vgl. Europäischer Auswärtiger Dienst: Politik des EAD, Online im WWW unter URL: [www.eeas.europa.eu/policies/index\\_de.htm](http://www.eeas.europa.eu/policies/index_de.htm) [18.9.2012].

31) Vgl. Doralt, a.a.O., S.14.

32) Vgl. Europäischer Auswärtiger Dienst: EU Operations, Online im WWW unter URL: [www.consilium.europa.eu/eeas/security-defence/eu-operations?lang=eng](http://www.consilium.europa.eu/eeas/security-defence/eu-operations?lang=eng) [18.09.12].

33) Vgl. Bloching, Sebastian: Security Sector Reform Missions under CSDP: Addressing Current Needs in ISIS (International Security Information Service, Europe): Communicate, Coordinate and Cooperate - A series of papers on the A-Z of Cohering EU Crisis Management in the post-Lisbon Era, 2011, ISIS, Brussels, S. 6.

34) Vgl. Europäische Union: Beschluss 2012/329/GSVP des Rates vom 25. Juni 2012 zur Verlängerung des Mandats des Sonderbeauftragten der Europäischen Union für das Horn von Afrika, Brüssel, 2012, Amtsblatt der Union L 165/62.

35) Ebenda, L 165/49.

36) Vgl. Wikipedia: Delegation der Europäischen Union, Online im WWW unter URL: [de.wikipedia.org/wiki/Delegation\\_der\\_Europäischen\\_Union](http://de.wikipedia.org/wiki/Delegation_der_Europäischen_Union) [26.9.2012].

37) Vgl. Rat der Europäischen Union: Friedensfazilität für Afrika (APF) - Billigung der Ersuchen der Afrikanischen Union, 2012, Brüssel, ST 13933/12.

38) Vgl. Europäische Kommission: Instrument for Stability, Online im WWW unter URL: [ec.europa.eu/europeaid/how/finance/ifs\\_en.htm](http://ec.europa.eu/europeaid/how/finance/ifs_en.htm) [26.9.2012].

39) Vgl. Europäisches Parlament: Haushaltspläne - endgültiger Erlass des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2012, Online im WWW unter URL: [eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:056:FULL:DE:PDF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:056:FULL:DE:PDF) [8.10.2012].

40) Vgl. Europäischer Auswärtiger Dienst sowie Europäische Kommission Online im WWW unter URL: [ec.europa.eu/europeaid/where/acp/](http://ec.europa.eu/europeaid/where/acp/)

[country-cooperation/index\\_en.htm](http://country-cooperation/index_en.htm), [ec.europa.eu/echo/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/echo/index_en.htm) und [www.eeas.europa.eu/countries/index.de.htm#letter\\_S](http://www.eeas.europa.eu/countries/index.de.htm#letter_S) [27.9.2012].

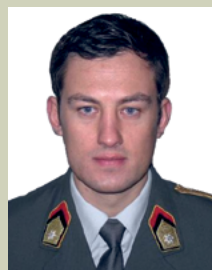
41) Vgl. Europäische Union: EU Relations with the Republic of South Sudan. Online im WWW unter URL [http://eeas.europa.eu/south\\_sudan/index\\_en.htm](http://eeas.europa.eu/south_sudan/index_en.htm) [20.1.2013].

42) Ebenda.

43) EUFOR Tchad/RCA lief von Jänner 2008 bis März 2009 in Ost-TCO und NO-CAF.

44) Vgl. Europäische Union: Council Conclusions on the Horn of Africa, Online im WWW unter URL: [www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/EN/foraff/126052.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/126052.pdf) [27.9.2012].

45) Vgl. SABAHI: European Union to increase support for Somalia Online im WWW unter URL: [http://sabahionline.com/en\\_GB/articles/hoa/articles/newsbriefs/2012/03/20/newsbrief-05](http://sabahionline.com/en_GB/articles/hoa/articles/newsbriefs/2012/03/20/newsbrief-05) [20.1.2013].



**Mag. Herbert Sailer**

Geb. 1975; Oberstleutnant des Generalstabdienstes; 1995-1998 Theresianische Militärakademie Jahrgang Admiral von Sterneck in Wiener Neustadt; 1998-2003 Unterschiedlichste Kommandanten- und Stabsverwendungen bei der Garde in Wien; 2003-2006 Absolvierung des 17. Generalstabslehrgangs an der Landesverteidigungsakademie in Wien; 2006-2010 Unterschiedlichste Verwendungen im Bereich der nachrichtendienstlichen Abwehr inklusive Absolvierung eines Auslandseinsatzes als G2 der Multinational Task Force South KFOR; seit 2010 Dienstverwendung an der Militärvertretung Brüssel.

# Krise oder Krieg?

## Geldvernichtung und Gefechtsfeld

Wolfgang Hetzer

Der Begriff des Krieges ist nicht mehr auf direkte militärische Gewaltanwendung zwischen Staaten reduzierbar, und der Ausdruck „Krise“ ist als Bezeichnung für die verheerenden Ereignisse auf den Finanzmärkten in den letzten Jahren nicht angemessen. Daraus ergeben sich zahlreiche Konsequenzen, deren sicherheitspolitische Dimension bis jetzt kaum Gegenstand einer politischen und fachlichen Debatte gewesen ist. Das muss sich ändern. Dafür gibt es zwingende und dringende Gründe.

Angeblich hochprofessionelle Banker mussten einräumen, dass sie die Papiere, die sie für Milliardenbeträge gekauft hatten, selbst nicht verstanden hatten. Noch schlimmer: Sie müssen davon ausgehen, dass fast alle Mitbewerber sich ebenfalls mit diesen „toxischen“ Abfällen eingedeckt haben und deshalb nicht mehr kreditwürdig sind. Daher sollte es auf einmal keinen Kredit mehr ohne Staatsgarantie geben. Das war die Geburtsstunde einer paradoxen Welt: Die Staaten müssten die Banken retten, nicht umgekehrt. Damit ist in der Politik wie in der Wirtschaft ein Zustand eingetreten, der u.a. deshalb an kriegsähnliche Verhältnisse erinnert, weil er sich durch die Abwesenheit von Vernunft und Logik auszeichnet. Kriege beginnen und enden zumeist mit Lügen. Zwischenzeitlich kommt es zur Verselbstständigung und schließlich zur Institutionalisierung menschenverachtenden Irrsinns. So wie man in Kriegen dem siegreichen Feldherrn zu folgen bereit ist, so glaubt man heute, dass so genannte „Expertenregierungen“ den Müll beseitigen können, den die Akteure auf den Finanzmärkten hinterlassen haben. Demokratisch legitimierte Regierungen scheinen immer weniger imstande zu sein, die weitere Ausbreitung der „toxischen“ Abfälle in den Tresoren von Geschäfts- und Zentralbanken zu verhindern. Sie agieren in einer rauchenden Trümmerlandschaft, die von Cliquen der Finanzwirtschaft im Stil marodierender Söldnerarmeen ohne Rücksicht auf Verluste angerichtet wurde.

Vor dem Hintergrund des Treffens der Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten im Mai 2012 wurde betont, dass eine große Gefahr für die Zukunft des Bündnisses von den Mitgliedstaaten selbst ausgehen könne. Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise wirke sich fatal auf die Bereitschaft aus, in Verteidigung zu investieren. Zukünftig sei mit weiteren Einsparungen zu rechnen. Die USA schienen nicht mehr willens und in der Lage, die Lasten wie bisher zu tragen. Wirtschaftlicher Erfolg sei aber nur in einem sicheren Umfeld möglich. Mit einem überzogenen Sparzwang würden gerade die Europäer die Bündnissolidarität gefährden und die geopolitische Position der NATO aufs Spiel setzen. Damit die Finanzkrise nicht zu einer Sicherheitskrise wird,

hat der Generalsekretär der NATO (Anders Fogh Rasmussen) nun die Initiative „Smart Defense“ ins Leben gerufen.<sup>1)</sup> Sie wird jedoch ein baldiges Ende finden, wenn es nicht auch in der Wirtschafts- und Finanzpolitik ein Äquivalent gibt. Dafür gibt es aber keine überzeugenden Aussichten. Im Gegenteil: Die Wirtschaftspolitik der USA, die zwar über 70% des NATO-Haushalts bestreiten, hat eine Kritik hervorgerufen, die beunruhigende Aspekte enthält.

Im Hinblick auf den Euro scheint der Krieg sogar schon ausgebrochen zu sein. Es wird daran erinnert, dass der Kurs dieser Währung bereits Ende 2010 erneut wegen anhaltender „Marktgerüchte“ über das bevorstehende Ende fiel. Manch einer hält es für ungeheuerlich, dass ein Land wie Spanien noch Ende 2010 für einen 10-jährigen Kredit 5,6% Zinsen zahlen musste, also einen weit höheren Zinssatz als es der von Schwellenländern ist, deren Verschuldung keine „Investitionsqualität“ genießt, einen höheren auch als der Zinssatz von New Jersey (3,7%), einem amerikanischen Bundesstaat, der angeblich wirklich am Rande des Bankrotts steht, und einen ebenso hohen wie den von Illinois, dessen Situation zu dieser Zeit am katastrophalsten war. Auch Italien sei Opfer einer nicht gerechtfertigten Strafaktion gegen seine Staatsverschuldung geworden.

Am 24. Dezember 2010 bestätigte die Rating-Agentur Standard & Poor's, dass Frankreich einer der sichersten Kreditnehmer der Welt sei, und dennoch unterstellte der Markt diesem Land ein sehr hohes Risiko, und zwar ganz einfach deshalb, weil die Bonität von Portugal gerade herabgesetzt worden war. Anfang 2011 gaben die Märkte ein weiteres Misstrauensvotum zunächst gegen Griechenland und Irland, dann gegen Portugal ab. Damit hätten sie die Zinsen dieser Länder in die Höhe gejagt und viele Szenarien der Zahlungsunfähigkeit an die Wand gemalt. Das sei aber (damals) weder für Irland noch für Griechenland gerechtfertigt gewesen. Portugal bat seinerzeit die EU und den IWF um Hilfsmittel, so wie die Spekulanten es sich wünschten, um aus ihren Wetten Gewinn zu ziehen.

Vor diesem Hintergrund wird vor Naivität gewarnt. Das „hysterische“ Verhalten gegen den Euro müsse unter dem Blickwinkel eines Krieges zwischen den Wirtschaftsblöcken analysiert werden. Wenig überraschend ist dabei der Hinweis, dass die amerikanischen Interessen nicht die von Europa sind, auch wenn dies einer gut gemeinten und weit verbreiteten Auffassung entspricht. Nach dem Ende des Kalten Krieges seien die USA sofort in die Ära des Wirtschaftskrieges eingetreten. Mitte Februar 2011 hatte der französische Flugzeughersteller Serge Dassault sogar erklärt, dass die USA ein „politischer Feind“ seien.<sup>2)</sup> Die USA täten alles, um den Verkauf französischer Produkte in diesem Bereich zu verhindern. In diesem Kontext wird nach dem Eindruck einer Kritikerin der Euro seit seiner Einführung am 1. Januar 1999 als „Feind Nummer eins“ für die amerikanische Hegemonie angesehen, die wichtigste Veränderung seit dem Ersten Weltkrieg, als der Rang der führenden internationalen Währung vom Pfund Sterling



auf den US-Dollar übergang. Die Gefährdung der Hegemonie der amerikanischen Währung hält man für einen prinzipiellen Nachteil. Je mehr der Verfall des USD wegen seiner von der Notenpresse beschleunigten Entwertung zunimmt, desto aggressiver erzwingen die USA angeblich das Vertrauen in ihre Währung. Diese Strategie habe sich seit den Anfängen des Euro in den ständigen verbalen Attacken aus der angelsächsischen Welt gezeigt: *„Es ist ein Krieg um die richtige Einschätzung, um die Informationen sowie das geopolitische Marketing, stets mit dem Ziel, die Vertrauenswürdigkeit und das Fundament des Euros auszuhöhlen, weil er die globale Nachfrage nach dem Dollar und schließlich unmittelbar die Zahlungsfähigkeit der USA bedroht.“*<sup>3)</sup>

Die Bemühungen um das „Friedensprojekt Europa“ haben nicht verhindert, dass der Kampf gegen den Finanzkollaps zu einem semantischen „Schlachtfeld“ geworden ist. Im Gegenteil: Die Angst vor einem „krachenden Desaster“ oder vor einer unendlich mühsamen, kräftezehrenden Abwendung wächst, und es ist immer häufiger von Handels- und Währungskriegen die Rede. Das Zeitalter der Vorwürfe und Schuldzuweisungen hat schon begonnen. Die Reihe der Schuldigen wird immer länger: Finanzmärkte, Rating-Agenturen, Pleitestaaten, der Kapitalismus überhaupt, Gesellschaften, die über ihre Verhältnisse leben, Osama bin Laden, der die USA in ruinöse Kriege lockte, die Steuerpolitik der Neokonservativen („Neocons“), das billige Geld Greenspans seit der Clinton-Ära. Sie alle werden als Kandidaten für eine Schuld eingeschätzt, die den Wohlstand des Westens so ernst bedroht wie nichts anderes seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Die Antworten auf die „Schuldfrage“ werden schon bald über den sozialen Frieden in den westlichen Gesellschaften und auch über den Zusammenhalt oder Zerfall der EU entscheiden. In der Tat wächst die Zahl der Verlierer. Sie waren schon immer das „Dynamit demokratischer Systeme“. Gesellschaftliche Übereinstimmung beruht immer auf einem „heiklen Gleichgewicht“ von politischem Streit und Konsensfähigkeit. Bei dessen Störung können ökonomische Krisen vollends unbeherrschbar werden. Die Antworten haben unmittelbaren Einfluss auf den Ausgang der ökonomischen Krise, die schon längst zu einer politischen geworden ist. Auch deshalb war es nie so wichtig, aber auch so schwer, den nahe liegenden Affekt der Wut zu vermeiden, diesen „Treibstoff aller Schuldzuweisungen“, sind es doch immer die anderen, die schuldig sind.

Der um sich greifende Sprachgebrauch erinnert fatal daran, wie Schlachten in der Realität häufig beginnen: mit Taten, Unterlassungen, Schuldzuweisungen und Worten. Die Unterscheidung von Angreifern und Verteidigern ist dabei von Beginn an häufig sehr schwierig, genauso wie die Zuschreibung von Sieg und Niederlage. Die Politik hat unterdessen nicht nur die Aufgabe, die genannten Probleme zu lösen, also die Funktionsfähigkeit und die Stabilität des gesamten Systems aufrechtzuerhalten, sondern auch ihre Lösung nach Maßgabe von „Gerechtigkeit“ akzeptabel zu machen. Außer dem Dauerbrenner der „Alternativlosigkeit“ ist ihr dazu aber nicht viel eingefallen.

Die folgenden Anmerkungen können allenfalls andeuten, dass deshalb nicht nur in Europa eine in vielerlei Hinsicht brisante Lage entstanden ist. Sie sind offensichtlich kein Versuch

zur Anreicherung kriegswissenschaftlicher Literatur und kein Beitrag zur Lösung der Frage, ob der Krieg wirklich der „Vater aller Dinge“<sup>4)</sup> ist oder die „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ (Clausewitz). Es geht vielmehr um die Beschreibung und Erklärung bestimmter Strukturen und Prozesse, die zwar in das Feld der Wirtschaft und der Ordnungspolitik gehören. Sie weisen aber auch Eigenschaften und Effekte auf, die weit darüber hinausreichen. Insbesondere die „Finanzialisierung“ hat die bisherigen Grenzen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung überschritten und eine ganz besondere Form der „Kriegstreiberei“ begründet.<sup>5)</sup>

Wirtschaften hatte einmal etwas mit Bedürfnisbefriedigung unter den Bedingungen von Knappheit zu tun. Die exzessive Selbstüberhebung des modernen Kapitalismus hat etwas anderes zum Ziel: Bereicherung um jeden Preis, solange dieser Preis von denjenigen bezahlt wird, die sich nicht auf gleicher Ebene gegen die Zumutungen asozialer Selbstbestätigung einzelner Machtcliquen in Politik und Wirtschaft verteidigen können. Diese Strategie wird Widerstand in unterschiedlichen Formen hervorrufen. Immer mehr Menschen werden begreifen, dass ihre Chancen auf Lebensglück in der auf den Finanzmärkten unterhaltenen Geldglut verbrennen. Immer weniger Staaten werden einsehen, dass sie ihre Mittel für das Überleben von Gesellschaften einsetzen sollen, die jenseits ihrer Grenzen leben und fremden Regeln folgen. Die aufbrechenden Widersprüche werden sich nicht auf das Binnenmilieu einer souveränen Macht beschränken. Die Unterschiede zwischen einem Bürgerkrieg und einem Staatenkrieg werden sich bei der Erfüllung bestimmter Zusatzbedingungen auflösen.<sup>6)</sup>

## Geschichte und Gegenwart

Am Beginn einer Friedensphilosophie muss anscheinend das Erschrecken stehen. In der europäischen Geschichte trat dies zweimal in besonderer Weise ein. Das war einmal im Dreißigjährigen Krieg (1618-1648) und während der Nazi Herrschaft, die zum Zweiten Weltkrieg mit ca. 50 Millionen Toten und sechs Millionen ermordeten Juden führte. Das Erschrecken ist jedoch in beiden Fällen nicht zu einer Verhaltensstarre geronnen und dem kollektiven Gedächtnisverlust anheimgegeben worden. Vielmehr hat aus der Sicht eines Beobachters die verbreitete Gefühlslage des Trauerns und der Blick auf das von Menschen angeordnete Unheil die politische Phantasie in einem hohen Maße angeregt, nicht nur Friedensphilosophien zu entwerfen, sondern, unter Beachtung der offensichtlichen Unzuverlässigkeit menschlicher Gesinnungen, durch Vereinbarungen und zwingende Rechtsverhältnisse Vorsorge für eine friedensfähige Gesellschaft zu schaffen. Der fortwährende Aktualitätsdruck der Währungs- und Bankenkrise, der gegenwärtig auf der Analyse der europäischen Angelegenheiten lastet, lässt in der Tat die Erinnerung an die Akte und die Artikel des Westfälischen Friedens auf einen einzigen Punkt beschränken: den der Ermächtigung der staatlichen Souveräne, ohne alle Einschränkungen frei über Krieg und Frieden entscheiden zu können. Dieses Kriegserklärungsrecht markierte den Übergang vom christlich-mittelalterlichen Völkerrecht zum öffentlichen europäischen Recht. Damit war aber keineswegs ein dauerhafter Friedenszustand in Europa garantiert. Dem konfessionellen Bürgerkrieg folgten Kabinettskriege, die den Grausamkeiten und Zerstörungen der Kreuzzüge oder mittelalterlicher Eroberungsschlachten häufig nicht nachstanden. Umso wichtiger ist die Einsicht, dass die „geschichtliche Lernprovokation“ nach ganz anderen Antworten verlangte, als sie der Westfälische Frieden geben konnte. Nach 1945 ging es nicht nur um die Wiederherstellung des Rechtsstaats, also die verfassungsmäßige Sicherung von Grundrechten. Die Gesamtverfassung einer Gesellschaft musste zum Gegenstand eines Lernprozesses werden. Er begann mit sehr grundsätzlichen Fragen:

Wie kommt es, dass eine ganze Gesellschaft verrückt wird und einen hochzivilisierten Rückfall in die Barbarei erleidet?

Welche Mächte sind daran beteiligt, dass ein solches System vernichtende Angriffskriege organisieren und Millionen von Dissidenten ganz verschiedener Prägung, „rassischer“ Herkunft genauso wie politischer, aus ganz Europa verhaften und vernichten kann?

Heute erscheint es aber verblüffend, wie viel intellektuelle Energie auf Europadiskurse gelenkt ist, die selbst in ihrer radikalsten und kritischsten Position dem Bannkreis des Geldes und der politischen Institutionen verhaftet bleiben. Anscheinend hat eine öffentlich definierte Realitätsmacht der vorherrschenden Wirklichkeit sogar die Denkstrukturen erfasst. Es ist indessen nicht zu übersehen, dass die im Westfälischen Frieden erteilte völkerrechtliche Souveränitätsermächtigung der Nationalstaaten, die in den vergangenen Jahrhunderten fast fortlaufend Krieg geführt hatten, stark eingeschränkt wurde. Daraus folgt die Annahme, dass das Kriegserklärungsrecht („ius ad bellum“) nur noch eine außereuropäische Funktion habe. Nach dem Scheitern aller imperial dominanten Einigungsversuche hängt gegenwärtig womöglich alles davon ab, ob die aus Krisenherden entwickelten politischen Handlungsfelder Lösungen für die sich verschärfenden sozialen Konflikte und innergesellschaftlichen Spannungen anbieten können.<sup>7)</sup> Das ist nicht selbstverständlich, ist doch ein bedrohliches Anwachsen des „Angstrostoffs“ zu bemerken.<sup>8)</sup>

Viele Menschen resignieren mutlos im sozialdarwinistischen Überlebenskampf. Andere reagieren sich als „Wutbürger“ ab, ohne ihre derzeitige Lebenswelt und damit auch die gegenwärtige Wirtschaftsordnung ändern zu können. Gleichzeitig werden im medial vernetzten europäischen Zusammenhang immer offener rechtsradikale Programme propagiert. Sie dringen schon ins gesellschaftliche Zentrum vor, obschon (oder weil?) einfache und gewalttätige Lösungen versprochen werden, alles auf der Grundlage einer Ausgliederung des Fremden. Wenn es wahr sein sollte, dass Rechtsstaat und Demokratie zu bewahren sind, indem man den bedenklich angesammelten „Angstrostoff der Gesellschaft“ mit sozialstaatlichen Mitteln vermindern kann, dann mag man zu Recht die Behauptung aufstellen, dass wir uns den Sozialstaat nicht mehr leisten können, als „obszön“ ansehen, zumal heutzutage mit Hunderten von Milliarden (wenn nicht schon Billionen) an Kreditsicherheiten operiert wird, die ein marodes Bankensystem vor dem Zusammenbruch bewahren sollen. Sind die europäischen Vertragswerke tatsächlich nur ein Produkt der politischen Eliten, dann wären sie auch die Ansprechpartner, um durch Vertragsänderungen eine transnationale Demokratie zu ermöglichen. Die dadurch zu ermöglichende langfristige Stabilisierung der EU wäre vielleicht der wichtigste Beitrag zur Verhinderung des Übergangs vom kalten zum heißen Krieg. Die entsprechende Einsicht scheint bisher aber nicht sehr verbreitet zu sein. Dabei ist die unter dem Zwang ökonomischer Imperative entstandene Notwendigkeit zur Koordinierung der relevanten Politiken unübersehbar. Es reicht mittlerweile nicht mehr, sich ihr weiter mit dem bisher üblichen gubernativ-bürokratischen Stil zu widmen. Man wird vielmehr den Weg einer hinreichenden demokratischen Verrechtlichung gehen müssen. Zu einer transnationalen Demokratisierung dürfte auch die

endgültige Verabschiedung des seit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges festgeschriebenen nationalstaatlichen Souveränitätsansatzes erforderlich sein. Gleichwohl erscheint es einerseits zweifelhaft, dass die demokratische Verrechtlichung politischer Herrschaft aus sich heraus die Zivilisierung der innerstaatlichen Gewalt bewirkt. Andererseits hält man es (noch) für wahrscheinlich, dass bei allen Rückläufen und Turbulenzen des europäischen Vereinigungsprozesses Bürgerkriegssituationen in den Kernstaaten vermieden werden können und Europa nicht erneut zu einem Schlachtfeld wird.<sup>9)</sup> Gleichzeitig ist aber darauf hinzuweisen, dass es für einen arbeitslosen hochqualifizierten spanischen Jugendlichen keinen Unterschied macht, wer seine Lebensperspektiven verengt: die Brüsseler Behörde oder die Sozialämter des eigenen Staates. Und auch dem Kinobesitzer in Athen dürfte es gleichgültig sein, wer ihm Kredite zum Überleben verweigert, weil die alte Bank ihn nicht mehr für kreditwürdig hält.

Vor diesem Hintergrund muss man die These, dass sich das Schicksal Europas am Euro entscheide, in der Tat nicht für zwingend oder gar „alternativlos“ halten. Andere sind der Auffassung, dass das Schicksal der EU wesentlich davon abhängt, in welchem Maße Energien und Geldmittel darauf verwendet werden, die Probleme einer kapitalistisch strukturierten Arbeitsgesellschaft öffentlich zu machen und zu bearbeiten. Alles werde davon abhängen, ob die in der Bankenkrise angemahnte Solidarität des Geldes auch beim Begründen und im Umgang mit den existenziellen Problemen der Menschen Anwendung findet. Im Übrigen dürfte die beklagte Asymmetrie zwischen der fast vollständigen ökonomischen und der unvollständigen politischen Einigung Europas nicht den Kern jener Konflikte und Auseinandersetzungen treffen, die geeignet sind, Europa wiederum in feindselige Lager zu spalten. Deshalb sieht manch einer in der Weiterentwicklung des Sozialstaates ein wesentliches Element im Prozess der europäischen Einigung. Während man im Zusammenhang mit dem Westfälischen Frieden von der „friedenswirkenden Haltung des Vergessens“ sprach, könnte heute in Gestalt der „friedenswirkenden Erinnerung“ das Gegenteil nötig sein. Mit diesen zitierten Gedankensplittern<sup>10)</sup> ist die „Gefechtslage“ nicht annähernd klar beschrieben. Sie erlauben auch keine Identifizierung und Unterscheidung der Angreifer und der Verteidiger. Das hat jedoch nicht verhindert, dass die Debatte über Voraussetzungen und Folgen der anhaltenden Finanzkrise, also auch die „Angriffe“ der Märkte, immer häufiger in einer martialisch aufgerüsteten Sprache geführt wird. Selbst die offizielle Wahrnehmung gerät zunehmend „bellizistisch“. Da wird zum einen die Europäische Zentralbank dazu aufgefordert, die „Bazooka“ oder die „dicke Berta“ (überschweres Artilleriegeschütz) herauszuholen, um Spekulanten gegen den Euro wirkungsvoll entgegenzutreten. Zum anderen ist von Brandmauern die Rede, die immer höher und dicker werden müssten, um die ohnehin schon entstandenen Flammenherde an ihrer Ausbreitung zu hindern. Erfolgreiche Banker und Spekulanten vergleichen Derivate mit „Massenvernichtungswaffen“ (Warren Buffett), mit denen andere (Lloyd Blankfein) den „Willen Gottes“ exekutieren.

In der globalen Arena bauen sich wie im alten Kalten Krieg wieder einmal Macht- und Wirtschaftsblöcke auf, die völlig unterschiedliche Interessen verfolgen. Deren Durchsetzung wird trotz des Risikos flächendeckender Beschädigungen mit rücksichtsloser Energie betrieben. Mitbewerber gelten als Gegner oder gar Feinde. Wirtschaftliche Konkurrenz, währungspolitische Positionen, Eroberung und Sicherung von Absatzmärkten, kriminelle Übervorteilungen im Anlagegeschäft, eine asoziale Kreditpolitik, die Aufspürung von Rohstoffreserven und die Finanzierung von teilweise völkerrechtswidrigen Angriffskriegen und anderen vermeintlich legitimierten Interventionen: Alles schwimmt immer stärker in einem „Theater“, ein Begriff, der

in der angelsächsischen Welt auch für „Kriegsschauplatz“ steht. Derartige Überlegungen können und sollen natürlich keine „Kriegsschuldfrage“ beantworten. Im Übrigen besteht nach wie vor die Möglichkeit, kriegerische Konflikte weitgehend zu vermeiden. Nationale Egoismen, das Versagen verantwortlicher Politiker, strategische bzw. strukturelle Korruption, pathologisches Vorteilsstreben, die Lethargie ganzer Bevölkerungen, globale wirtschaftliche und politische Umbrüche, höchst unterschiedliche ordnungs- und wirtschaftspolitische Orientierungen und die Bedürfnisse von „Schwellenländern“ haben jedoch insgesamt eine Lage geschaffen, in der sich Konflikte zwischen Nationen und Bündnissen in Auseinandersetzungen unterschiedlicher Art entladen können, im schlimmsten Fall in kriegerischer oder kriegsähnlicher Weise. Die genannten Faktoren haben zum Aufbau einer antagonistischen Grundstruktur geführt, die mit ihren latenten Spannungen an die Verhältnisse des historisch überkommenen Kalten Krieges erinnern. Dabei ist es jetzt schon zu grotesken Situationen gekommen, als etwa ein General amerikanischen Soldaten in Afghanistan erklären musste, dass wegen der seinerzeit bestehenden politischen Uneinigkeit über den Umgang mit der für den US-Haushalt geltenden und überschrittenen Verschuldungsgrenze von 14,3 Mrd. USD unklar war, ob die im Felde stehenden Soldaten im nächsten Monat Sold erhalten würden. Offensichtlich können weder finanzielle Kalkulationen noch politische Vernunft immer die Wiederherstellung des Friedens ermöglichen oder gar garantieren.

In manchen dieser in jeder Hinsicht fragmentarischen Aussagen deutet sich die besorgniserregende Aktualität einer seit Menschengedenken bestehenden Bedrohung an. Sie wird im Kontext der ökonomisch geprägten Globalisierung aber bislang nicht angemessen wahrgenommen. Man diskutiert zwar die Schwächung der meisten grundlegenden Institutionen der Moderne durch eine gesellschaftliche Denationalisierung. Das Spektrum umfasst das Ende der Demokratie, des Nationalstaats und des europäischen Wohlfahrtsstaates. Die Folgen der Pluralisierung - wenn nicht Aufhebung - von Grenzen durch expansive Wirtschaftsaktivitäten auf die „wirkungsmächtigste Institution der Moderne“, also den Krieg, sind dagegen bis jetzt kaum Gegenstand öffentlicher Debatten.<sup>11)</sup> Hier besteht Nachholbedarf, haben sich die zentralen Sicherheitsprobleme doch in einer Weise transnationalisiert, dass nicht mehr Kriege zwischen Staaten, sondern transnationale Sicherheitsprobleme wie der neue Bürgerkrieg und der neue Terrorismus die aktuelle Sicherheitslage bestimmen.<sup>12)</sup>

Diese Nachlässigkeit ist erstaunlich, wusste man doch schon vor mehr als 2.500 Jahren, dass die Kunst des Krieges für den Staat von entscheidender Bedeutung ist. Sie ist eine Angelegenheit von Leben und Tod, eine Straße, die zur Sicherheit oder in den Untergang führt. Deshalb darf sie unter keinen Umständen vernachlässigt werden, wie der chinesische Philosoph und General Sun Tse hervorhob.<sup>13)</sup> Ihm war seinerzeit schon klar, dass es nicht die größte Leistung ist, in allen Schlachten zu kämpfen und zu siegen. Als größte Leistung erschien es ihm, den Widerstand des Feindes ohne einen Kampf zu brechen. In der praktischen Kriegskunst sei es das Beste überhaupt, das Land des Feindes heil und intakt einzunehmen; es zu zerschmettern und zu zerstören sei nicht so gut. Als höchste Form der militärischen Führerschaft

galt es ihm, die Pläne des Feindes zu durchkreuzen. Derjenige, der den Feind und sich selbst kennt, brauche den Ausgang von hundert Schlachten nicht zu fürchten. Wer nur sich selbst kennt, doch nicht den Feind, werde für jeden Sieg, den er erringt, eine Niederlage erleiden. Wer weder den Feind noch sich selbst kennt, werde in jeder Schlacht unterliegen.<sup>14)</sup> Aber: „*Man kann wissen, wie man siegt, ohne fähig zu sein, es zu tun.*“<sup>15)</sup>

Viele Jahre später sah Clausewitz im Krieg nichts anderes als einen erweiterten Zweikampf, einen Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung des gegnerischen Willens zu zwingen.<sup>16)</sup> In der Anwendung der Gewalt gebe es keine Grenzen. So gebe jeder dem anderen das Gesetz. Es entstehe eine Wechselwirkung, die dem Begriff nach zum Äußersten führen müsse.<sup>17)</sup> Für Clausewitz war der Krieg nie ein isolierter Akt. Er entstand auch nicht urplötzlich. Seine Vorbereitung sei nicht das Werk eines Augenblicks. Jeder der beiden Gegner könne den anderen großteils schon aus dem beurteilen, was er ist, was er tut, nicht nach dem, was er, streng genommen, sein und tun müsste.<sup>18)</sup>

Aus der Sicht von Clausewitz geht der Krieg „namentlich gebildeter Völker“ immer von einem politischen Zustand aus und wird nur durch ein politisches Motiv hervorgerufen, ist also ein politischer Akt, der von einem politischen Zweck ausgeht.<sup>19)</sup> Die Politik werde also den ganzen kriegerischen Akt durchziehen und einen fortwährenden Einfluss auf ihn ausüben, soweit es die Natur der in ihm explodierenden Kräfte zulässt. Der Krieg ist für Clausewitz aber nicht bloß ein politischer Akt, sondern ein „wahres politisches Instrument, also eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen desselben mit anderen Mitteln“. Das dem Krieg eigentümlich Bleibende beziehe sich bloß auf die eigentümliche Natur seiner Mittel. Die Kriegskunst im Allgemeinen und der Feldherr im Besonderen könnten in jedem einzelnen Fall fordern, dass die Richtungen und Absichten der Politik mit diesen Mitteln nicht in Widerspruch treten. Unabhängig davon, wie stark dieser wahrlich nicht geringe Anspruch auf diese Absichten zurückwirkt, müsse dies doch immer nur als eine Modifikation derselben gedacht werden: „... *denn die politische Absicht ist der Zweck, der Krieg ist das Mittel, und niemals kann das Mittel ohne Zweck gedacht werden.*“<sup>20)</sup>

Clausewitz bezichtigte jene Zeitgenossen, die über den Krieg schrieben, eben der Schwächen, die man auch ihm selbst vorgeworfen hat: Unklarheit; Mystifizierung, Abstraktion und Pseudowissenschaftlichkeit. Gleichwohl betonte er immer wieder, dass er darum bemüht sei, seine Analyse in der Realität zu verankern. Anders als die meisten der Politiker seiner Zeit war er auch zur präzisen Berichterstattung qualifiziert, weil er über intensive und tiefgreifende Erfahrungen im Kriege verfügte. Er hatte in den Revolutionskriegen und in allen Feldzügen gegen Napoleon von 1792 bis 1815 gedient, also in der langwierigsten und brutalsten Serie von Konflikten, die Europa zwischen dem Dreißigjährigen und dem Ersten Weltkrieg<sup>21)</sup> hatte erdulden müssen und die wohl die Wiege des modernen Krieges war.<sup>22)</sup> Seine Qualifikation aufgrund der Begegnung mit der Realität seines Metiers unterscheidet ihn übrigens von vielen Politikern, die sich heutzutage zu wirtschaftlichen Sachverhalten äußern.

Die Auseinandersetzung mit diesen und anderen Klassikern der Geschichte konventioneller Kriegführung dürfte indessen im Hinblick auf den besonderen Charakter der vor uns liegenden Herausforderungen nur von begrenztem Nutzen sein. Die moderne Instabilität zwischen Staaten und Wirtschaftssystemen ist mit deren Kategorien nicht zu erklären. Heutzutage erklären Kriegserklärungen gar nichts mehr, schon gar nicht den Krieg. Die Analyse der Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen Interessen und der Politik ist dringender und komplizierter als die Analyse der Beziehungen zwischen politischen



Entscheidungsträgern und militärischen Befehlshabern. Unterdessen kann kein Zweifel mehr daran bestehen, dass die jüngeren Entwicklungen im Prozess der „Finanzialisierung“ des Kapitalismus die Sicherheitslage in Europa und weltweit so prekär werden ließen, dass man zwar vielleicht noch nicht von einem neuen Kalten Krieg sprechen kann. Es ist aber darüber nachzudenken, unter welchen Bedingungen die antagonistischen Wohlstandsverhältnisse der Gegenwart zukünftig noch in friedlicher Art und Weise abgebaut werden können. Das erfordert v.a. Kompetenz, Phantasie, Sensibilität für Fragen der sozialen Gerechtigkeit und Intelligenz als moralische Kategorie, alles Ressourcen, deren Knappheit in Wirtschaft und Politik zwar schon immer evident war, die aber in jüngerer Zeit immer gravierender zu werden scheint.

Wie auch immer: Nur ansatzweise scheint man allmählich zu begreifen, dass die Finanzkrise nicht nur ein wirtschaftliches oder sozialpolitisches Problem ist, sondern möglicherweise zur zentralen Ursache für neue oder intensiviertere Sicherheitsrisiken wird. Immerhin hatten ein hochrangiger US-Militär (Admiral Michael Mullen) und ein Sicherheitsexperte (Dennis C. Blair, CIA) vor nicht allzu langer Zeit (Februar 2009) die Finanzkrise als „alles überwältigendes Problem der amerikanischen Sicherheitspolitik“ bezeichnet und die Instabilität, die durch die globale Wirtschaftskrise ausgelöst wird, noch vor dem Terrorismus als die größte kurzfristige Bedrohung der Sicherheit der USA eingeschätzt.<sup>23)</sup>

Auch andere halten angesichts steigender Arbeitslosigkeit und wachsenden staatlichen Einflusses in den bislang marktwirtschaftlich dominierten ökonomischen Ordnungssystemen die Konsequenzen der Krise im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich für gravierend. Dies gelte insbesondere dann, wenn man von einem „erweiterten“ Sicherheitsbegriff ausgehe, der über militärische Bedrohungswahrnehmungen auch insbesondere soziökonomische und genuin politische Aspekte von Sicherheit berücksichtigt. Dazu gehört zunächst v.a. die außergewöhnliche Anspannung der Staatshaushalte, die eine unmittelbare Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise ist. Die Schwächung der finanziellen Ressourcen dürfte sich besonders stark in den Verteidigungshaushalten und in den Budgets für Zusammenarbeit und Entwicklung bemerkbar machen. Die materielle Basis für das globale sicherheitspolitische Engagement westlicher Demokratien wird zwangsläufig schmaler. Die Wirtschaftskrise wird grundsätzlich zu einem wachsenden Primat innenpolitischer Aspekte (Arbeitsmarkt, Finanzpolitik) gegenüber außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen führen. Mit dieser „Renationalisierung“<sup>24)</sup> bzw. „Re-Regionalisierung“ der allgemeinen politischen Orientierung könnte eine Abwendung von globalen Perspektiven der Sicherheit verbunden sein. Die Verteidigung Deutschlands am Hindukusch dürfte in Zukunft weniger dringlich erscheinen als der Schutz vieler Arbeitsplätze an der „Heimatfront“.

Ironischerweise profitieren eher gerade Staaten und Regierungen, die vom Westen mit wirtschaftlichen Sanktionen belegt wurden, zumindest kurzfristig von der Finanzkrise. So hat z.B. der Iran, der aufgrund der Isolationspolitik der USA von den Finanzmärkten weitgehend abgeschnitten war, in der gegenwärtigen Krise verhältnismäßig geringe Verluste erlitten. Seine relative ökonomische Machtposition verbesserte sich dem Westen gegenüber und erlaubt die

Aufrechterhaltung des Widerstands gegen westliche Interessen und die Ausübung von Druck auf die Verbündeten des Westens, die ihr Engagement deswegen tendenziell reduzieren. Es ist nicht schwer zu erkennen, dass die Finanzkrise „Wasser auf die Mühlen“ von allen möglichen antiwestlichen islamistischen und nationalistischen Gruppen ist. Ihr „völkischer“ und/oder religiöser Antikapitalismus scheint sich zu bestätigen. Man muss befürchten, dass die Entstehung der Krise in den USA und das unsystematische und verteilungspolitisch problematische Krisenmanagement westlicher Regierungen extremistischen antikapitalistischen Ideen weiter Auftrieb vermittelt und damit dem antidemokratischen Terrorismus neuen Nährboden liefert. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise hat offensichtlich maßgeblich zur Komplexität und Intensität der sicherheitspolitischen Herausforderungen für den Westen beigetragen.<sup>25)</sup> Damit ist die Frage nach Krieg und Frieden wieder einmal aktuell geworden. Das war zu allen Zeiten fürchterlich. Angesichts der fehlenden Kompetenz und des Mangels gemeinwohlorientierten Verantwortungsgefühls der politischen Eliten in etlichen Ländern innerhalb und außerhalb der EU ist die Bedrohungslage heutzutage allerdings besonders dramatisch geworden.

## Wirrungen und Wahrheiten

Trotz ernsthafter Bemühungen ist es nicht allen gelungen, messbare Vorteile der gemeinsamen europäischen Währung zu entdecken, die sich in mehr Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung für Deutschland niedergeschlagen haben. Dieses Ergebnis ist für Thilo Sarrazin sogar evident. Stattdessen habe Deutschland sich zahlreiche neue unüberschaubare Risiken und Zukunftslasten aufgelastet, und für viele südliche Mitgliedsländer habe es sogar handfeste Nachteile gegeben. Sarrazin stimmt einer Analyse zu, nach der Gesellschaften – so wie jetzt gerade – unspektakulär, nahezu geräuschlos, langsam und quälend zusammenbrechen.<sup>26)</sup> Dennoch hält er den Euro „bislang“ nicht für gescheitert. Gescheitert sei die Hoffnung, er werde mehr Wachstum und Beschäftigung bringen und den wirtschaftlich Schwächeren helfen. Bei falscher nationaler Politik schade die gemeinsame Währung vielmehr dem Wachstum und der Beschäftigung.<sup>27)</sup> Es wird vorausgesagt, dass der künftige Einfluss Europas angesichts bestimmter historischer Ereignisse (Ausdehnung der EU; Aufstieg Chinas und Indiens; Industrialisierung Ostasiens; Schwächung der USA) relativ stark sinken werde, unabhängig davon, wie es künftig staatsrechtlich verfasst ist.<sup>28)</sup> Sarrazin erkennt kein „wesenhaftes Substrat europäischer Identität“, das jenseits von Religion, Demokratie, Marktwirtschaft und gemeinsamer Geschichte den Kitt für eine historisch zwingende staatliche Einheit Europas bilden könnte. Weder die Aufgabe noch die Rettung des Euro werde etwas daran ändern, dass Europa nie eine Einheit gewesen ist und nie eine sein wird. Unter Berufung auf einen Zeitungskommentar behauptet Sarrazin, dass es eine europäische Idee, die jetzt dazu herhalten soll, den herrschenden Ökonomismus zu maskieren, nicht gebe und dass man sie auch nicht brauche.<sup>29)</sup> Mit willkürlichen und fragmentarischen historischen Andeutungen versucht er darzulegen, dass Europa nie eine staatliche Einheit war und kulturell nur bedingt als solche angesehen werden konnte.<sup>30)</sup> Die Ordnung Europas in Nationalstaaten ist für ihn kein überständiger Restbestand des 19. Jahrhunderts, sondern eine in 2.000 Jahren gewachsene Struktur und die lebendige Wirklichkeit des heutigen Europas. Die Zeit der „Vielvölkerstaaten“ in Europa sei vorbei. V.a. die kleinen Völker hätten sie als „Völkergefängnisse“ empfunden, die sich sämtlich aufgelöst hätten.<sup>31)</sup>

Anders als der Soziologe Jürgen Habermas glaubt Sarrazin, dass Völker nicht aus objektiven, von außen zensierbaren oder zu beurteilenden Gründen Völker sind, sondern weil sie sich aus Gründen

der Sprache, der Kultur, der Ethnie oder der gemeinsamen Geschichte als solche empfinden. Das tun sie auch dann, wenn dieses Empfinden von Intellektuellen als rückständig und tendenziell zivilisationsfeindlich gebrandmarkt wird.<sup>32)</sup> Sarrazin ist dagegen der Überzeugung, dass die Völker unterschiedlich sind und unterschiedlich sein dürfen (sollen).<sup>33)</sup> Vor diesem Hintergrund hat er das Grundmissverständnis an der Wiege des Euro entdeckt. Die Franzosen hätten die gemeinsame Währung gewollt, um endlich die als peinlich und erniedrigend empfundene Stärke der Deutschen Mark abzuschaffen. Die Deutschen hätten den Euro gewollt, weil sie glaubten, damit könne man Frankreich in die so begehrte politische Union mit Deutschland führen. Nun habe aber die Zahlungsbilanz- und Schuldenkrise im Euro-Raum dazu geführt, dass antideutsche Klischees und Vorurteile in Frankreich und in anderen europäischen Ländern wieder stärker in den Vordergrund rücken. Die indirekte Folge der gemeinsamen Währung sei nicht die beabsichtigte Stärkung des freundschaftlichen Bandes unter den Völkern Europas, sondern das genaue Gegenteil. Sarrazin erinnert in diesem Zusammenhang auch daran, dass nach der Vorstellung der französischen Politik der Machtzuwachs, den Deutschland mit der Wiedervereinigung 1990 erfahren habe, durch den deutschen Verzicht auf die D-Mark und den Übergang zur gemeinsamen Währung kompensiert werden sollte. Dieses Kalkül sei aber nicht aufgegangen. Stattdessen haben nach der Einschätzung von Sarrazin die wachsenden Schwierigkeiten, die auch Frankreich mit der gemeinsamen Währung hat, das deutsche wirtschaftliche und finanzielle Übergewicht weiter verschärft. Für ihn war es ein schwerer Fehler, in der EU ohne politische Union eine gemeinsame Währung einzuführen. Es sei aber auch ein Fehler, jetzt ohne äußerst zwingende Gründe die Währungsunion ausgerechnet an der Nahtstelle zwischen Deutschland und Frankreich wieder aufzutrennen.

Dem Vorschlag, das Währungsgebiet in einen „Süd-Euro“ unter Führung Frankreichs und einen „Nord-Euro“ unter Führung Deutschlands aufzuteilen, steht Sarrazin nicht so sehr aus sachlichen Gründen, sondern wegen der damit angeblich verbundenen Demütigung Frankreichs ablehnend gegenüber. Gleichzeitig betont er aber, dass sich die Mentalität des Südens, die in den Sommerferien angenehm berühre, nicht mit dem „linearen Effizienzdenken des Nordens“ verträge. Die in der Währungsunion implizierte Annahme, dass der Süden künftig ähnlich wie der Norden funktioniere, bleibe riskant. Unter Berufung auf den Pressekommentar eines Amerikaners fordert Sarrazin die Deutschen dazu auf, ihre Reproduktionsweise zu steigern, also es den Franzosen gleichzutun und sich fleißiger zu vermehren. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel hält der ehemalige Bundesbeamte Sarrazin übrigens für die Gefangene jenes deutschen Nachkriegs-Denkstils, wonach nur ein letztendliches Aufgehen Deutschlands in Europa Deutschland vor sich selbst und die Welt vor Deutschland retten könne. Dieser Denkstil habe uns in ein Abenteuer mit ungewissem Ausgang geführt. Er blockiere jetzt die deutsche politische Klasse bei der Suche nach Auswegen. Es sei zu befürchten, dass Deutschland in dieser Lage seine Interessen (und die der übrigen „Nordstaaten“) nicht mit der nötigen Energie verfolgt. Die in Deutschland seit sechs Jahrzehnten besonders ausgeprägte Begeisterung für Europa sei nicht zu erklären ohne die moralische Last der Nazizeit. Sarrazin hält

diesen „Impuls“, 67 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, nicht für einen sonderlich guten Kompass für Fragen der gemeinsamen Währung und des Zusammenlebens in Europa. Er schließt sich offensichtlich der Einschätzung des Journalisten Roland Tichy an, nach der die Partner Deutschlands diese Schwäche merken und die Verbrechen der Vergangenheit kühl und berechnend zum Zweck der moralischen Erpressung instrumentalisieren.<sup>34)</sup>

Sarrazin widmet sich sodann der Frage, was ein Scheitern Europas ist, und behauptet zum Beginn seiner Überlegungen, dass die Euro-Krise mit einer Reihe von Vertragsbrüchen begonnen habe und von deren Fortsetzung begleitet werde. Europa könne erfolgreich sein, wenn Frieden herrscht, die Demokratie in den Ländern Europas stabil bleibt und die Menschen aus eigener Kraft ihre Lebensverhältnisse verbessern können. So werde ein Scheitern verhindert. Dafür ist nach der Einschätzung Sarrazins aber keine gemeinsame Währung zwingend nötig. Mit der Rückkehr zu nationalen Währungen seien die genannten Erfolgsmaßstäbe nicht gefährdet.<sup>35)</sup> Daher arbeite die drohende Rede vom „Scheitern Europas“, wie es in der Politik leider häufig vorkomme, in schlampiger Sprache mit einer unscharfen Begrifflichkeit. Heutzutage werde der Friede in Europa nicht mehr wie früher traditionell üblich durch die Expansionsgelüste der großen europäischen Mächte gefährdet, sondern seit dem Ende des Ost-West-Konflikts durch Bürgerkriege und ethnische Auseinandersetzungen, die meistens sogar in einem Gebiet mit einheitlicher Währung stattfinden (früheres Jugoslawien und Tschetschenien). Auch andere kriegsartige Auseinandersetzungen (Georgien, Kaukasus) hätten mit Währungsfragen nichts zu tun. Sarrazin erkennt auch kein Bedingungsgefüge oder gar einen Gefährdungszusammenhang zwischen Euro und Demokratie. Und Wohlstand, Wachstum und Beschäftigung haben nach seinen Erkenntnissen zwar viel mit einer stabilen Währung zu tun, aber gar nichts mit der Größe des Währungsgebiets und mit der Frage, ob es sich bei der betreffenden Währung um eine nationale Währung oder den Euro handelt.

Den Warnungen vor einem Scheitern Europas kann man nach den Erfahrungen von Sarrazin nicht mit Logik und Empirie begegnen. Dahinter stehe nämlich nicht das Verständnis Europas als einer konkreten historisch gewachsenen Völkergemeinschaft mit ganz unterschiedlichen Entwicklungsoptionen. Unter „Europa“ verstehe man einen historischen Prozess, der mit Robert Schumann und Konrad Adenauer begonnen habe und zu einem bestimmten Ziel führen solle: den „Vereinigten Staaten von Europa“. Aus dieser Sicht sei jeder Austritt aus der Euro-Zone, etwa durch ein überfordertes Griechenland, schlecht. Sarrazin meint, dass die gemeinsame Währung nicht aus dem Blickwinkel der ihr immanenten Logik betrachtet, sondern ausschließlich als Vehikel für einige weitere Schritte auf dem Weg zu diesem Ziel angesehen werde. Diese Art „europäischer Eschatologie“, deren prominentester Vertreter Helmut Kohl (gewesen) sei, habe sich vollständig gegen jede logische oder empirische Überprüfung immunisiert und sei zur reinen Ideologie geworden. Deren pauschale Letztbegründung laute: „Nie wieder Krieg“. Sarrazin glaubt, dass alle Ideologien, die sich regelmäßig durch den Kranz ihrer Definitionen und Setzungen erfolgreich gegen Einwände aus der Wirklichkeit absichern, die Rolle einer Religion oder eines Religionsersatzes spielen, sodass ihre Befürworter gegen Argumente immun werden.<sup>36)</sup> Das wäre besonders beunruhigend, wenn es denn stimmte, dass etwa ein europäischer Bundesstaat für heutige Bundesstaaten in der EU wie Deutschland, Österreich, Belgien und Spanien die Existenzfrage stellen würde und nur „böses Blut“ geschaffen und die Verständigung der Völker beschädigt würde, wollte man den Franzosen, Italienern oder Griechen zu weitgehende Vorschriften machen, wie sie ihre

Staatshaushalte gestalten oder jene inneren Angelegenheiten regeln sollen, die über die Herstellung des Gemeinsamen Marktes hinausgehen.<sup>37)</sup> Aus der Sicht Sarrazins ist aufgrund der bisherigen Politik gegenüber Griechenland jedenfalls schon der Eindruck der deutschen Erpressbarkeit entstanden. Deutschland sei zur „Geisel“ all jener geworden, die künftig noch im Euro-Raum hilfsbedürftig werden könnten. Darum müsse entweder das „No-Bail-Out-Prinzip“ mit neuem Leben erfüllt werden oder es müssten andere Lösungswege beschritten werden, wozu auch der Austritt aus der Währungsunion gehören könnte. Sarrazin schlägt vor, dass sich Griechenland, Portugal, Italien, Spanien und welches andere „Südland“ auch immer den Euro selbst verdienen. Alle Mitgliedstaaten der Euro-Zone sollten sich als Gleiche begegnen können. Dieses Prinzip werde aber durch staatliche Transferströme untergraben. Sie bewirkten ein Gefälle zwischen Gebern und Nehmern und nährten Abneigung und Vorbehalte unter den Völkern.<sup>38)</sup>

Hält man die zitierte Gedankenführung auch nur in Teilen nicht für völlig abwegig, ist es höchste Zeit, sich auch mit der sicherheitspolitischen Relevanz der anhaltenden Finanz- und Eurokrise zu beschäftigen. Immerhin schätzt noch ein Welt-Weiser, der deutsche Bundesminister des Auswärtigen a.D., Josef Fischer, die Zeiten als „ernst, sehr ernst sogar“ ein. Das „europäische Haus“ stehe in Flammen, und (ausgerechnet) der britische Premierminister David Cameron fordere ein vernünftiges und entschlossenes Verhalten der Feuerwehr. Europa, angeführt von Deutschland, löscht nach den Erkenntnissen von Fischer aber lieber weiter mit Kerosin statt mit Wasser. Mit der von der deutschen Bundeskanzlerin Merkel erzwungenen Austeritätspolitik werde der Brand so weiter beschleunigt. Genau deshalb habe sich die Finanzkrise in der Euro-Zone innerhalb von drei Jahren zu einer wirklichen Existenzkrise ausgewachsen. Der Bundesbürger Fischer hat herausgefunden, dass Europa heute (4. Juni 2012) am Abgrund steht.

Der Kontinent werde dort in den kommenden Monaten hineinfallen, wenn jetzt nicht Deutschland und Frankreich gemeinsam das Steuer herumreißen und den Mut zu einer Fiskalunion und politischen Union der Euro-Gruppe aufbringen. Fischer sagt voraus, dass die EU mit ihrem gemeinsamen Markt zerfallen werde, wenn der Euro zerfalle. Damit ist seine prophetische Kraft noch nicht erschöpft: Es werde eine Weltwirtschaftskrise ausgelöst werden, wie sie die heute lebenden Generationen noch nicht erlebt hätten. Die Wahlen in Frankreich, Griechenland, Italien, Spanien und Irland hätten gezeigt, dass die Bevölkerungen den Glauben an die „von Deutschland erzwungene Sparpolitik“ längst verloren haben. Man lerne jetzt erneut „auf die harte Tour“, dass eine solche Sparpolitik in einer großen Finanzkrise diese nur zur Depression verschärfe. Griechenland drohe deshalb demnächst im Chaos zu versinken, und der dann einsetzende Sturm auf die Banken in Spanien, Italien und Frankreich werde eine Lawine auslösen, die Europa unter sich begrabe und dessen Verabschiedung von der Weltbühne bewirke. Für Deutschland werde das bittere Konsequenzen haben. Die Politik Berlins erscheine so nur noch absurder. Nach der Überzeugung dieses ehemaligen Amtsträgers haben Deutschland und Frankreich die Entscheidung über den Kontinent in der Hand. Deutschland werde wirtschaftlich und

finanziell, Frankreich politisch über seinen Schatten springen müssen, um Europa zu retten. Von Frankreich erwartet Fischer die Zustimmung zu einer politischen Union, von Deutschland die Zustimmung zu einer Fiskalunion. Deutschland müsse das Überleben der Euro-Zone mit seinem Vermögen garantieren. Dazu zählten nach den Vorstellungen des Bundesbürgers Fischer der uneingeschränkte Kauf der Staatsanleihen der Krisenländer durch die EZB, die Europäisierung der nationalen Schulden mittels Euro-Bonds sowie Wachstumsprogramme, um eine Depression in der Euro-Zone zu verhindern und Wachstum zu generieren. Er glaubt, dass der Boom der deutschen Exportwirtschaft genau auf solchen Programmen in den Schwellenländern und in den USA gründet. Zudem hat Fischer erkannt, dass auch Strukturreformen erforderlich sind, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas massiv zu verstärken. Eigentlich ist also alles ganz einfach: Europas Antworten ruhen auf vier Säulen: Politische Union, Fiskalunion, Wachstum und Strukturreformen. Nur die Deutschen haben in den Augen ihres Mitbürgers Fischer ihre gesamteuropäische Verantwortung nicht erkannt. Deutschland sei selten so einsam und isoliert gewesen wie gegenwärtig. Fischer vergleicht das Land mit einem Geisterfahrer. Für einen Politikwechsel stünden Tage und Wochen, Monate vielleicht, aber nicht mehr Jahre zur Verfügung. Immerhin erinnert sich Fischer noch rechtzeitig daran, dass Deutschland im 20. Jahrhundert zweimal mit Krieg bis hin zum Verbrechen und Völkermord sich selbst und die europäische Ordnung zerstörte, um den Kontinent zu „unterjochen“. Die Zustimmung zur deutschen Einheit habe es nur wegen der glaubhaften Umkehr und der Integration in den Westen und die EU gegeben. Er halte es für eine Tragödie und Ironie zugleich, wenn das wiedervereinigte Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts diesmal friedlich und mit den besten Absichten die europäische Ordnung ein drittes Mal zugrunde richtete.<sup>39)</sup>

Ein Kommentator behauptet, dass es für die Schärfe dieser Kritik keinen Vergleich gebe. Noch kein früherer Außenminister habe mit der Politik der Nachfolgeregierung so zornig und drastisch, so furios und brutal, so besorgt und alarmiert abgerechnet. Das Kerosin, von dem Fischer sprach, sei die rigide Sparpolitik, die die deutsche Bundeskanzlerin über Europa verhängt habe. Nach dem Empfinden von Heribert Prantl klagt Fischer mit heißem europäischen Herzen, aber nicht mit kühlem Kopf. Mit dem Herzen alleine sei Europa aber nicht zu retten. Zustimmung erfährt Fischer gleichwohl insoweit, als behauptet wird, dass nackte Austeritätspolitik den Kontinent kaputt mache. Als Grundfehler dieser Politik gilt, dass sie ganze Länder unregierbar werden lässt. Merkel habe das auch erkannt und versuche nun spät umzusteuern. Das angeblich vom Euro am meisten profitierende Deutschland wird sich nach der Überzeugung von Prantl für das Überleben der Euro-Zone „mit letzter Kraft“ in die Bresche werfen und „selbstschuldnerisch“ bürgen müssen. Er hält Fischer vor, dass er Polen übersehen habe. Der ehemalige Außenminister hänge „altem Denken“ an, da er behaupte, dass Berlin und Paris die Zukunft Europas in der Hand hätten. Nach der Einschätzung Prantls gehört Polen zu diesem Zukunftsbündnis.<sup>40)</sup> Das ist auch objektiv richtig. Offensichtlich ist das dem Außenminister a.D. aufgrund seiner längeren Abwesenheit vom Amt entgangen. Mittlerweile können übrigens selbst Zeitungsleser erfahren, dass Polen weniger Deutschlands Macht fürchte als deutsche Untätigkeit in europäischen Angelegenheiten, wie der polnische Außenminister vor Kurzem öffentlich versichert hat.

Aber ausgerechnet die Deutschen, so behaupten zwei amerikanische Wissenschaftler, hätten nichts aus der Geschichte gelernt. Die deutsche Öffentlichkeit scheine den Ernst der Lage in Deutschland nicht zu begreifen und fordere damit eine Wiederholung der Krise genau wie im 20. Jahrhundert heraus. Genau dies hätte die



europäische Integration aber verhindern sollen. Sollte ein ungeordneter Austritt Griechenlands aus der Währungsunion erfolgen, steige die Gefahr eines „Bank-Run“ im gesamten Mittelmeerraum, der selbst die EZB überfordern würde. Schon jetzt gebe es eine „erhebliche Renationalisierung des europäischen Finanzsystems“, ein Prozess, der nach den Befürchtungen von Niall Ferguson und Nouriel Roubini bis zur „kompletten Desintegration“ fortschreiten könnte. Beide finden es „außergewöhnlich“, dass ausgerechnet Deutschland nicht aus der Geschichte lerne. Die Deutschen würden gut daran tun, sich zu erinnern, dass eine europäische Bankenkrise vor 1933 unmittelbar zum Zusammenbruch der Demokratie beitrug - und das nicht nur in ihrem eigenen Land, sondern quer über den europäischen Kontinent. Für Schadenfreude bei denjenigen, die den schlechten Ausgang des Experiments vorausgesagt hatten, bestehe kein Anlass. Vielmehr empfindet man Beunruhigung darüber, dass sich die Geschichte wiederholen könnte. Trotz der seit mehreren Jahren erfolgten Hinweise, dass Kontinentaleuropa die „elenden Bilanzen“ seiner Banken bereinigen müsse, sei so gut wie nichts unternommen worden.

Im Juni 2012 diagnostizierte man einen seit zwei Jahren stattfindenden „stillen Run“ auf die Banken am Rande der Euro-Zone. Aus einem gemächlichen „Bank Jog“ könnte schnell ein „Sprint zu den Ausgängen“ werden. Unterdessen erscheint die Kreditkrise in der Euro-Peripherie unverändert ernst. Die Banken sind außerstande, genügend privates Kapital zu beschaffen, um die geforderte Kapitalquote von 9% zu erreichen. Sie verkauften deshalb Vermögenswerte und schränkten ihre Kreditvergabe ein. Damit werde die Rezession in der Euro-Zone weiter verschärft.

In der Wahrnehmung mancher prominenter amerikanischer Wissenschaftler ist die „Fragmentierung und Balkanisierung“ des Bankenwesens in den Ländern der Euro-Zone bereits in vollem Gange. Auch die politische Fragmentierung beschleunige sich in Europa. Für sie ist der Weg aus der Krise klar:

- Einstellung der bisherigen Rekapitalisierung der Banken durch Aufnahme von Anleihen seitens der Staaten am nationalen Anleihemarkt und/oder bei der EFSF.
- Beendigung der momentanen „Balkanisierung“ des Bankenwesens.
- Direkte Rekapitalisierung der Banken in den Kernländern und in der Peripherie der Euro-Zone über Vorzugsaktien ohne Stimmrecht von EFSF und ESM (temporäre Teilverstaatlichung).
- Einsetzung der Euro-Steuerzahler zum Aktionär der Banken der Euro-Zone durch direkte Kapitalspritzen.
- Verringerung des Risikos für die Steuerzahler durch ein EU-weites Einlagensicherungssystem und durch angemessene Bankenabgaben (Finanztransaktionssteuer oder Abgabe auf alle Bankverbindlichkeiten).
- Brechung des Widerstands der Politik gegen grenzüberschreitende Fusionen und Übernahmen in „verhättselten“ nationalen Bankensystemen.
- Errichtung eines Abwicklungssystems für Banken mit vorrangiger Beitragsverpflichtung der nicht gesicherten Gläubiger gegenüber dem Einsatz von Steuergeldern zur Verlustabdeckung.
- Beschränkung der Größe von Banken.

- Schaffung von Regulierung und Aufsicht für Banken auf europäischer Ebene.
- Verzicht auf übertriebene Sparprogramme und Wachstumsförderung in der Euro-Zone.
- Lockerung der Geldmarktpolitik der EZB.
- Schwächere Kursentwicklung des Euro.
- Steuerliche Anreize und Lohnerhöhungen in den Kernländern der Euro-Zone.
- Initiierung von Infrastrukturprogrammen.
- Vergemeinschaftung der Schulden durch Schaffung eines europäischen Schuldentilgungsfonds, der als temporäres Programm dauerhafte Euro-Bonds vermeiden könnte.

Ferguson und Roubini glauben, dass die Einlagensicherung nicht funktioniert, solange die Gefahr besteht, dass Mitgliedsländer den Euro-Raum verlassen. Bei einem Austritt wäre eine Sicherung der Euro-Konten sehr teuer, da das entsprechende Land sämtliche Euro-Ansprüche in eine neue, schnell abgewertete nationale Währung konvertieren müsste. Eine Einlagensicherung, die nur dann gilt, wenn das Land nicht austritt, könnte einen Bank Run nicht aufhalten. Deshalb sind die Genannten dafür, das Risiko eines Euro-Zonen-Austritts zu minimieren. Sie sehen gleichwohl das Risiko, dass jeder Vorschlag, der für Deutschland akzeptabel ist, automatisch für die Peripherie-Länder der Euro-Zone inakzeptabel ist, v.a. für Italien und Spanien. Diese Länder fürchten angeblich eine „neokoloniale“ Unterwerfung ihrer Haushaltspolitik unter deutsche Hoheit. Die Abgabe eines gewissen Maßes an Souveränität ist aber nach der Einschätzung von Ferguson und Roubini unvermeidlich. Nach ihrem Empfinden hat Deutschland jeden der erwähnten Vorschläge „gnadenlos“ abgelehnt. Manche deutschen Vertreter klängen gar so, also ob sie einen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone wirklich wollten. Andere seien ganz erpicht darauf, Spanien einem haushaltspolitischen Diktat wie Portugal zu unterwerfen. Einerseits behaupten Ferguson und Roubini, dass sie die deutschen Bedenken verstehen, Steuergelder ohne vorherige Reformen in den Peripherie-Ländern zu riskieren. Andererseits weisen sie darauf hin, dass Reformen Zeit brauchen, eine Bankenkrise dagegen in wenigen Tagen eskalieren kann. Beide sind der Überzeugung, dass dringend etwas passieren muss.

Die Deutschen müssten verstehen, dass Banken-Rekapitalisierung, EU-Einlagensicherung und Schuldenvergemeinschaftung nicht optional sind. Dabei handele es sich um „essenzielle“ Schritte zur Verhinderung einer „Desintegration“ Europas. Die Kosten eines Auseinanderbrechens der Währungsunion werden für alle als „astronomisch“ eingeschätzt. Es wird schließlich noch einmal daran erinnert, dass die EU gegründet wurde, damit sich die Katastrophen der 1930er-Jahre nicht wiederholen. Für die führenden Politiker Europas und insbesondere Deutschlands sei es an der Zeit zu verstehen, wie gefährlich kurz davor sie sind, eine solche Katastrophe zu verursachen.<sup>41)</sup>

## Schlussbemerkungen

Genauso wenig wie Finanzkrisen sind Kriege Naturereignisse. Das ständige Gerede von der Alternativlosigkeit signalisiert schlimmstenfalls eine vorsorgliche bedingungslose Kapitulation des menschlichen Geistes im Angesicht von Problemen, die auch nicht gottgewollt sind, sondern durch das Versagen zahlreicher Systeme und Subsysteme in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik entstanden. Strategische Allianzen, nationale Egoismen, technologische Entwicklungen, die Erosion von Moral, die Abdankung der Vernunft und die durch Inkompetenz verschärfte Korruption bürgerlicher Wertvorstellungen und so genannter Eliten haben sich in einem undurchsichtigen Gemisch kon-

zentriert. Dessen Explosivkraft ist historisch ohne Beispiel. Dabei handelt es sich nicht um obsessive Angstzustände. Die Menetekel sind nicht mehr zu übersehen, auch wenn sie in den folgenden Thesen noch nicht hinreichend deutlich werden:

1. Die anhaltende Finanzkrise verlangt eine neue Debatte über Inhalt und Reichweite des Sicherheitsbegriffs.

2. Die um sich greifende Verwendung des Ausdrucks „Krieg“ zeigt mit ihren Verknüpfungen (z.B. „Wirtschaftskrieg“, „Währungskrieg“), dass auch die innere Sicherheit nicht mehr auf die klassischen Grenzen individuellen Rechtsgüterschutzes zu beschränken ist.

3. Der zunehmende Verlust des Vertrauens in die Problemlösungskompetenz demokratisch legitimierter Politik gefährdet letztlich den sozialen Frieden und führt zu einer unübersehbaren Fülle von Folgeproblemen, die mit polizeilichen Mitteln nicht mehr lösbar sind.

4. Die bereits in einigen Ländern eingesetzten „Expertenregierungen“ sind Vorformen eines Ausnahmezustandes, aus dem mittlerweile selbst demokratische Wahlen nicht mehr ohne Weiteres herausführen und in denen „Neuwahlen“ eher ein Zeichen der Resignation als der nationalen Besinnung sind.

5. Der widersprüchliche und gegensätzliche Charakter von Wirtschaftsordnungen und nationalen Interessen hat sich so verschärft, dass gewaltsame Entladungen nicht mehr auszuschließen sind.

6. Trotz der offensichtlich gewordenen gesellschaftszerstörenden Wirkungen eines entfesselten Finanzkapitalismus versuchen etliche Politiker nach wie vor, die Verhältnisse schönzureden, an deren Entstehung sie selbst beteiligt waren.

7. Es ist angesichts des nach wie vor im Wesentlichen ungestörten „Raubtierkapitalismus“ zu klären, ob die Verantwortlichen in der Politik ihrem Eid gerecht geworden sind, die Gesetze zu achten, Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben, den Nutzen des Volkes zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden.

8. Statt einer umfassenden (auch strafrechtlichen) Rechnungslegung findet bis jetzt nur eine Demontierung des demokratischen Minimums (Versammlungsfreiheit) statt, das aber unverzichtbar ist, um den erforderlichen gesellschaftlichen Widerstand gegen das Versagen bestimmter Politiker und die kriminelle Energie in manchen Wirtschaftskreisen hinreichend wirkungsvoll zu machen.

9. Die strukturelle Gewalt der Ökonomie wirkt oft direkt in die Politik hinein und steuert die Staatsgewalten, zwingt also den Staat zu ganz bestimmten Prioritäten und definiert, was „systemrelevant“ ist und was nicht.

10. Etliche „Rettungsmaßnahmen“ in der Euro-Krise kommen einer Konkursverschleppung gleich, durch die Staaten und Menschen entmündigt und in eine generationenübergreifende Schuldknechtschaft geführt werden, sodass eine Befreiung daraus im schlimmsten Fall unter bürgerkriegsähnlichen Bedingungen stattfinden müsste.

In der Finanzkrise stellt sich nicht nur die Frage nach dem Wesen des Geldes neu. Das Ausmaß der schon eingetretenen Schäden und das Handeln der Akteure in der Finanzwelt und in der Politik provoziert auch die Frage nach dem Unterschied zwischen Geschäftstüchtigkeit und krimineller Energie. In der Geldwirtschaft moderner Prägung scheinen aber die Grundsätze moralisch-ethischer Orientierung genauso zu versagen

wie die Kategorien des Strafrechts. Selbst die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und der Verfassungsmäßigkeit sind herausgefordert. Eine klientelistische Vorteilskultur gefährdet den inneren Zusammenhalt ganzer Gesellschaften. Tatsächlicher und vermeintlicher Sachverstand werden durch politische und wirtschaftliche Kalküle neutralisiert oder funktionalisiert, also in einen Modus der Verschleierung und Legitimierung eingepasst. Dessen Wirkungsweise ist nicht zuletzt wegen der Ausfaserung des Geldbegriffs schwer zu bestimmen.

Koalitionen von „Experten“ und Politikern bewirken eine Korrumpierung der demokratischen „res publica“. In immer mehr Städten Europas gibt es Zeichen von Gegenwehr. Die Proteste werden aber verpuffen, wenn die Zielansprache durch Aggression, Wut, Angst und Verzweiflung so ungenau wie bisher bleibt. Man scheint noch nicht ganz verstanden zu haben, dass Geld zum Gegenstand exekutiver Verwaltung geworden ist. Sie könnte unter den Bedingungen eines Ausnahmezustands im Illusionstheater angemaßter Staatskunst das Lebenselixier der Realwirtschaft in ein Medium systematischen und autoritären Betrugs verwandeln. Lässt man die Gewohnheitstäter aus Politik und Wirtschaft weiter ungestört, wird es darüber hinaus zu grundlegenden gesellschaftlichen Verwerfungen kommen. Immer mehr Menschen werden begreifen, dass es nicht nur um individuelle und konkrete Rechtsgutsverletzungen geht, sondern um einen gut koordinierten Angriff bestimmter Netzwerke auf ihre existenziellen Grundlagen. Dazu gehört aus sicherheitspolitischer Sicht auch die Geldwertstabilität.

Der Zerfall eines Währungssystems war in der Geschichte häufig das Signal für den Beginn härtester innergesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Bürgerliche Glücksvorstellungen zerschellten dann im Strudel von Inflation und Arbeitslosigkeit. Es bildeten sich Inseln innerer Sicherheit, auf die sich meistens nur Privilegierte retten konnten. Unzählige Menschen waren gezwungen, sich auch mit Gewalt der Folgen einer misslungenen Politik zu erwehren. Dabei wurde die Polizei als Büttel von Machtcliquen missbraucht, die ihrer eigensüchtigen Selbsterhaltung gegenüber dem Gemeinwohl regelmäßig den Vorrang eingeräumt haben. Dies wurde ihnen in der Vergangenheit insoweit leicht gemacht, als sie ihre Positionen in einer Geldwirtschaft beständig ausbauen konnten, die immer komplexer und undurchsichtiger geworden ist. So ist eine Hochrisikozone entstanden, in der sich die etablierten Strukturen von öffentlicher Sicherheit und Ordnung möglicherweise auflösen werden. ■

#### ANMERKUNGEN:

- 1) Vgl. insgesamt: Karl A. Lamers: Geteilte Aufgaben, gemeinsame Sicherheit. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. Mai 2012, S.10.
- 2) Grundsätzlich zum „Freund-Feind-Denken“: Wolfgang Hetzer: Rechtsstaat oder Ausnahmezustand - Souveränität und Terror -, 2008.
- 3) Insgesamt: Myret Zaki: Dollardämmerung, 2012, S.35, 36, 37.
- 4) „Der Krieg ist der Vater aller Dinge und der König aller. Die einen macht er zu Göttern, die anderen zu Menschen, die einen zu Sklaven, die anderen zu Freien.“ (Heraklit, griechischer Philosoph, 550 v. Chr.-480 v. Chr.).
- 5) Zur gesellschaftlichen Verschiedenheit als Kriegsursache: Ulrich K. Preuß: Krieg, Verbrechen, Blasphemie, 2003, S.52ff.
- 6) Zu den Abgrenzungen: Andreas Herberg-Rothe: Der Krieg, 2003, S.24ff.
- 7) Grundlegend: Mary Kaldor: Neue und alte Kriege, 2000.
- 8) Über das „Zeitalter der Angst“: Gideon Rachman: Nullsummenwelt, 2012, S.181ff.
- 9) Über Krieg und Zivilisation: John Keegan: Die Kultur des Krieges, 1997, S.197ff.
- 10) Über die gesellschaftstheoretischen Hintergründe von Kriegen: Michael Mann: Krieg und Gesellschaftstheorie: Klassen, Nationen und Staaten auf dem Prüfstand. In: Wolfgang Knöbl/Gunnar Schmidt (Hrsg.): Die Gegenwart des Krieges, 2000, S.25ff.
- 11) Vgl. v.a. (teilweise wörtlich): Oskar Negt: Gesellschaftsentwurf Europa, 2012, S.9-26; Jürgen Habermas: Zur Verfassung Europas, 2011, S.55; Onnesha Roychoudhuri: Eine kleine Flamme. In: Occupy! Die ersten Wochen in New York, 2011, S.64. Otto K. Deutelmoser: Bank- und Börsenkrise, 2012, S.9, meint übrigens, dass bis heute keine einigermaßen erschöpfende Analyse vorliegt, die im öffentlichen Raum disku-

tiert wurde, geschweige denn dass einleuchtende Sanierungsmaßnahmen gefunden worden wären.

11) Vgl. dazu: Bernhard Zangl/Michael Zürn: Frieden und Krieg, 2003, S.11.

12) Zangl/Zürn, ebd., S.15.

13) Sunzi, Die Kunst des Krieges, 2001, S.19.

14) Sunzi, ebd., S.31.

15) Sunzi, ebd., S.39.

16) Carl von Clausewitz, Vom Kriege, 2002, S.13.

17) Clausewitz, ebd., S.14.

18) Clausewitz, ebd., S.15.

19) Clausewitz, ebd., S.21.

20) Clausewitz, ebd., S.22.

21) Für Wolfgang Behringer: Der erste Weltkrieg. In: Dietmar Pieper/Johannes Saltzwedel (Hrsg.): Der Dreißigjährige Krieg, 2012, S.173ff., handelte es sich bei dem Dreißigjährigen Krieg tatsächlich um den ersten Weltkrieg. Für andere handelte es sich um den „Krieg der Kriege“: Johannes Burkhardt: Der Dreißigjährige Krieg, 1992, S.15ff.

22) Hew Strachan: Carl von Clausewitz: Vom Kriege, 2007, S.26. Über die Clausewitz'sche Welt auch: Martin van Creveld: Die Zukunft des Krieges, 1998, S.62ff. Zu Napoleon I.: Johannes Willms: Das Primat des Militärischen. In: Stig Förster/Markus Pöhlmann/Dierk Walter (Hrsg.): Kriegsherrn der Weltgeschichte, 2006, S.187ff. Zur Verabschiedung des napoleonischen Paradigmas (Gewaltsamer Konflikt mit dem Ziel des militärischen Sieges): Beatrice Heuser: Den Krieg denken, 2010, S.428ff.

23) Zitiert nach: Ralph Rotte: Sicherheitspolitische Implikationen der globalen Finanzkrise. In: Politische Studien Heft 425, Mai/Juni 2009, S.58.

24) Ausführlich: Wolfgang Hetzer: Demokratie in Europa zwischen Euro-Manie und Re-Nationalisierung, Rechtspolitisches Forum, Institut für Rechtspolitik an der Universität Trier (Hrsg.), Bd. 59, 2012.

25) Insgesamt: Rotte, ebd., S.58ff.

26) Thilo Sarrazin: Europa braucht den Euro nicht, 2012, S.373.

27) Sarrazin, ebd., S.374.

28) Sarrazin, ebd., S.377.

29) Sarrazin, ebd., S.378.

30) Sarrazin, ebd., S.379ff.

31) Sarrazin, ebd., S.382.

32) Sarrazin, ebd., S.383, 384.

33) Sarrazin, ebd., S.385.

34) Sarrazin, ebd., S.386, 387, 388, 389, 390.

35) Sarrazin, ebd., S.391.

36) Sarrazin, ebd., S.392, 393.

37) Sarrazin, ebd., S.406, 416.

38) Sarrazin, ebd., S.416, 417.

39) Insgesamt: Josef Fischer: Das Europäische Haus steht in Flammen. In: Süddeutsche Zeitung vom 4. Juni 2012, S.4.

40) Heribert Prantl: Joschka-Fischer-Alarm. In: Süddeutsche Zeitung vom 5. Juni 2012, S.4.

41) Insgesamt: Niall Ferguson/Nouriel Roubini: Europa steht am Abgrund. In: Der Spiegel vom 11. Juni 2012.



**Dr. iur. Wolfgang Hetzer**

Geb. 1951; 1972-1976 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an der Georg-August Universität in Göttingen; 1977 Erstes Juristisches Staatsexamen; 1977-1979 Juristischer Vorbereitungsdienst; 1979 Zweites Juristisches Staatsexamen; 1980-1982 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität des Saarlandes in Saarbrücken; 1982 Promotion; 1983-1987 Bundesfinanzverwaltung; 1987-1992 Ministerialdienst; 1992-1997 Berater einer Fraktion des Deutschen Bundestages; 1998-2012 Leitungstätigkeiten in Sicherheitsbehörden, im Bundeskanzleramt und im Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung.